

GRENZWERTIG

ZEITSCHRIFT FÜR MIGRATION UND MENSCHENRECHTE · Ausgabe #6 · Herbst 2013 · kostenlos



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach einem Wechsel in der Redaktion ist nun die sechste Ausgabe der GRENZWERTIG endlich fertig. Die Herausgabe läuft nach wie vor ehrenamtlich und in enger Zusammenarbeit mit dem Politbereich des Multikulturellen Zentrums Trier. Wir wollen die gewohnte journalistische Qualität der Arbeit unserer Vorgänger beibehalten und bedanken uns auf diesem Weg für ihr jahrelanges Engagement und den Aufbau der GRENZWERTIG. Ganz besonders bedanken wir uns bei allen Autor*innen und Mitwirkenden dieser Ausgabe.

Seit dem letzten Erscheinen ist nun schon ein Jahr vergangen, einiges ist in Bewegung geraten. Rassistische und nationale Hetze in Medien und Bevölkerung haben zugenommen. Aber ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft wehrt sich dagegen.

Einige dieser Themen wollen wir in dieser Ausgabe ansprechen und die Zeitschrift themenbezogener gestalten, was uns veranlasste, nicht die gewohnten Kategorien zu wählen, sondern diese Ausgabe in die Bereiche *Menschenrechtsdiskurs und die Europäische Union, Diskriminierung von Sinti und Roma und das deutsche Bildungssystem, Kulturteil, Rassismus in Institutionen und Parteien* und *Break the Isolation of the Refugees* zu ordnen.

Die Ausgaben der GRENZWERTIG zum Download sowie weitere aktuelle Berichte gibt es auf unserem Blog:

www.kulturlotsen.org/grenzwertig

Deutschland ist in der Europäischen Union federführend beim Aufbau immer stärkerer Institutionen und Maßnahmen zur Abschottung gegenüber Refugees (geflüchtete Menschen). Dass die Politik dabei vorgibt, den Menschen, die daran gehindert werden in die EU zu gelangen, zu helfen, ist blanker Hohn. Inwieweit sich die verschiedenen Akteure - Befürworter*innen und Gegner*innen der EU Migrationspolitik - auf die Menschenrechte beziehen, um ihre Positionen zu rechtfertigen, wird in dem Artikel *Menschenrechte und Migration in Europa: Die Grenzen einer universellen Idee* von Milan Röseler deutlich.

Seit Ende 2012 hetzt Innenminister Friedrich regelmäßig gegen den „Asylmissbrauch“ durch Menschen aus Südosteuropa und steigende Asylantragszahlen. Dem schließt sich ein großer Teil der Medienlandschaft an. Damit schüren sie die hierzulande ohnehin ausgeprägten Ressentiments gegenüber Sinti und Roma. In Duisburg gab es Anfang August sogar offene Aufrufe zu Mord, Brandstiftung und Körperverletzung, was ein Klima der Angst erzeugt. Das bekam sein Leben lang auch Wilhelm Reinhardt zu spüren, dessen bewegte Geschichte in dem Interview *Man verdrängt es, aber vergessen kann man das nicht*. von Till Goßmann nachzulesen ist.

Ein rassistisches Vorgehen durch Polizeibeamt*innen ist manchmal traurige Realität, wie Rosemarie Löser in dem Artikel *Rassistische Übergriffe durch PolizistInnen in Mainz-Kastel und Hessen* zeigt. Die Polizeiprazis der Personenkontrollen nach äußerlichen Merkmalen wie der Hautfarbe ist darüber hinaus Ausdruck eines institutionellen Rassismus, unter dem jeden Tag viele Menschen in Deutschland zu leiden haben. In dem Artikel *Angst am Trierer Hauptbahnhof* appelliert Patrick Zimmer an die Politik, die rassistische Gesetzgebung zum Zweck der Migrationskontrolle zu beenden.

Vor 20 Jahren wurde das Recht auf Asyl in Deutschland quasi abgeschafft. Damals wurde die restriktive Politik durch eine populistische Hetze gegen Geflüchtete gerechtfertigt. Leider hat sich die Einstellung in vielen Köpfen nicht verändert. Heute formieren sich Bürger*inneninitiativen gegen Asylbewerberheime und wieder steht der rechte Mob auf der Straße, argumentierend mit Stammtischparolen und voller Hass. Es nimmt erschreckende Züge an, weshalb Refugees unsere Solidarität brauchen. Diese kann auf verschiedenen Ebenen ausgeübt werden. Dazu stellt Uli Tomaschowski das Projekt *Konkrete Solidarität* vor, das eine Möglichkeit bietet, diese Solidarität in die Praxis umzusetzen, wie zum Beispiel mit Sprachkursen für Refugees im ländlichen Raum.

Die ablehnende Asylpolitik spiegelt sich in der Situation wider, in der Refugees in Deutschland leben müssen. Durch die ständige Unsicherheit beim Warten auf die Antwort über den Asylantrag, die eingeschränkte Bewegungsfreiheit, das unzureichende Angebot an Deutschkursen, Arbeitsverbot, das Leben in großen Massenlagern und Isolation in weit abgelegenen Orten, werden sie an ihre Grenzen getrieben. Auf diese systematische Isolation kann es nur eine Antwort geben: Protest! *Flüchtlingsprotest ist immer Protest gegen den Staat*, wie der Aktivist Rex Osa in einem Interview von Björn Brisch feststellt. Das Eintreten für ihre eigenen Rechte von Seiten der Geflüchteten, nicht unter Anleitung, sondern auf gleicher Augenhöhe mit bereits hier lebenden Menschen, ist dabei der richtige Weg. Wie wichtig es ist, die hergestellte Isolation zu den Geflüchteten zu brechen, wird in der *Graphic Novel: „Im Land der Frühaufsteher“* von Paula Bulling, aus der wir einige Seiten zeigen, deutlich. Die Berliner Künstlerin macht genau das und stellt den Alltag von Asylsuchenden dar.

Break the Isolation of the Refugees!

Beste Grüße und eine aufschlussreiche Lektüre

Patrick Zimmer, Björn Brisch

INHALTSVERZEICHNIS

Menschenrechtsdiskurs und die Europäische Union

Menschenrechte und Migration in Europa: Die Grenzen einer universellen Idee.....	5
Gegen die lückenlose Überwachung und Abschottung von Europas Grenzen.....	9

Diskriminierung von Sinti und Roma und das deutsche Bildungssystem

Wilhelm Reinhardt: »Man verdrängt es, aber vergessen kann man das nicht.«.....	12
Roma Genocide Remembrance Initiative.....	18
Sinti und Roma im deutschen Bildungssystem - Eine menschenrechtliche Perspektive.....	20
Rassismus im deutschen Bildungssystem.....	24

Kulturteil.....

29

Rassismus in Institutionen und Parteien

Angst am Trierer Hauptbahnhof.....	44
Rassistische Übergriffe durch PolizistInnen in Mainz-Kastel und Hessen.....	47
Mit Klagen und Kleinstaktionen zum Erfolg? Die NPD Trier vor der Bundestagswahl 2013.....	49
Die Wahren Finnen - Perussuoamalaiset (PS).....	52

Break the Isolation of the Refugees

Projektvorstellung: Konkrete Solidarität.....	54
Bewegungsfreiheit und Protest.....	57
Flüchtlingsprotest ist immer ein Protest gegen den Staat.....	60
Germany - Save Haven of Human Rights?.....	67
Ausschnitte aus der Graphic Novel "Im Land der Frühaufsteher".....	70
„UNHCR, finish your job!“ - Flüchtlingsproteste in Tunesien.....	84

MENSCHENRECHTE UND MIGRATION IN EUROPA: DIE GRENZEN EINER UNIVERSELLEN IDEE



*Refugees in einem Lager im Grenzgebiet Evros, Griechenland
(Bild von Giga, Wikimedia Commons)*

von
Milan Röseler

Die Europäische Union gilt weiterhin als Region, in der die Menschenrechte gut institutionalisiert sind und eingehalten werden. Ein kurzer Blick auf die europäische Grenzpolitik reicht jedoch aus, um dieses Bild zu trüben, wenn nicht gar zu zerstören. Europas Außengrenzen sind so geschützt, dass nur sicher durchkommt, wer auch willkommen ist. Wer den Weg übers Mittelmeer oder zu den Kanarischen Inseln dennoch wagt, riskiert sein Leben. Und schließlich angekommen zu sein, bedeutet nicht, in Freiheit zu leben. Die Bedingungen in den Auffanglagern sind hygienisch schlecht und werden immer wieder als menschenunwürdig beschrieben. Ein Asylverfahren gilt als nahezu aussichtslos und die Dublin II-Regelung sorgt dafür, dass Migrierende zwischen den Mitgliedstaaten hin- und hergeschoben werden. Dabei haben die Mitgliedstaaten der EU die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Die Europäische Kommission erklärt zudem, dass in der gemeinsamen Immigrationspolitik die universellen Werte der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität eingehalten werden sollten und Europa Solidarität mit Flüchtlingen und schutzbedürftigen Personen zeige. Im November 2010 geriet diese Selbstdarstellung der EU einmal mehr in

Widerspruch zu ihren Kritikern. Als sich die mediale Öffentlichkeit mit den Zuständen an der türkisch-griechischen Landgrenze beschäftigte, warf beispielsweise Amnesty International Griechenland und der EU vor, menschenrechtliche Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen zu unterlaufen und der Geschäftsführer von Pro Asyl sagte: „Die Bundesregierung leistet Beihilfe zum Bruch der Menschenrechte“ und bezog sich damit auf die Beteiligung der Bundespolizei am Frontex-Einsatz in der griechischen Evros-Region.

Diese grundsätzliche Widersprüchlichkeit zwischen der Selbstdarstellung der EU und ihren Kritikern trat besonders während der Ereignisse an der türkisch-griechischen Landgrenze zwischen November 2010 und Januar 2011 zutage. In diesem Zeitraum wurde vermehrt über das desolate Asylverfahren in Griechenland, die schlechten Bedingungen in den Lagern dort und den Frontex-Einsatz berichtet. Immer wieder bezogen sich beteiligte Akteure auf die Menschenrechte. Dieser Fall eignet sich damit besonders, um die Verbindung der Menschenrechte und der europäischen Grenzpolitik zu betrachten. Die Menschenrechte spielen dabei eine durchaus ambivalente Rolle. Sie gelten einerseits als universell und dürfen dem-

nach nicht gebrochen werden, werden andererseits aber genutzt, um auch fragliche Praktiken zu legitimieren. Dies gilt in erster Linie für die EU und ihre Mitgliedstaaten, aber auch NGOs, die sich für Migrierende einsetzen, beteiligen sich an einem zwiespältigem Menschenrechtsdiskurs. Insbesondere wird auf Grundlage der Menschenrechte eine Trennung zwischen schutzbedürftigen Flüchtlingen und anderen Migrierenden ermöglicht, die eine restriktive Politik legitimiert. Bevor aber die politische Bedeutung der Menschenrechte herausgestellt wird, muss ein Schritt zurück gegangen werden, um den weiteren Kontext zu verstehen.

Die Idee von der Gleichheit aller Menschen ist Grundsatz der Menschenrechte. Sie stehen jedem Menschen allein aufgrund seines Menschseins zu und gelten uneingeschränkt, egal wo er sich befindet und egal welchem Staat er angehört. Seit 1948 sind sie mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auf internationaler Ebene institutionalisiert und finden sich in vielen nationalen Verfassungen wieder. Sie sollen dem Individuum Schutz zusichern, wobei der Staat für diesen Schutz zuständig ist. Was aber passiert, wenn gerade der Staat das Individuum in seinen Grundrechten bedroht? Gibt es in diesen Fällen Prinzipien, die die Souveränität der Nationalstaaten brechen und bei wem können die Bedrohten Schutz suchen? Was es bedeutet, wenn Menschen das Recht, Rechte zu haben, wie Hannah Arendt es nennt, abgesprochen wird, zeigt die Katastrophe des Nationalsozialismus. Millionen Menschen wurden verfolgt und wer dem systematischen Morden entfliehen konnte, war auf den Schutz anderer Staaten angewiesen. Die Aufnahme des Rechts auf Asyl in den Katalog der Menschenrechte und damit die Verpflichtung der Staaten, verfolgte Menschen aufzunehmen ist so historisch begründet und zeigt, welche Bedeutung den Menschenrechten für die Migration zukommt.

An den europäischen Außengrenzen kristallisiert sich der dargestellte Widerspruch und die Beziehung der EU zu Migrierenden an verschiedenen Orten heraus. Immer wieder liest und hört man von Flüchtlingsdramen im Mittelmeer sowie vor den Kanarischen Inseln und immer wieder wird diskutiert, ob Europa Menschen aus Ländern, in denen Krieg herrscht, aufnehmen sollte. Ein Schauplatz dieser Geschehnisse und zugleich ein Punkt politischer Auseinandersetzungen ist die türkisch-griechische Landgrenze. Im Herbst 2010 gerieten die Zustände in den völlig überfüllten griechischen Lagern und die Situation an dem Grenzfluss Evros in den Blick der Öffentlichkeit. Frontex wurde mit der Entsendung von

sogenannten RABITs (Rapid Border Intervention Teams) beauftragt und Kritik an den Bedingungen für Migrierende vor Ort wurde laut. Insbesondere NGOs, wie Pro Asyl und Amnesty International, aber auch die Oppositionsparteien des Bundestages äußerten scharfe Kritik an den Haftbedingungen vor Ort und dem Vorgehen der Frontex-Einheiten, unter denen auch Bundespolizisten waren. Schließlich stufte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem Urteil vom Januar 2011 die Situation in den griechischen Lagern als menschenunwürdig ein. Eine Woche vor dem Urteil hatte die deutsche Bundesregierung, das Urteil erwartend, Abschiebungen nach Griechenland für ein Jahr ausgesetzt. Im Zusammenhang mit dieser Situation treffen die Menschenrechte diskursiv mit der europäischen Grenzpolitik aufeinander. An diesem Beispiel kann die Widersprüchlichkeit der europäischen Grenzpolitik und damit die Bedeutung der Menschenrechte für die Migration in Europa analysiert werden.



Abschottung der EU Außengrenze am Beispiel der beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Marokko (Foto sowie die beiden folgenden von Bryan Finoki, <http://subtopia.blogspot.de>)

Wie wird über die Menschenrechte im Zusammenhang mit Migration gesprochen? Was impliziert das Gesagte und Geschriebene und was folgt daraus für die politische Ordnung? Der Diskursbegriff, der auf Michel Foucault zurückgeht, kann zur Beantwortung dieser Fragen weiter-



helfen. Demnach stehen Aussagen in einem diskursiven System, verleihen Begriffen und Texten Sinn und strukturieren darüber gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

In sämtlichen Texten, von Vertretern und Kritikern der EU, die sich zu den Geschehnissen an der türkisch-griechischen Landgrenze äußerten, werden die Menschenrechte eng mit Flucht und Migration verbunden. Nie wird die Bedeutung der Menschenrechte bezweifelt oder gar infrage gestellt und stets erhält die eigene Position mit dem Bezug auf die Menschenrechte Legitimität. So heißt es zum Beispiel in einer Pressemitteilung von Frontex, die Achtung fundamentaler Rechte und Respekt der Menschenwürde seien zentrale Bestandteile aller Frontex-Operationen. Und Amnesty International, eigentlich Frontex gegenüberstehend, schreibt in ähnlicher Weise, die EU-Mitgliedstaaten seien an fundamentale Menschenrechte gebunden. Für beide Akteure sind die Menschenrechte also fundamental, wobei Frontex den Bezug auf die Menschenrechte nutzt, um die eigenen Operationen zu legitimieren und Amnesty International darüber seine Kritik an der EU zu stärken sucht. Die Universalität der Menschenrechte findet sich damit nicht nur in theoretischen Abhandlungen, sondern ist Teil der politischen Auseinandersetzung. Sie ermöglicht die Legitimation politischer Positionierungen und Handlungen und bedeutet gleichzeitig, dass die Menschenrechte zu verschiedensten Zwecken genutzt werden können. Damit stehen die Menschenrechte nur scheinbar außerhalb politisch-ideologischer Kämpfe. Im Gegenteil: Sie sind Teil politischer

Diskurse und strukturieren darüber Bedeutung, Macht und Herrschaft.

Neben diesem universellen Menschenrechtsdiskurs, der in allen Texten die Menschenrechte über andere Prinzipien stellt, bedienen sich die Akteure weiterer Diskurse und positionieren sich darüber. Ein verteidigender Diskurs, der unter anderem von der Bundesregierung und von Frontex geführt wird, stellt sich der Kritik entgegen. Diese Akteure sprechen von illegalen Einwanderern, einem Zustrom von Asylbewerbern und einer Ausnahmesituation an der griechischen Grenze. Sie beschreiben das Vorgehen von Frontex als mit den Menschenrechten vereinbar und die EU als einen Raum, in dem menschenrechtliche Standards selbstverständlich sind. Dabei betonen sie, dass schutzbedürftige Flüchtlinge ein Recht auf Asyl in der EU genießen, dieses von illegalen Einwanderern aber nicht missbraucht werden dürfe. Es wird damit eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen migrierenden Menschen angenommen: Auf der einen Seite jene, die des Schutzes bedürfen und daher von der EU aufgenommen werden sollen, auf der anderen Seite Menschen, denen unterstellt wird, nicht schutzbedürftig zu sein und daher auch kein Recht auf Asyl genießen. So konstruiert dieser Diskurs eine binäre Unterscheidung zwischen Migrierenden und stellt die EU zugleich als einen Raum der Menschenrechte und des Schutzes dar.

Ganz anders positioniert sich der oppositionelle Diskurs, welcher dem universellen Menschenrechtsdiskurs gegenübersteht und von den Kri-



tikern der EU geführt wird. Akteure, welche die EU kritisieren, sprechen von menschenrechtlichen Verpflichtungen und humanitärer Hilfe für Schutzsuchende. Der Situation in Griechenland werden strukturelle Defizite und ein Asyl-Chaos zugeschrieben, während Migrierende als politisch bedroht und menschenverachtend interniert beschrieben werden. Durch diese Gegenüberstellung zur EU und den Bezug auf die Menschenrechte greifen jene Kritiker die EU-Grenzpolitik mit Bezug auf die Menschenrechte an und fordern einen humaneren Umgang mit Flüchtenden. Auffällig ist dabei, dass auch in diesem Diskurs ein Unterschied zwischen schutzbedürftigen und anderen Migrierenden gemacht wird. Wenngleich aufgrund dieser Unterscheidung nicht explizit Abschiebungen gefordert werden, so wird doch angenommen, dass einige Menschen besonders schutzbedürftig sind, während andere eben jenen Schutz nicht benötigen. Damit wird die Unterscheidung zwischen illegalen Migrierenden und schutzbedürftigen Flüchtlingen implizit mit dem verteidigenden Diskurs geteilt. Dies ist insofern problematisch, als dass die EU-Mitgliedstaaten Abschiebungen und die Verweigerung der Aufnahme von Drittstaatsangehörigen aufgrund genau dieser Unterscheidung rechtfertigen.

Die Verbindung von Migration und Menschenrechten in der europäischen Grenzpolitik ist also allgegenwärtig und wird von sämtlichen Akteuren geteilt, erscheint aber gleichzeitig als sehr ambivalent. Einerseits ergeben sich aus ihnen Rechte und politische Forderungen, die Menschen auf der Reise nach Europa zugute kommen können, anderer-

seits werden sie aber auch zu politischen Zwecken gebraucht, die ihre Universalität zu einem reinen Mittel der Legitimation politischer Handlungen verkommen lassen. Und nicht zuletzt ermöglichen sie eine Unterscheidung zwischen Migrierenden, die letztlich auch zur Rechtfertigung von Abschiebungen genutzt wird. Was diese Rolle der Menschenrechte für Implikationen hat, sollte insbesondere in migrationspolitischen Kontexten bedacht und diskutiert werden. Ist es vor diesem Hintergrund möglich und politisch vertretbar, die eigene Position durch den Bezug auf die Schutzbedürftigkeit einiger Migrierender zu legitimieren oder sollte vielmehr ein breiteres Verständnis von Bewegungsfreiheit und menschlicher Gleichheit vertreten werden? In jedem Fall ist und bleibt der Bezug auf die Menschenrechte eine ermächtigende diskursive Strategie – für Vertreter und Kritiker der EU-Politik.

Dieser Aufsatz basiert auf der BA-Abschlussarbeit des Autors, die am 16.11.2011 unter dem Titel „Migration und Menschenrechte im europäischen Kontext - Ein poststrukturalistischer Blick auf die Widersprüchlichkeit der Menschenrechtspolitik an den EU-Außengrenzen“ beim Institut für Politikwissenschaft der Universalität Hamburg eingereicht wurde.

GEGEN DIE LÜCKENLOSE ÜBERWACHUNG UND ABSCHOTTUNG VON EUROPAS GRENZEN



von
Rosemarie
Löser

Auf dem Weg zu einer immer lückenloseren Überwachung der Außengrenzen strebt die EU in diesem Sommer einen neuen Meilenstein an. Was deren RepräsentantInnen zynisch als modernes und effizientes Grenzmanagement bezeichnen, meint Abschottung, Abschreckung und Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Drohnen, Offshore-Sensoren, satellitengestützte Suchsysteme und automatisierte biometrische Identitätskontrollen sollen künftig zur Überwachung der See- und Landesgrenzen eingesetzt werden. Nur wer erwünscht ist, soll die europäischen Grenzen passieren dürfen, wer es nicht ist, soll möglichst nicht einmal in ihre Nähe gelangen. Vor allem im Mittelmeerraum soll die neue Überwachungstechnik eingesetzt werden.

Das extrem ambitionierte Überwachungssystem Eurosur (European Surveillance System) hat die Aufgabe, mit hochtechnologischem Gerät eine möglichst weiträumige Überwachung rund um die Uhr sicher zu stellen. Obwohl von Seiten der europäischen Kommission immer wieder betont wird, dass die künftige Rolle von Eurosur der Rettung von Flüchtlingen und MigrantInnen aus Seenot dienen soll, zielt es perspektivisch auf das

Eurosur zielt perspektivisch auf das schnelle und wirkungsvolle Eingreifen an den Außengrenzen ab, um Flüchtlingsboote zurück zu drängen. Bild von Josef Weidenholzer

schnelle und wirkungsvolle Eingreifen an den Außengrenzen ab, um Flüchtlingsboote zurück zu drängen. Die Vernetzung der verschiedenen einzelstaatlichen Grenzüberwachungssysteme und Koordinationszentren soll zu den Aufgaben der Grenzschutzagentur FRONTEX gehören.

Dass die Seenotrettung lediglich ein Alibi ist, wurde offensichtlich als im März 2011 sechzig Menschen ertranken, weil weder ein Nato-Schiff in unmittelbarer Nähe noch der Grenzschutz von Italien und Spanien auf Seenotsignale reagierten. Eurosur wird im Gegenteil die Flüchtlingsboote zwingen, längere und gefährlichere Fluchtrouten einzuschlagen. Richtungsweisend ist auch der Vorschlag der europäischen Kommission, der vorsieht, dass EU-Grenzschützer direkt Kontakt mit Ländern wie Libyen oder Tunesien aufnehmen und die dortigen Behörden auffordern, das Auslaufen bestimmter Boote zu verhindern, allein Libyen erhielt für seine Kooperation 4,5 Milliarden aus dem EU-Haushalt. Zur Zeit befindet sich Eurosur in einer Testphase, an der seit 2008 sechs Mitgliedstaaten, nämlich Spanien, Frankreich, Italien, Polen, die Slowakei und Finnland, beteiligt sind. Geplant ist der Einsatz ab 2013 in mindestens 18 Ländern, vor allem in Mittelmeeranrainerstaa-

ten, und im darauf folgenden Jahr die Ausweitung auf die Grenzen in der Nord- und Ostsee.

Während das Eurosur-System auf illegale Grenzübertritte ausgerichtet ist, dienen die so genannten Smart Borders („Intelligente Grenzen“) der verstärkten Kontrolle aller NichteuropäerInnen, die mit einem gültigen Dokumenten in die EU einreisen. Im April diesen Jahres stellte die EU-Kommission ihr Smart-Borders-Paket vor.



Viel wichtiger für die Bewegungsfreiheit ist ein Pass und nicht das Mensch-Sein an sich.

Bild von Christian Horvat, Wikimedia Commons

Ein elektronisches System soll künftig den Zeitpunkt und Ort der Einreise sowie die zulässige Aufenthaltsdauer, die automatisch berechnet wird, speichern. Dazu werden eine Vielzahl von biometrischen Daten gespeichert, so zum Beispiel die Abdrücke aller 10 Finger.

Jede Ein- und Ausreise von Nicht-EU-Bürgerinnen soll künftig erfasst werden.

Mit dem Einreise-/Ausreisensystem (Entry/Exit-System) werden abgelaufene Visa schnell und umfassend auffindig gemacht. Die Daten werden dann verbunden mit einer Warnung an die nationalen Grenzkontrollen und die Einwanderungsbehörden weiter gegeben. Das alte System mit von Hand gestempelten Reisepässen, das keine genaue Kontrolle erlaubt, soll damit ein Ende haben und

damit ein Hauptweg der „irregulären“ Migration unterbunden werden.

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres formuliert es folgendermaßen: „Durch den Einsatz neuer Technologien wird Bürgerinnen und Bürgern aus Drittländern, die in die EU einreisen wollen, ein reibungsloserer und rascherer Grenzübertritt ermöglicht. Unser Ziel ist es, ausländischen Reisenden den Zugang zur EU zu erleichtern. Dies liegt nicht nur im Interesse der Reisenden, sondern auch im Interesse der EU-Wirtschaft. So haben ausländische Reisende allein 2011 schätzungsweise 271 Mrd. EUR zu unserer Wirtschaftsleistung beigetragen. Außerdem wird die Modernisierung unserer Systeme für mehr Sicherheit sorgen, da irreguläre Grenzübertritte verhindert und Überschreitungen der zulässigen Aufenthaltsdauer aufgedeckt werden.“

Die zentrale europäische Datenbank Eurodac, in der bisher die Fingerabdrücke aller Asylsuchenden in der EU gespeichert wurden gibt es hingegen schon lange. Wer in der Europäischen Union einen Asylantrag stellt, wird in der Biometrie-Datenbank Eurodac registriert. Das System soll eine Mehrfach-Antragstellungen verhindern, denn die Dublin II-Verordnung regelt die Zuständigkeit des jeweiligen EU-Mitgliedstaates hinsichtlich des Asylverfahrens. Es ist das Mitgliedsland zuständig, in dem die Europäische Union erstmalig betreten wurde. Schlimm genug, dass eine solche Datenbank existiert, doch nun soll – was bisher offiziell untersagt war – den nationalen Polizeikräften der Zugriff darauf erlaubt werden.



Jede Ein- und Ausreise von Nicht-EU-BürgerInnen soll künftig erfasst werden. Dazu werden eine Vielzahl von biometrischen Daten gespeichert, so zum Beispiel die Abdrücke aller 10 Finger.
Bild von Wilfredor, Wikimedia Commons

Seit 2008 wird über eine einheitliche EU-Aufnahmerichtlinie beraten und die Konferenz der EU-Innenminister legte am 26. April letzten Jahres einen Entwurf vor, demzufolge können Asylsuchende künftig zum Zwecke der Identitätsfeststellung, zur Beweissicherung der Fluchtgründe, zur Über-

Doch damit nicht genug: Ergänzt wird es durch die geplante Neufassung der EU-Aufnahmerichtlinie, die eine flächendeckende und systematische Inhaftierung von Schutzsuchenden vorsieht.

prüfung des Einreiserechts, aufgrund verspäteter Asylantragstellung, bei vermuteter Gefahr des Untertauchens oder auch einfach nur zur Wahrung der „nationalen Sicherheit und Ordnung“ in Haft genommen werden. Sechs Inhaftierungsgründe, die lückenlos greifen. So kann die Aufnahmehaft gegebenenfalls nahtlos in die Abschiebehäft übergehen. Außerdem soll es nun explizit erlaubt sein, auch Minderjährige einzusperren.

Diese Vereinheitlichung des europäischen Asylsystems folgt den Ländern mit der rigidesten Praxis, wie Malta, Griechenland oder Ungarn. In diesen Ländern werden Asylsuchende und MigrantInnen unter katastrophalen Bedingungen und über unverhältnismäßig lange Zeiträume inhaftiert. Allein an der griechisch-türkischen Grenze wurden im Jahr 2011 55.000 Menschen unter verheerenden Bedingungen in Flüchtlingshaftlager gesperrt.

Noch mehr Abschreckung und Ausgrenzung, noch mehr Kontrolle und Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen, darauf zielt das Paket ab, das die EU in diesem Sommer beschloss.

Seien wir solidarisch mit den Geflüchteten und engagieren wir uns auf allen Ebenen gegen die herrschenden rassistischen Verhältnisse.

WILHELM REINHARDT: »MAN VERDRÄNGT ES, ABER VER- GESSEN KANN MAN DAS NICHT.«

Interview von Till Goßmann

Wilhelm Reinhardt wird am 04.10.1938 in Idar-Oberstein im Hunsrück geboren. Sein Vater ist Berufsmusiker, seine Mutter arbeitet als Schneiderin. 1940 wird Reinhardts Vater als Sinto von den Nazis erst ins Warschauer Ghetto¹ und später nach Auschwitz² deportiert. Als auch Reinhardt und seinen zwei Brüdern die Verhaftung droht, versteckt ihre Mutter sie in verschiedenen Pflegeheimen, wo sie die NS-Zeit überleben. Sie selbst wird als Jüdin ins Gefängnis gesperrt. Nach 1945 lebt Reinhardt weiter in Heimen und Pflegefamilien. Seine Mutter trifft er erst 1950 wieder, sein Vater wurde in Auschwitz umgebracht. Bis 1953 besucht er die Volksschule und absolviert danach eine Ausbildung als Metzger.

Reinhardt, der noch heute Angriffen von Neonazis ausgesetzt ist, ist im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma organisiert.

In was für einem Elternhaus sind Sie aufgewachsen?

Mein Vater war Sinto, meine Mutter war Jüdin. In den Augen der Nazis war sie eine sogenannte »Halbjüdin«. ³ Religion hat bei uns zu Hause aber keine große Bedeutung gehabt. Mein Vater war Berufsmusiker und hat Gitarre gespielt. Er ist überall in der Region aufgetreten, wo er gerade ein Engagement hatte. Der berühmte Musiker Django Reinhardt⁴ war ein Cousin von ihm.

1 Das Warschauer Ghetto wurde 1940 in einem überwiegend jüdischen Teil der Stadt errichtet. Schon kurz nach der deutschen Besetzung im Herbst 1939 wurde die jüdische Bevölkerung Warschaus einer Kennzeichnungspflicht, Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit und anderen Zwangsmaßnahmen unterworfen. Ein Jahr später zwang die deutsche Besatzungsmacht die jüdische Bevölkerung zum »Umzug« in das Ghetto. In der folgenden Zeit wurden auch aus anderen Teilen Europas als jüdisch und Sinti und Roma eingestufte Menschen in das Ghetto verschleppt. Bis zu 40.000 Menschen mussten auf wenigen Straßenzügen zusammengedrängt leben. Zehntausende starben darum an Hunger und Krankheiten. Ab dem Sommer 1942 wurden die Bewohner_innen in Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. Im April 1943 kam es im Warschauer Ghetto zum bewaffneten Aufstand gegen die Vernichtung. Wochenlang widersetzten sich mit Handfeuerwaffen und Molotowcocktails bewaffnete jüdische Widerstandskämpfer_innen der schwerbewaffneten SS, bevor der Aufstand im Mai 1943 niedergeschlagen wurde. Das im Laufe der Kämpfe zerstörte Ghetto wurde aufgelöst und die restlichen Bewohner_innen wurden größtenteils deportiert und ermordet.

2 Das KZ Auschwitz wurde im Jahr 1940 von den deutschen Besatzern im annektierten Polen in der Nähe der in Auschwitz unbenannten Stadt Oswicim errichtet. Es bestand aus drei Konzentrationslagern, darunter Auschwitz-Birkenau als größtes Vernichtungslager. Daneben bestanden noch eine Vielzahl von Neben- oder Außenlagern in der Region. Insgesamt war Auschwitz das größte Lager der Nazis, bis zur Befreiung 1945 wurden dort über 1,1 Millionen Menschen gefoltert und ermordet.

3 Die Bezeichnung »Halbjude« wurde in der Umgangssprache des NS benutzt. Ihr liegt die antisemitische Überzeugung zugrunde, dass es eine jüdische und eine arische »Rasse« geben würde. Um die »Rassenmischung« zu verhindern, wurde nach dem Erlass des Reichsbürgergesetzes Ende 1935 festgelegt, wer als »Jude« galt. Es gab rechtliche Unterschiede zwischen »Juden« und den offiziell als »jüdische Mischlinge« bezeichneten »Halbjuden«. »Mischlinge« konnten verschiedene »Grade« haben, je nachdem wie hoch die NS-Bürokratie den »rassisch erhaltenswerten« Anteil des Blutes einstufte. Dementsprechend konnten sie rechtlich schlechter oder besser gestellt sein. »Halbjuden« wurden z.B. dann wie »Juden« behandelt, wenn sie zu einem bestimmten Zeitpunkt der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten oder sich mit einem »Juden« verheirateten. So konnte ihnen die Zulassung zum Studium verweigert werden, sie konnten zur Zwangsarbeit herangezogen und deportiert werden.

Wie standen Ihre Eltern zum deutschen Faschismus?

Meine Mutter hat mir von einer Parade erzählt, bei der Goebbels⁵ gewesen ist. Da musste jeder den Hitlergruß zeigen. Mein Vater hat das nicht gemacht und der Ortsgruppenführer hat ihm deswegen ins Gesicht geschlagen. Dass die Nazis Feinde von uns waren, das war klar. Ein paar meiner Onkel waren Soldaten. Die kamen von der Front weg – ab ins KZ Auschwitz. Da hat sich die Spur verloren.

»Die Verfolgung begann in dem Moment, als wir auf die Welt kamen.«



Wilhelm Reinhardt 1944.

Ab wann wurden Sie von den Nazis verfolgt?

Die Verfolgung begann in dem Moment, als wir auf die Welt kamen. Ich bin 1938 geboren, mein Bruder 1939 und der andere 1940. Kurz vor der Geburt von meinem jüngsten Bruder wurde unser Vater verhaftet.

Was ist mit Ihrem Vater passiert?

Im Mai 1940 wurde er mitsamt seiner Verwandtschaft in einem Transport nach Köln ins Sammellager gebracht.⁶ Insgesamt wurden ungefähr 50 bis 60 Personen – Sinti und Juden – nach Köln transportiert. Und vom Sammellager aus kamen sie nach Warschau in das berüchtigte Ghetto. Es gelang meinem Vater und meinem jüngsten Onkel aber zu flüchten. Doch in Berlin wurden sie wieder verhaftet und von da aus kamen sie nach Auschwitz. Nachher haben wir dann nichts mehr von ihnen gehört, doch ich habe später mal nachgeforscht. Mein Vater, mein jüngster Onkel, mein Großvater und meine Tante: Sie waren alle bei den letzten Sinti dabei, die in Auschwitz ermordet wurden. Insgesamt sind in Auschwitz über dreißig Personen meiner direkten Familie ermordet worden.

Wie erging es Ihnen und Ihrer Familie, nachdem Ihr Vater deportiert worden war?

Kurz nachdem mein Vater deportiert war, wurde mein jüngster Bruder geboren. Acht Tage nach der Geburt hat meine Mutter ihn in ein Heim gegeben. Ich weiß bis heute nicht, warum mein Bruder so kurz nach der Geburt wegkam. Mein anderer Bruder Robert und ich blieben bei meiner Mutter. Wir wurden behandelt wie Dreck. Es war egal, ob es wir kleine Kinder waren, die Mama oder Verwandtschaft von uns. Meine Mutter, mein Bruder Robert und ich mussten z.B. zur Gestapo. Und das nicht nur einmal, sondern wöchentlich. Als Kinder mussten wir Fingerabdrücke machen und es wurden Lichtbilder mit einem großen »Z« vorne auf der Brust⁷ von uns gemacht.

Ich kann mich noch an einen Bombenangriff erinnern, da durften wir nicht in den Bunker. Wir haben uns aber trotzdem im Gang untergestellt. Da kam die Streife von der Schutzpolizei und brüllte: »Ihr dürft hier nicht rein, raus vor die Tür!« Draußen sind uns die Splitter um die Ohren geflogen. Vor lauter Angst sind wir dann eine kleine Gasse hoch in eine Kirche geflüchtet. Da durften wir bleiben.

Ein anderes Mal wurden wir über Nacht verhaftet. Im Gestapo-Hof in Idar-Oberstein wurden wir aufgestellt und es hieß, wir werden erschossen. Ich habe Bammel gehabt, sage ich ganz ehrlich. Nach drei Tagen haben sie uns wieder laufen gelassen.

4 Jean »Django« Reinhardt (1910-1953) gilt als einer der größten und bekanntesten europäischen Jazzmusiker.

5 Joseph Goebbels war ein führender Politiker der NSDAP. Ab 1926 war er Gauleiter der NSDAP für Berlin-Brandenburg und ab 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

6 Bei der sogenannten Mai-Deportation wurden 2.500 Sinti und Roma aus dem deutschen Reich in das besetzte Polen verschleppt. Dort wurden sie in jüdische Ghettos wie Radom, Siedlce oder Warschau gebracht und als Zwangsarbeiter_innen eingesetzt. Die Deportation im Mai 1940 gilt wegen der akribischen Planung und dem Zusammenwirken von zentralen und lokalen Instanzen als eine der »Generalproben« für spätere Massendeportationen.

7 Der Buchstabe »Z« wurde im NS als Kennzeichen für Sinti und Roma verwendet. Das »Z« stand für »Zigeuner« und wurde u.a. auf Kennkarten und Armbinden gedruckt.

Wir durften aber den Wohnort nicht verlassen, wir durften noch nicht mal aus dem Haus raus, wir wurden total überwacht.

Haben Sie auch Ausgrenzung von Ihrem Umfeld erlebt, z.B. von Nachbar_innen?

Es hieß immer: »Ihr Zigeuner!« Aber gut, das waren in der Zeit allgemeine Aussagen. Ich meine, da gab es kein anderes Wort dafür. Heute ist das ja eine ganz große Beleidigung.

»Mit der Zeit wurde die Sache zu brenzlich. Eine Freundin meiner Mutter warnte uns, dass wir Kinder abgeholt werden sollen.«

Wie sind Sie mit der Verfolgung zurechtgekommen?

Mit der Zeit wurde die Diskriminierung so schlimm, dass meine Mama zu meinem Bruder Robert und mir sagte: »Wisst ihr was? Wir springen alle vom Schloss runter.« Damals ist fast jede Woche einer von dort oben runtergesprungen, Juden waren auch dabei. Als dann meine Mutter, mein Bruder und ich zum Schloss spaziert sind, habe ich mich losgerissen und bin stufen gegangen. Alleine wollte meine Mutter aber nicht runterspringen. Wenn ich dabei gewesen wäre, wären wir alle gesprungen. Was wir da mitgemacht haben, das kann man keinem Menschen erzählen. Die Nazis hätten uns lieber direkt totschiessen sollen, denn dann hätten wir das alles nicht mitmachen müssen. Es hieß immer: Ihr Zigeuner, ihr kommt sowieso weg! Mit euch machen wir nicht viel Federlesen, ihr seid bald reif.« Wir waren immer Menschen dritter Klasse, immer!

»Wir Sinti und die jüdischen Kinder waren immer eine Clique. Wir haben zusammengehalten, wie Pech und Schwefel – jeder hatte dasselbe Schicksal.«

Wie ging es dann weiter?

Mit der Zeit wurde die Sache zu brenzlich. Eine Freundin meiner Mutter warnte uns, dass wir Kinder abgeholt werden sollen. Die Freundin war wie meine Mutter Jüdin und hatte Verbindungen

zur Polizei. Sie wusste, dass es dort eine Liste mit unseren Namen gab. Meine Mutter hatte von jüdischen Familien gesagt bekommen: »Gib die Kinder in ein Heim, da sind sie sicher!« So kamen mein Bruder Robert und ich dann in die Heime. Einen Tag, nachdem die Freundin uns gewarnt hatte, vergiftete sie sich.

Was ist dann in den Heimen mit Ihnen passiert?

Als mein Bruder Robert und ich in die Heime kamen, war unser jüngster Bruder ja schon dort. Zu dem Zeitpunkt haben wir ihn wiedergetroffen. Wir waren dann eine Zeit lang zu dritt in einem Heim in Niederwörresbach. Später sind mein Bruder Robert und ich dann nach Dormagen und Oberbibach gekommen. In den Heimen waren auch noch andere Sinti und jüdische Kinder. Wir haben immer wieder die Heime gewechselt, damit die Gestapo uns nicht findet. So wurde ich irgendwann auch von meinem zweiten Bruder getrennt. Ich war in so vielen Heimen. Wenn die Gestapo kam und Razzia gemacht hat, hatten sie eine Liste mit Namen dabei. Haben sie welche gefunden, kamen die dann direkt weg, das habe ich oft genug miterlebt. Unsere Namen waren nicht dabei, ein Glück.

Was haben Sie in den Heimen erlebt?

In den Heimen habe ich mehr Schläge wie sonst was bekommen. Hast du den Mund aufgemacht, hast du Prügel bekommen für nichts und wieder nichts. Da wurden wir grün und blau geschlagen. »Wenn ihr was sagt, kommt ihr weg!« hieß es. Im Heim sind wir dann auch in die Schule gegangen. Das muss ich allerdings sagen: Die Bildung war da einwandfrei.

»Und das ist das, was ich heute nicht verstehe, wenn die Leute sagen: ›Wir wussten nicht, dass es Auschwitz gegeben hat.‹ Wir wussten das als kleine Kinder!«

Hatten Sie Freunde im Heim?

Wir Sinti und die jüdischen Kinder waren immer eine Clique. Wir haben zusammengehalten, wie Pech und Schwefel – jeder hatte dasselbe Schicksal. Die Eltern der jüdischen Kinder: Auschwitz, vergast, Theresienstadt⁸, weg. Die Kinder wussten aber von den Lagern. Ich wusste das auch als Kind.

8 Nach der erzwungenen Eingliederung tschechischer Gebiete als «Protektorat Böhmen und Mähren» in das deutsche Reich wurde in der dort gelegenen Stadt Terezin 1941 das KZ Theresienstadt errichtet. Bis 1943 wurden etwa 73.500 Menschen und somit fast die gesamte jüdische Bevölkerung des «Protektorats» nach Theresienstadt deportiert. Es diente vor allem als Sammel- und Durchgangslager für die jüdische Bevölkerung des «Protektorats Böhmen und Mähren». Aber auch Zehntausende deutsche Jüd_innen, vor allem ältere Personen, wurden nach Theresienstadt deportiert. Denn obwohl das Lager der NS-Propaganda als «Altersghetto» diente und ausländischen Besucher_innen zeitweilig als «jüdische Mustersiedlung» vorgeführt wurde, starben dort unzählige Menschen an Hunger und Krankheiten. Zehntausende wurden nach kurzem Aufenthalt nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Und das ist das, was ich heute nicht verstehe, wenn die Leute sagen: »Wir wussten nicht, dass es Auschwitz gegeben hat.« Wir wussten das als kleine Kinder!

Wie haben Sie die Befreiung erlebt?

Da habe ich nicht viel mitbekommen. Es hieß nur: »Der Krieg ist aus!« Das war im Frühjahr. Ich wusste zu dem Zeitpunkt nicht, wo meine Brüder waren. Jeder war für sich, keiner wusste von dem anderen. Kurze Zeit später kam ich nach Mayen in ein Heim und da waren auch meine zwei Brüder. Das war ein Wiedersehen mit Heulen und Tränen.

Was ist mit Ihrer Mutter während der Verfolgung passiert?

Meine Mutter war im Gefängnis, aber ich weiß nicht wo. Sie wurde nach den Nürnberger Rassen-gesetzen verurteilt, weil sie ja Jüdin war. Sie hatte großes Glück, dass sie nicht nach Auschwitz kam. Ich weiß aber nicht genau, was mit ihr passiert ist. Erst 1950 habe ich sie wiedergetroffen und sie hat nie wirklich über ihre Zeit im Gefängnis gesprochen. Ich hatte auch wenig Verbindung zu ihr. Ich wusste zwar, das ist meine Mutter, aber ich bin eben bei fremden Leuten groß geworden.

Wie ging es dann persönlich nach der Befreiung mit Ihnen weiter?

Ich verblieb bis 1950 in Heimen. Danach wurden wir Heimkinder an Bauern in der Eifel verteilt, da waren wir in Pflegefamilien. Bei den Bauern habe ich Kühe gehütet und dies und jenes gemacht. Da habe ich mehr gearbeitet als ich es heute tue. Und das als Kind! Das ging so weiter, bis ich mit der Schule fertig war. Und als ich dann aus der Schule kam, habe ich gesagt: »Ich werde Metzger!« Und dann bin ich Metzger geworden. Ich bin nach Me-senich an die Mosel gegangen und dort war ich in der Lehre. 1956 habe ich die Gesellenprüfung gemacht und von da an gearbeitet.

» Von den Verwandten, die überlebt haben, sind viele nach Israel ausgewandert. Die wollten mit Deutschland nichts mehr zu tun haben. Kann man verstehen.«

Haben Sie nach 1945 Ausgrenzung erlebt?

Später in der Schule, während meiner Lehrzeit oder meiner Arbeitsjahre hatte ich keinerlei Huddel mit Diskriminierung. Obwohl verschiedene Metzger wussten, dass ich Sinto war.

Wie haben Sie die Verfolgung verarbeitet?

Ich habe das besser verkraftet als meine zwei Brüder. Ich habe einen Beruf gelernt und dann habe ich das im Laufe der Zeit alles verdrängt. Aber das ist so: Man verdrängt es, aber vergessen kann man das nicht. Wenn du nur Todesangst hast, drei, vier, fünf Jahre – das bleibt nicht nur in den Kleidern stecken. Und dann kam der Hass, das ist normal.



Wilhelm Reinhardt bei seiner Geburtstagsfeier 2011

Was hat der Teil Ihrer Verwandtschaft getan, der überlebte?

Ein großer Teil wurde ermordet. Nach dem Krieg hieß es: »Dein Vater ist da und da umgekommen, dein Onkel, deine Cousins, deine Cousine, dein Großvater, deine Tanten – alle in Auschwitz. Von denen, die überlebt haben, sind viele nach Israel ausgewandert. Die wollten mit Deutschland nichts mehr zu tun haben. Kann man verstehen. Viele aus meiner Verwandtschaft kamen mit dem Schiff Exodus⁹ nach Palästina. Dort haben sie dann mitgeholfen, den Staat Israel aufzubauen.

Haben Sie nach der Befreiung vom Nationalsozialismus noch einmal Leute getroffen, die an Ihrer Verfolgung beteiligt waren?

Nach dem Krieg bin ich zu einem Kripo-Beamten in Idar-Oberstein gegangen, der während der Nazi-Zeit bei der Gestapo war. Den habe ich gefragt: »Existieren noch Bilder von uns?« Da hat er zu mir gesagt: »Wer sind Sie denn?« Ich meinte zu ihm: »Ich war damals so klein, vielleicht können Sie sich noch an mich erinnern.« »Ja«, sagte er, »wir konnten ja nicht anders.« Das war die Antwort, die ich bekommen habe. Die Liste mit den Namen und die Bögen mit den Fingerabdrücken haben nicht mehr existiert. Zum Ende der Nazi-Zeit wurde alles verbrannt, damit keine Beweise da sind.

Im Jahr 1968 habe ich dann einen der Mörder aus Auschwitz getroffen. Das war Leopold Windisch¹⁰, SS-Sturmbannführer. Ich hatte am Vorabend gehört: Morgen beginnt der Prozess gegen ihn. Ich bin dann dorthin gefahren. Durch Zufall habe ich ihn vor dem Gericht getroffen und dann ging meine Hand bei ihm an die Gurgel. Da kamen gleich zehn Polizisten und haben mir die Hand abgemacht, sonst wäre er nämlich tot gewesen. Es war eine Kurzschlussreaktion. Mein Vater und meine ganze Verwandtschaft sind in Auschwitz ermordet worden – da dreht man durch, das ist ja normal. Ich bin auch nicht dafür bestraft worden, weil der Staatsanwalt dafür Verständnis gehabt hat. Der Leopold Windisch hat lebenslänglich bekommen.

Gab es von offizieller Seite eine Entschuldigung bzw. haben Sie eine Wiedergutmachung bekommen?

Nein, es gab keine Entschuldigung – bis heute noch nicht. Geschweige denn eine Wiedergutmachung oder sonst etwas. Die müssen Entschä-

digung zahlen! Ich habe meinen Vater damals verloren und meine Mutter war inhaftiert. Wir sind ja nicht aus freien Stücken ohne Eltern groß geworden. Angeblich hätte ich die Frist versäumt, wurde mir gesagt. Gut, ich habe mich damals in der Lehrzeit nicht damit befassen können. Später, als ich im Beruf gearbeitet habe, hatte ich dann nicht den Kopf dafür einen Antrag für Wiedergutmachung zu stellen! Es ist schwer, eine Wiedergutmachung zu bekommen, denn Beweise gibt es ja keine mehr. Es ist alles vernichtet. Die ganzen Papiere wurden verbrannt. Wir haben in den Heimen nachgeforscht, da sind wir nicht einmal mehr registriert. Weder eine Geburtsurkunde noch sonstiges hat von uns existiert. Als ob wir nicht gelebt hätten...

Wie wurden Sinti nach der Befreiung in der BRD behandelt?

Im Jahr 1956 kam das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs, mit dem uns Sinti eine Entschädigung verweigert wurde. Was der Bundesgerichtshof¹¹ sich da erlaubt hat, war unglaublich – das waren doch alles Nazirichter! Durch die Bank weg, egal, wer da gesessen hat – jeder hatte eine nationalsozialistische Vergangenheit! Das haben wir sogar bei unserem Bundeskanzler Kiesinger¹² damals gesehen. Der hat aber gut eine geklatscht gekriegt! Das waren die Leute, die konnten in der Nazi-Zeit die Hand nicht hoch genug bekommen und nach dem Krieg haben sie ihre Hände schön still gehalten und konnten kein Wässerchen trüben. Bis in die 1980er wurde unser Volk nur kriminalisiert. Wir wurden gar nicht als Volk anerkannt.¹³ Das haben dann der Jacques Delfeld¹⁴ und der Romani Rose¹⁵ bei der UNO durchgesetzt.

9 Mit dem Schiff Exodus sollten im Sommer 1947 mehrere tausend jüdische Überlebende des Holocausts nach Palästina gebracht werden. Die britische Regierung, welche die Einwanderung nach Palästina kritisch sah, ließ das Schiff vor der palästinensischen Küste stoppen und die Flüchtlinge wurden zurück nach Frankreich geschickt. Als sie sich dort weigerten, an Land zu gehen, wurden sie nach Hamburg gebracht. Hier zwangen britische Soldaten sie gewaltsam von Bord und internierten sie in der Nähe von Lübeck in Lagern. Infolge des Skandals um die Exodus gab die britische Regierung ihre Position auf, sodass im Herbst 1947 den jüdischen Flüchtlingen die Weiterreise nach Palästina ermöglicht wurde. Im Frühjahr 1948 wurde der Staat Israel gegründet.

10 Leopold Windisch war ab 1941 Vize-Gebietskommissar in Lida im Westen von Belarus. Hierbei war er im Mai 1942 an Massenhinrichtungen von 5.670 Juden beteiligt. Das Mainzer Schwurgericht ermittelte gegen ihn wegen Judenmordes ab Ende 1967. Für seine Beteiligung am Massenmord erhielt Windisch eine lebenslange Freiheitsstrafe.

11 Der Bundesgerichtshof erklärte 1956 in einem Grundsatzurteil, dass Sinti und Roma in der NS-Zeit wegen ihrer »asozialen Eigenschaften« verfolgt worden waren. Eine »rassistische Verfolgung« wurden den Sinti und Roma erst für den Zeitraum nach 1943, als massenhafte Deportationen in Konzentrationslager begannen, zugestanden. Auf der Grundlage dieses Urteils wurden Entschädigungen oftmals abgelehnt. Im Jahr 1963 revidierte der Bundesgerichtshof sein Urteil von 1956 in Teilen. Rassistische Motive bei der Verfolgung ab dem Jahr 1938 galten nun als »mitursächlich«.

12 Kurt Georg Kiesinger war während des NS Mitglied der NSDAP und im Reichsaußenministerium tätig. Er war von 1966 bis 1969 Bundeskanzler der BRD. Während eines CDU-Parteitag 1968 bestieg die Journalistin Beate Klarsfeld das Podium, ohrfeigte Kiesinger und rief: »Nazi, Nazi, Nazi!«. Sie wurde vor allem dadurch bekannt, dass sie mit ihrem Mann Serge Klarsfeld auf unbehelligt lebende NS-Täter wie Klaus Barbie oder Alois Brunner aufmerksam machte.

13 Geschätzte 90.000 bis 500.000 Menschen, welche die Nazis als Sinti und Roma einstufen, wurden von ihnen systematisch ermordet. Erst 1982 wurde der »Porajmos«, wie der Genozid von Roma auch genannt wird, von der Bundesregierung als Völkermord aus »rassistischen Gründen« anerkannt. Entschädigungszahlungen waren damit nicht verbunden.

14 Jacques Delfeld ist Landesvorsitzender des Verbands Deutscher Sinti und Roma in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2010 erhielt Delfeld dort die höchste Auszeichnung für »hervorragende Verdienste um das Land Rheinland-Pfalz«.

15 Romani Rose ist Mitbegründer und Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Er veröffentlichte mehrere Bücher zur Verfolgung der Sinti und Roma im NS und erhielt Auszeichnungen für seine Bürgerrechtsarbeit, u.a. das Bundesverdienstkreuz.

Erleben Sie heute noch Ausgrenzung oder Übergriffe?

Hier in Trier hat es wieder angefangen. Mittlerweile wohne ich 26 Jahre hier, in den ersten Jahren ging es gut. Doch dann kamen die Nazi-Schmierereien. Die Nazis haben Hakenkreuze an meine Hauswand gemalt und an den Zigaretten-Automaten in meiner Straße haben sie geschrieben: »Nur für Deutsche!« und »Zigeuner, weg mit Dreck!« Abends fahren manchmal Nazis an meinem Haus vorbei und brüllen Parolen. Zuletzt haben sie mit Böllern und Silvesterraketen geworfen. Ich habe dann bei der Polizei angerufen und gesagt, dass sie schnell vorbeikommen sollen. Da hat der Polizist am Telefon gesagt: »Wir können nicht fliegen.« Da sagte ich: »Na, dann lernt ihr's!«

Ist die Polizei an jenem Abend noch gekommen?

Nein, die Polizei ist nicht gekommen. Am nächsten Morgen habe ich dann bei Jacques Delfeld vom Landesverband der Sinti und Roma angerufen und ihm von den Ereignissen erzählt. Der Jacques hat sich dann beim Polizeipräsidenten in Trier gemeldet und dem Dampf gemacht. Daraufhin hat der seinen Stellvertreter hergeschickt, der meinte zu mir: »Herr Reinhardt, bitte, bitte, machen Sie nichts!« Ich solle nur gucken, dass ich das Auto-Kennzeichen aufschreibe. Das andere würden sie machen, meinte er. Da sagte ich: »Was macht ihr denn? Was macht die Staatsanwaltschaft?« Das habe ich doch nach dem Nazi-Angriff im Frühjahr

2011 gesehen. Nach drei Wochen habe ich einen Brief bekommen: »Wegen Geringfügigkeit eingestellt.« Obwohl wir tätlich angegriffen wurden, hat die Staatsanwaltschaft den Fall eingestellt. Entweder ist die Staatsanwaltschaft auf dem rechten Auge blind, oder es sind selbst Nazis. Das habe ich wortwörtlich zu dem Polizisten gesagt. Da hat er mir keine Antwort gegeben.

**»Ich mache das nicht mehr mit.
Ich habe in meinem Leben
genug durch die Nazi-Bagage
mitgemacht – aber jetzt ist
Schluss.«**

Was genau ist im Frühjahr 2011 passiert?

Es war ein Abend im April. Da flogen auf einmal Glasflaschen auf unser Haus und Nazis brüllten: »Zigeuner raus!« Als die Nazis abhauen wollten, haben sie sich verfahren und kamen nicht mehr weiter. Ich bin gleich ans Telefon und habe die Polizei gerufen und da kamen die mit sechs, sieben Streifenwagen. Die Nazis waren dann die Nacht im Knast, am nächsten Tag wurden sie wieder laufen gelassen. Nach drei Wochen bekam ich dann einen Brief von der Staatsanwaltschaft: Die Sache ist wegen Geringfügigkeit eingestellt. Das ist das, was mich so ärgert. Ich mache das nicht mehr mit. Ich habe in meinem Leben genug durch die Nazi-Bagage mitgemacht – aber jetzt ist Schluss.

ROMA GENOCIDE REMEMBRANCE INITIATIVE



Bilder von Amaro Drom

von Emran
Elmazi

Am 2. August 1944 wurden 2897 Sinti und Roma in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet. Dabei handelte es sich um ältere Menschen, Frauen und Kinder, die im sogenannten "Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau gefangen waren. Insgesamt sind etwas 500.000 Sinti und Roma der nationalsozialistischen Rassenpolitik und dessen Kollaborateuren zum Opfer gefallen. Dennoch haben diese traurigen Fakten bis heute keinen Einzug in die moderne Geschichtsschreibung gefunden.

Um dieser Situation etwas entgegen zu setzen, wurde im Jahr 2010 das "Roma Genocide Commemoration Project" initiiert. Ziel dieses Projektes ist es, eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zu Praktiken und Methoden für die Thematisierung von Holocaust, Antiziganismus und Menschenrechtsfragen in nationalen und internationalen Grassrootsinitiativen zu schaffen, die effektiv Stereotype, Stigmatisierung und Antiziganismus innerhalb ihrer Strukturen ansprechen kann, sowie auch gesamtgesellschaftlich durch non-formale Bildung, gemeinsame Kampagnen- und Lobbyarbeit und die Sensibilisierung und Mobilisierung junger Menschen für diese Themen zu stärken.

Diesbezüglich veranstaltet das internationale Netzwerk Ternype, darunter auch sein deutscher Partner Amaro Drom, eine alljährliche Auschwitz Gedenkfahrt, bei dieser ca. 60 Roma und Nicht-Roma Jugendliche teilnehmen, um an das Schicksal tausender Roma im Zweiten Weltkrieg zu erinnern. Denn wir können und wir wollen diejenigen nicht vergessen, die ermordet wurden und die nie die Chance hatten, gegen ihre Verfolgung und Ermordung aufzubegehren!

Junge Menschen haben eine essentielle Verantwortung für die Entstehung eines friedlichen und inklusiven Europas.

Diese viertägigen Seminare wurden entwickelt, um das Wissen und Bewusstsein der Teilnehmenden für den Roma Völkermord zu erweitern und zu schärfen, die Bedeutung und den Aufbau einer Gedenkkultur unter jungen Roma und Nicht-Roma zu reflektieren, und die Bemühungen um gemeinsame Initiativen auf Grassroots- und internationaler Ebene in Bezug auf das Gedenken und den Kampf gegen Antiziganismus und Rassismus in Europa zu stärken. Bildung zum Thema Holocaust hat das Ziel, jungen Menschen die Mechanismen von Ausgrenzung, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und der populistischen und dogmatischen Manipulation von Menschen,



die zum schlimmsten Moment menschlichen Handelns in der Geschichte geführt haben, verständlich zu machen. Kritisches Denken ist ein

Schlüsselinstrument um Zivilcourage und aktive Bürgerschaft im Kampf gegen Rechtsradikalismus und Rassismus zu fördern.

SINTI UND ROMA IM DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEM

– EINE MENSCHENRECHTLICHE PERSPEKTIVE

von *Sandra
Reitz und
Anne-Kathrin
Winter*

Die Frage, wie das (Menschen-) Recht auf Bildung für Roma und Sinti ohne Diskriminierung gewährleistet werden kann, macht auch die besondere „Kultur“

der Roma und Sinti relevant, inklusive einem Bildungsverständnis, das – folgt man den Darstellungen der Mainstream-Medien – fast diametral den meisten formellen Schulsystemen Europas gegenübersteht. Als „Gadsche“, also Nicht-Roma, ist es vielleicht anmaßend, einen Artikel über Roma und Sinti im Bildungssystem zu schreiben. Aber der Bezug auf Menschenrechte, speziell auf das Menschenrecht auf Bildung, der hier geliefert wird, kann in zweierlei Hinsicht hilfreich sein: Erstens ermöglicht er, jenseits von Staatsangehörigkeiten und Grenzen, das Recht auf Bildung einzufordern – und innerhalb des Europarates, dem Zuständigkeitsbereich des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, auch einzuklagen. Zweitens liefert das sogenannte 4A-Schema, das von der früheren UN-Sonderberichterstatterin zum Recht auf Bildung, Katarina Tomasevski, entworfen wurde, ein Analyseinstrument für die verbesserte Umsetzung des Rechts auf Bildung. Dies soll anhand einiger bestehender Projekte und Initiativen veranschaulicht werden.

Die Roma und Sinti in Deutschland sind keineswegs als homogene Gruppe zu verstehen. Dabei ist nicht nur die Unterscheidung zwischen Sinti und Roma wichtig, welche oft auch als Sammelbegriff verwendet wird, sondern auch die sehr unterschiedlichen sozialen und aufenthaltsrechtlichen Situationen der Roma und ihrer Familien. Zahlenmäßig hat laut Reinhard Marx die überwiegende Mehrzahl der nicht-deutschen Roma und Sinti im Bundesgebiet einen Duldungsstatus und somit eingeschränkte Rechte im Vergleich zu jenen mit deutscher oder EU-Staatsbürgerschaft. Die Mehrzahl der geduldeten Roma kam auf der Flucht vor dem Krieg im Kosovo um 1999 nach Deutschland und erhielt damals zunächst Flüchtlingsstatus. Dieser wurde nach dem offiziellen Ende des Krieges aufgehoben, sodass viele wieder in den Kosovo zurückgekehrt, teilweise auch abgeschoben wurden oder von Abschiebung bedroht sind. Zwischen einer Sinti mit deutschem Pass, die als solche vielleicht gar nicht „sichtbar“ ist und einem Rom, der von Abschiebung bedroht ist oder sich illegalisiert in Deutschland aufhält (und auf eine andere Art nicht „sichtbar“ ist), bestehen naturgemäß immense Unterschiede. Dennoch soll im Folgenden versucht werden, die Bildungssituation dieser Gruppe näher zu analysieren, wobei das 4A-Schema zum Menschenrecht auf Bildung herangezogen wird.

Das 4A-Schema zum Menschenrecht auf Bildung

Menschenrechte sind angeboren und unveräußerlich, stehen somit jeder Person allein aufgrund ihres ‚Menschseins‘ zu, unabhängig von „Rasse“, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand“ (Art. 2 AEMR). Dem Menschenrecht auf Bildung kommt als ‚Empowerment‘-Recht eine besondere Bedeutung zu: Erst durch Bildung erfahren die Menschen von ihren Menschenrechten. Sie werden befähigt, sich für ihre eigenen, sowie solidarisch für die Menschenrechte anderer einzusetzen. Inhaltlich thematisiert das Recht den Anspruch auf freien Zugang zu Bildung, den Diskriminierungsschutz und die Wählbarkeit der Bildung. Niedergelegt ist dieses Menschenrecht u.a. in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 26 (1948), in der Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1968) in Artikel 13 und 14 sowie in der Kinderrechtskonvention (1989) in Artikel 28 und 29; die genannten Konventionen wurden alle auch von Deutschland ratifiziert.

Die Umsetzung jeder UN-Menschenrechtskonvention wird von einem eigenen Ausschuss überwacht. Neben der Aufgabe der Prüfung von Staatenberichten und der Behandlung von Beschwerden setzen sich diese Ausschüsse regelmäßig mit inhaltlichen und interpretatorischen Fragen der Menschenrechte auseinander und veröffentlichen ihre Analysen als „Allgemeine Kommentare“. So greift Kommentar Nr. 13 des UN-Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte das Menschenrecht auf Bildung auf, inklusive der folgenden vier empirisch überprüfbaren Bestandteile (4A-Schema):

- Availability (Verfügbarkeit von Bildung): Ausreichende Zahl an grundlegenden und weiterführenden Bildungseinrichtungen, relative Mindestausstattung der Bildungseinrichtungen
- Access (Zugänglichkeit von Bildung): Nicht-diskriminierung: Bildung muss für alle zugänglich sein, insbesondere für in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen gefährdete Gruppen; Physische Zugänglichkeit: sichere Lage, zumutbare Nähe der Bildungseinrichtungen, ggf. Möglichkeit des Fernlernens; Wirtschaftliche Zugänglichkeit: kostenfreier Grundschulbesuch, schrittweise Einführung von kostenlosem Besuch der Sekundarschulen

- Acceptability (Eignung von Bildung): Kulturell angemessene, hochwertige Lehrpläne und Lehrmethoden
- Adaptability (Anpassbarkeit von Bildung): Flexible, bedürfnisorientierte Bildung

Das Schema wird von der UN-Sonderberichterstattung zur Analyse der Bildungssituation in unterschiedlichen Staaten angewandt. Für Deutschland lässt sich konstatieren, dass die generelle Verfügbarkeit von Bildung – zumindest im Vergleich zu anderen Ländern – kein größeres Problem darstellt, auch wenn die unterschiedliche Ausstattung der Schulen durch Sponsoren u.ä. einen bedenklichen Trend darstellt.

Doch schon bei der Zugänglichkeit zu Bildung werden erforderliche Maßnahmen deutlich. Wenn auch die physische und wirtschaftliche Zugänglichkeit, so wie sie vom Ausschuss definiert wird, in Deutschland gewährleistet ist (wenn von langen Fahrzeiten für Kinder in speziellen Förderschulen abgesehen wird), muss bei der Nichtdiskriminierung Handlungsbedarf festgestellt werden. Inzwischen wurde die Schulpflicht auch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus in den meisten Bundesländern zwar eingeführt, doch stellt es eine große Herausforderung dar, Menschen ohne Papiere darüber zu informieren, ihnen zu versichern, dass sie nicht gemeldet werden, und schließlich auch die Schulleitungen und Lehrpersonen entsprechend zu informieren und sensibilisieren. Das mehrgliedrige Schulsystem trägt zu weiteren Unterschieden bei, die nicht mehr als zufällige statistische Besonderheiten angesehen werden können, sondern nur durch eine Benachteiligung erklärt werden können: Zwar fehlt es an belastbaren empirischen Daten, doch die (nicht repräsentative) Studie von Daniel Strauß u.a. zeigt alarmierende Zahlen: 13 Prozent von den 261 befragten Sinti und Roma ab 14 Jahren haben keinerlei Schule besucht (rund zehnmal so viele wie in der deutschen Mehrheitsbevölkerung), 44% haben keinen Schulabschluss und nur 2,3% besuchten ein Gymnasium. Es ist dringend geboten, hier weitere Studien zu betreiben – neben der reinen Feststellung der Benachteiligung gilt es natürlich auch, die Ursachen näher zu erforschen und Gegenmaßnahmen zu treffen. Ansonsten ist es nicht auszuschließen, dass sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht nur mit Fällen in Ungarn und der Tschechischen Republik beschäftigen muss: Diese Staaten wurden gerügt und mit Geldstrafen belangt, weil sie überproportional viele Romakinder zum Besuch von Sonderschulen verpflichteten.

Bezüglich der Ursachen lassen sich durchaus begründete Mutmaßungen anstellen – ähnlich wie Strauß u.a. aus ihrer Studie geschlossen haben: Wie insgesamt im deutschen Schulsystem, besteht ein enger Zusammenhang zwischen Armut und niedrigen Schulabschlüssen bzw. Schulabbruch. Dies ist besorgniserregend, weil hierbei von einer Reproduktion der Benachteiligung gesprochen werden kann und sich eine intergenerationelle Armutsspirale entwickelt. Im Falle der Roma und Sinti setzen sich niedrige bzw. keine Schulabschlüsse als Konsequenz der (Ur-)Großeltern fort, die während der NS-Zeit nicht in die Schule gehen durften und somit ungelern waren. Natürlich fällt es diesen Personen schwer, bei den Hausaufgaben zu helfen, wie ebenfalls in der Studie von Strauß u.a. deutlich wurde.

Hinzu kommen evtl. Sprachschwierigkeiten, vor allem aber auch eine institutionelle Diskriminierung, wie sie von Gomolla und Radtke für Kinder mit Migrationshintergrund konstatiert wurde. Dabei geht es nicht um absichtliche Benachteiligung durch das Lehrpersonal, sondern um die Schule als Organisation. Durch die simple Tatsache, dass es verschiedene Schulformen gibt, werden den Lehrpersonen Entscheidungen nahegelegt, die objektiv diskriminierend wirken, auch wenn dabei gute Absichten (z.B. Schutz vor Überforderung) die Hauptrolle spielen können. Hier müssen entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden, die von gemäßigten Forderungen, wie eine verbesserte Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen, über Mittellösungen wie eine verlängerte gemeinsame Schulzeit oder radikalere Forderungen wie die Abschaffung der Mehrgliedrigkeit reichen. Dabei dürfen Schulpflichtige ohne sicheren Aufenthaltsstatus nicht vergessen werden, bedürfen sie doch einer besonderen Beratung und die Lehrpersonen einer entsprechenden Sensibilisierung.

Die Eignung und Anpassungsfähigkeit der Bildung haben viele Überschneidungen, sodass sie hier gemeinsam betrachtet werden sollen. Dabei geht es auch um den nicht ganz unproblematischen Kulturbegriff. Kultur ist keine statische Zuschreibung, die unterschiedslos für alle Angehörigen einer bestimmten Gruppe gilt, doch kann der Begriff helfen, gerade die Unterschiede nicht nur sichtbar zu machen, sondern sie auch wertzuschätzen. Gleichzeitig muss Stereotypen und Vorurteilen vorgebeugt werden. Mit entsprechenden Einschränkungen müssen die ‚kulturellen‘ Erklärungen versehen werden, die versuchen, weitere Ursachen für die Bildungsunterschiede zu erhellen. So wird den Roma und Sinti oft ein Misstrauen gegenüber bürokratischen Institutionen und nicht zuletzt gegenüber der Schule zuge-

schrieben. Allerdings handelt es sich oft um einen Teufelskreis aus Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierungserfahrungen auf der einen Seite und Misstrauen sowie entsprechend abwehrendem Verhalten auf der anderen Seite. Studien von Allensbach (1992) und EMNID (1994) zeigten, dass über 60% der Mehrheitsbevölkerung Sinti und Roma generell als Nachbarn ablehnen. Somit ist die Angst vor Diskriminierung durchaus berechtigt.

Hinzu kommt, dass die angebotene Bildung eben keine Rücksicht auf kulturelle Angemessenheit oder konkrete Bedürfnisse nimmt: Romanes wird nur in einigen Sonderfällen an Schulen gelernt. Auffälliges Verhalten, das nicht nur, aber eben auch bei einigen Roma und Sinti vorkommt, wie Aufstehen und Herumlaufen im Unterricht, das frühere Verlassen von Schulstunden bzw. das Fernbleiben während eines ‚Auf-Reisen-Gehens‘ der Familie, stößt bei Lehrpersonen sowie bei Schülerinnen und Schülern oft auf Unverständnis und führt oft zur ‚Abschiebung‘ auf Förderschulen. Wichtig wäre aber, dass sich die Schule den Schülerinnen und Schülern anpasst und nicht umgekehrt. So wie in manchen internationalen Kontexten Bildung z.B. um Arbeitsverhältnisse herum geplant werden muss, sollte auch Schule in Deutschland den besonderen Bedürfnissen der Roma und Sinti entgegenkommen. Dabei geht es um die Rahmenbedingungen und Gestaltung von Bildung ebenso wie um die Inhalte, deren Relevanz offensichtlich überprüft bzw. besser vermittelt werden müsste.

Projekte und Initiativen zur Verbesserung der Bildungssituation von Roma und Sinti

Nur exemplarisch können hier drei Projekte vorgestellt werden, die auf die eine oder andere Weise versuchen, die Bildungssituation von Roma und Sinti zu verbessern. Generell zu vermerken ist, dass viele frühere Projekte ausgelaufen sind und sich ohne Fördermittel nicht halten konnten – ein Dilemma, das leider für viele (Bildungs-)Projekte gilt.

Das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, das Anfang der 90er Jahre in Heidelberg eingerichtet wurde, ist bemerkenswert, weil hier Möglichkeiten und Räumlichkeiten geboten werden, dass sich Sinti und Roma eigenständig mit der Erforschung ihrer Geschichte auseinandersetzen. Des Weiteren leistet das Zentrum Öffentlichkeits- und Jugendarbeit. Mit diesem Ansatz wird falschen und stigmatisierenden Fremdzuschreibungen vorgebeugt und Partizipation gelebt.

Ternodrom e.V. ist eine interkulturelle Jugendorganisation von Roma und Nicht-Roma in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Interkulturelle Verständigung steht ebenso im Zentrum wie die Aktivierung und Stärkung von Heranwachsenden zur selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch die Möglichkeit, eigene Projektideen auszuarbeiten und zu realisieren, werden Selbstbestimmtheit und auch „Acceptability“ deutlich berücksichtigt. Auch hier wird darauf geachtet, dass unter den Mitarbeitenden und Multiplikator_innen auch Roma und Sinti sind, sodass nicht über, sondern partizipativ und gleichberechtigt mit Roma und Sinti gearbeitet wird.

Die Kindertagesstätte „Schaworalle“ in Frankfurt ist ein bundesweites Pilotprojekt des Fördervereins Roma e.V. und ist speziell auf die Betreuung und Bildung für Romakinder ausgelegt. 1996 wurde der Kindergarten gegründet, um Romakinder buchstäblich von den Straßen zu holen. Heute gehört auch eine Schule zur Einrichtung, in der die Kinder ihre Muttersprache, das Romanes, lernen, aber ebenso Wissen über ihre Kultur und Identität vermittelt bekommen. Zusätzlich zur Betreuung von Schülerinnen und Schülern gibt es auch eine Beratungsstelle für Eltern, die bei Fragen bezüglich z.B. Aufenthaltsrechten, Wohnungssuche und Geldsorgen beraten werden. Das Besondere an dieser Einrichtung scheint das Vertrauen der Roma in diese Institution. Umgekehrt ist die Frage danach, ob das Projekt „Schaworalle“ nicht eine gewisse Form der Segregation darstellt, berechtigt, muss aber im Verhältnis zu den herrschenden Verhältnissen gesehen werden. Dieses Projekt setzt niedrigschwellig an und berücksichtigt die Wünsche der Kinder, die sich in den vorhandenen Gruppen wohl fühlen. Somit wird auch hier „Acceptability“ und „Adaptability“ gelebt, auch wenn ein anderer menschenrechtlicher Kernbegriff, die Inklusion, also gemeinsame, heterogene Beschulung, dadurch etwas zweitrangig behandelt wird. Es scheint aber konsequent, sich an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schülern zu orientieren – dies führt vor Augen, dass das Vertrauen in die „normalen“ Regelschulen womöglich zu Recht noch nicht vorhanden ist.

Fazit

Bei der rechtlichen Situation der Sinti und Roma, vor allem aus dem Kosovo, muss über Alternativlösungen zur bedingungslosen und menschenunwürdigen Abschiebep Praxis in die stark antiziganistischen „Heimatländer“ verhandelt werden. Bildungsprojekte wie die hier vorgestellten können nur dauerhaft wirken, wenn sie in eine politisch-soziale Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung eingebettet sind. Illegalisierte oder hungernde Personen haben zunächst andere Sorgen als Wissensdurst. Zusätzlich müssen die durchaus vorbildlichen Projekte und Initiativen dauerhaft gefördert werden, um ihre Wirkung nachhaltig zu entfalten.

Des Weiteren ist nicht nur die Bildung der nationalen Minderheiten wichtig, sondern auch die Bildung der „Mehrheitsgesellschaft“ über die Minderheiten. Dazu ist eine entsprechende Ausbildung und Sensibilisierung der Lehrer_innen notwendig. Die Frage, wie die seit Generationen tradierten Vorurteile ausgemerzt werden können, ist nicht leicht zu beantworten. Ein rechtbasierter Ansatz kann aber helfen, das Bewusstsein sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten zu ändern: Es geht nicht um Almosen oder eine Toleranz, die gewährt, aber eben auch versagt werden kann, sondern um Menschenrechte, die allen zustehen. Das Menschenrecht auf Bildung kann mit dem vorgestellten 4A-Schema näher bestimmt werden. Daraus leiten sich die hier genannten Forderungen ab: Mehr Studien zur Bildungssituation, um den diskriminierungsfreien Zugang zu gewährleisten. Dabei sollten auch Sinti und Roma in ihren eigenen Forschungen unterstützt werden, damit Daten nicht ausschließlich durch Dritte dargestellt und interpretiert werden. Nötig sind weitere Projekte, die „Acceptability“ und „Adaptability“ stärker berücksichtigen als „normale“ Regelschulen. Gleichzeitig bedarf es einer veränderten Lehreraus- und Weiterbildung, die sensibilisiert für institutionelle Diskriminierung, und zumindest einer erneuten Debatte um mögliche Reformen des Schulsystems, insbesondere bei der frühen Schullaufbahnentscheidung. Obwohl in Deutschland mit der Anerkennung der Roma und Sinti als Minderheit und mit den vereinzelten Initiativen wichtige positive Schritte gemacht wurden, gilt es also weiterhin die jahrelangen Versäumnisse aufzuholen.

RASSISMUS IM BILDUNGSSYSTEM



„Obwohl ein Großteil der UnterstufenschülerInnen an meiner Schule eine Zuwanderungsgeschichte aufwies, waren allochthone SchülerInnen in der Oberstufe unterrepräsentiert.“

© Bild von Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

Interview
von
Viktoria Herz

Karim Fereidooni, Jahrgang 1983, studierte Germanistik, Politikwissenschaft, Deutsch als Fremdsprache und Europäische Studien an der Universität Trier und an der Mid Sweden University. Seit 2012 ist er Lehrer für Deutsch, Politik/Wirtschaft und Sozialwissenschaften an einem Gymnasium in NRW und erhielt Lehraufträge an der Ruhr-Universität Bochum und der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er bekam ein Promotionsstipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft. Sein Dissertationsthema behandelt Diskriminierungserfahrungen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen. Bereits 2011 erschien im VS Verlag sein Buch „Schule- Migration - Diskriminierung: Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen“. Ein Jahr später erschien sein Sammelband „Das interkulturelle Lehrerzimmer“.

Grenzwertig: Seit einigen Jahren beschäftigen Sie sich mit dem Thema Rassismus im deutschen Bildungssystem. Wie kamen Sie zu Ihrem Forschungsschwerpunkt?

Karim Fereidooni: In meiner Grundschulzeit merkte ich, dass Bildung von Lehrkräften dazu benutzt wurde, Kinder von anderen Kindern im Namen der Bildung zu trennen. Insbesondere Kindern „mit Migrationshintergrund!“ wurden überdurchschnittlich oft mangelnde Kenntnisse in Form des sprachlichen und schriftlichen Ausdrucksvermögens attestiert, ohne ihnen gezielte Förderung zukommen zu lassen, sodass sich die Wege der Klassenkameraden schon frühzeitig trennten. Diese einschneidende Erfahrung hat mich dazu bewogen, meinen Berufswunsch schon in frühen Jahren festzulegen: Ich wollte Lehrer werden, um allen Kindern, gleich welcher Herkunft, die Möglichkeit zu geben, gemeinsam zu lernen.

In der Zeit, in der ich die Realschule besucht habe, machte ich erstmals die Erfahrung, dass sozialer Aufstieg eng mit Bildung verknüpft ist. Mein Ziel war es, die Gymnasialempfehlung zu erhalten, um Abitur machen und studieren zu können. Obwohl ich mich damals völlig als „Einheimischer“ verstand, wurde mir immer wieder von Lehrkräften zu verstehen gegeben, dass ich nicht völlig „da-

¹ Diese Bezeichnung ist irreführend, weil die Mehrzahl der Kinder, die im deutschen Schulsystem beschult werden, in Deutschland geboren ist; auch Kinder mit dem Zusatz „Migrationshintergrund“. Zudem suggeriert der Begriff eine Homogenität, die faktisch nicht besteht.

zugehört“. Diese Formen direkter und indirekter Diskriminierung haben mir signalisiert, dass meine Bildungsaspirationen zwar von meinen Eltern, nicht aber von all meinen Lehrkräften ernst genommen wurden. Diese persönlichen Erfahrungen nahmen ich zum Anlass, mich mit gesteigertem Engagement den schulischen Herausforderungen zu stellen und meinen Berufswunsch konsequent zu verfolgen, um auf diesem Wege eines Tages als Vertrauensperson und Vorbild für Schülerinnen und Schüler ungeachtet ihrer Herkunft agieren zu können.

Während ich die Oberstufe einer Gesamtschule besuchte, wurde mir klar, dass der Zugang zu Bildung in der bundesdeutschen Gesellschaft ungleich verteilt ist: Obwohl ein Großteil der UnterstufenschülerInnen an meiner Schule eine Zuwanderungsgeschichte aufwies, waren allochthone SchülerInnen in der Oberstufe unterrepräsentiert. Diese Erfahrung hat mich dazu bewogen, mich nach dem Abitur mit den Ursachen der Bildungsbenachteiligung allochthoner SchülerInnen im deutschen Schulwesen wissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Während meines Studiums wurden Ergebnisse der PISA-Studien der Jahre 2003 und 2006 veröffentlicht, die u. a. die Bildungsdiskriminierung allochthoner SchülerInnen im deutschen Schulwesen empirisch nachgewiesen haben. Nicht zuletzt diese Erkenntnisse haben mich zusätzlich darin bestärkt, mich als Lehrkraft für Chancengleichheit im Bildungssystem einzusetzen. Mein Interesse an der Erforschung interkultureller Ansätze in der Bildungspolitik wuchs kontinuierlich, sodass ich mich im Jahre 2008 bewusst dafür entschied, das erfolgreiche - weil integrative - Bildungssystem Schwedens ein Semester als Erasmus-Stipendiat des Faches Politikwissenschaft an der Mid Sweden University (Sundsvall/Schweden) zu erleben und zu untersuchen. Entsprechend meiner Forschungsschwerpunkte habe ich mich im Rahmen meiner Ersten Staatsexamensarbeit im Fach Politikwissenschaft mit den politischen Ursachen der institutionellen Bildungsbenachteiligung von Kindern „mit Migrationshintergrund“ im deutschen Schulwesen beschäftigt.

2011 haben Sie das Buch: „Schule- Migration – Diskriminierung: Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen“ veröffentlicht. Was unterscheidet dieses Buch von anderen Werken zu dem Themenfeld Bildung und Migration?

In diesem Buch habe ich - mithilfe des Konzepts der institutionellen Diskriminierung - den Bildungs(miss)erfolg von SchülerInnen „mit Migra-

tionshintergrund“ im deutschen Schulwesen untersucht, indem ich eine Sekundäranalyse der internationalen Schulleistungsuntersuchungen IGLU 2001, PISA 2000, 2003 und 2006 vorgenommen habe. Diesbezüglich habe ich der Kritik an nationalen und internationalen Leistungsuntersuchungen ein umfangreiches Kapitel gewidmet. Außerdem führe ich in dieser Publikation eine Policy-Analyse mithilfe des Policy-Zyklus durch. Der Policy-Zyklus ist ein politikwissenschaftliches Analyseinstrument, mit dessen Hilfe Regierungshandeln und das Zustandekommen von Gesetzen analysiert werden kann. Ich habe eine Policy-Analyse für die Bildungspolitik in Bezug auf die Beschulung von Kindern „mit Migrationshintergrund“ seit 1973 bis zur Gegenwart durchgeführt. Außerdem habe ich die diversen Beschulungskonzepte in Bezug auf Kindern „mit Migrationshintergrund“ herausgearbeitet und phasiert dargestellt. Zudem habe ich Reformvorschläge konzipiert, deren Realisierung dazu führen könnte, unser Bildungswesen gerechter zu machen.

Welche Gründe sehen Sie für Misserfolge „migrantischer“ Jugendlicher im deutschen Schulsystem?

Beispielsweise werden im Zuge der Ausstellung von Übergangsempfehlungen für weiterführende Schulen ethnische Merkmale valorisiert, die fehlende kulturelle Passung angeführt und kulturalisierende Annahmen im Hinblick auf die Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern genannt, die dazu führen, dass Grundschulkindern „mit Migrationshintergrund“ bei gleicher Leistung seltener eine Gymnasialempfehlung erhalten als Kinder ohne Migrationshintergrund. Dabei werden die hohen Bildungsaspirationen der Familien „mit Migrationshintergrund“ unterschätzt. Ähnlich verhält es sich mit dem kulturellen Kapital der „Zuwandererfamilien“, die gegenwärtig nicht genug Beachtung finden. „Während türkischstämmige Jugendliche im Anschluss an die Grundschulzeit an einem Schulort etwa doppelt so häufig wie die Ansässigen an einen Schultyp mit Grundanforderungen wechseln müssen, tun sie das an einem anderen Schulort fast viermal so häufig. Ähnlich streut das Risiko einer negativen Selektion auch bei anderen Herkunftsnationen.“

Dass die Noten und der damit einhergehende Bildungsabschluss der SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ maßgeblich von ihrem Schulstandort abhängen, beweist zudem die TIES-Studie, deren Stichprobe fast 10.000 Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren umfasst, die als Nachkommen von Arbeitsmigranten aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und aus Marokko in fünfzehn europäischen Städten geboren, auf-

gewachsen und beschult worden sind. Daneben wurde in allen partizipierenden Städten eine Vergleichsgruppe ohne familiäre Zuwanderungsgeschichte untersucht. Die Studie zeigt auf, dass SchülerInnen derselben Herkunft und desselben sozioökonomischen Status in anderen europäischen Staaten bessere Schulleistungen erbringen als die gleichaltrige Kohorte derselben Herkunft und desselben sozioökonomischen Hintergrunds, die im deutschen Schulwesen beschult wurden. Außerdem weist die Untersuchung darauf hin, dass es für Kinder „mit Migrationshintergrund“ trotz gleicher Leistung schwieriger ist eine Gymnasialempfehlung zu erhalten als für Kinder ohne Migrationshintergrund.



Im Grundschulalter lernen alle SchülerInnen zusammen und werden nicht nach Leistung separiert. © Bild von Dieter Schütz / pixelio.de

Was verstehen Sie unter dem Konzept der „institutionellen Diskriminierung“?

Institutionelle Diskriminierung bezeichnet die Ungleichbehandlung von Personen durch das organisatorische Handeln zentraler gesellschaftlicher Institutionen wie z. B. des Bildungs- und Ausbildungssektors. Weil sich institutionelle Diskriminierung als Ergebnis sozialer Prozesse darstellt, kann sie in Abwertung und Ausgrenzung resultieren, ohne dass einzelne Menschen explizit

Missachtung ausdrücken oder gewalttätig werden. Benachteiligende Verhaltensweisen müssen nicht an die Person des Diskriminierenden gebunden sein; sie können ebenso in Organisationsstrukturen bzw. institutionellen Handlungslogiken wie z. B. Verfahrensvorschriften, Routinen, Programmen oder der Lehrpraxis eingebettet sein.

Die institutionelle Diskriminierung unterscheidet sich in mindestens zwei Punkten von der direkten Diskriminierung: Zum einen ist die institutionelle Diskriminierung in ihrer Entstehungs- und Wirkungsform komplexer als die direkte Diskriminierung, weil die aus ihr resultierenden Benachteiligungen zum Teil von den diskriminierenden Personen nicht mutwillig ausgehen bzw. nicht intendiert sind. Im Gegensatz zu der direkten Benachteiligung geht die Ungleichbehandlung bei der institutionellen Diskriminierung nicht von der/dem einzelnen PolitikerIn, BeamtIn, LehrerIn, UnternehmerIn oder GewerkschaftlerIn, sondern von dem Netz von Institutionen aus, deren Maßnahmen in der Erziehung, der Wirtschaft und der Rechtsprechung kumulativ wirken und in der Summe den Zustand rassistischer oder ethnischer Diskriminierung bewirken.

Die institutionelle Diskriminierung wird auch indirekte oder versteckte Diskriminierung genannt, weil bei ihr die Benachteiligung nicht von diskriminierenden Einzelhandlungen, sondern durch Organisationsprozesse innerhalb von Institutionen, somit von systeminhärenten Strukturen ausgeht. Dieser Umstand macht sowohl ihre Benennung als auch Bekämpfung zu einer vielschichtigeren Aufgabe als die Beseitigung von offener, direkter Diskriminierung. Zum anderen gründet sich die direkte Diskriminierung auf die unterschiedliche Behandlung von Gesellschaftsmitgliedern, wohingegen die institutionelle Diskriminierung ihre negativen Auswirkungen entfaltet, wenn alle Personen, trotz ungleicher Voraussetzungen, gleich behandelt werden.

Wie müsste sich Schule verändern, um Benachteiligungen von Jugendlichen mit „Migrationshintergrund“ zu verhindern? Wie würde ein nichtrassistisches Schulsystem aussehen?

Der Schwerpunkt des deutschen Bildungssystems liegt gegenwärtig zu wenig auf Förderung, sondern vielmehr auf frühzeitiger Selektion. Die Unterteilung der Schülerschaft in drei Schulformen erfolgt aufgrund der Annahme, homogene Schülergruppen bildeten die effektivste Ausgangsbasis eines guten Unterrichts. Die Folge des dreigliedrigen Schulsystems ist eine zu frühzeitige Trennung von GrundschulInnen auf unterschiedliche weiterführende Schulen. Insbesondere für Kinder

„mit Migrationshintergrund“ ist der Interventionszeitraum der primären Bildungseinrichtungen zu kurz, um eine spezielle Förderung vornehmen, bestehende Defizite beseitigen und mitgebrachte Wissensbestände aktivieren zu können. Aufgrund dieser Erkenntnisse sind sowohl die adressatenorientierte, individualisierte Förderung von Kindern „mit Migrationshintergrund“ als auch die Verlängerung der Grundschul- bzw. Interventionszeit sowie die längerfristige gemeinsame Beschulung aller Kinder erforderlich.

Die Grundschulzeit sollte einheitlich sechs Schuljahre betragen. Zudem müssen Intransparenz und Fehlerhaftigkeit von auf subjektiver Einschätzung beruhenden Übergangsempfehlungen behoben werden, die zu zusätzlicher schulischer Diskriminierung von Kindern „mit Migrationshintergrund“ beitragen. Um diese Übergangsempfehlungen und somit die schulische Segregation obsolet zu machen, muss das dreigliedrige deutsche Schulsystem zugunsten einer einheitlichen Gesamtschule transformiert werden.

Die erfolgreichen IGLU und PISA-Teilnehmerstaaten zeigen, dass eine längere Grundschulzeit sowie das gemeinsame Lernen aller Kinder an Gesamtschulen nicht nur den „leistungsschwachen“, sondern in gleichem Maße den „leistungsstarken“ SchülerInnen zugute kommt. Deshalb müssen strukturelle Bildungsreformen die Transformation des selektiven zu einem inklusiven Schulsystem betreiben und die Unterrichtsentwicklung in heterogenen Lerngruppen zum Handlungsschwerpunkt machen. Denn die frühzeitige Selektion von SchülerInnen in unterschiedliche Schulformen ist pädagogisch wenig förderlich. Zum einen ist das Lernpotenzial zehnjähriger Kinder nicht vollständig ausgereift, um bereits eine weitreichende Selektion vornehmen zu können. Zum anderen ist die Objektivität der Übergangsempfehlungen der GrundschullehrerInnen nicht ausreichend gewährleistet, da neben scheinbar objektiven Kriterien wie der Schulleistung ebenso - unter Umständen von Sympathieempfindungen geprägte - subjektive Kriterien wie Sozialschichtzugehörigkeit, Bildungsgrad der Eltern, sowie „Migrationshintergrund“ - Entscheidungsrelevanz besitzen. Zusätzlich müssen Übergangsempfehlungen aufgrund der ungleichen Bildungsvoraussetzungen diskutiert werden. Die Selektion im Alter von zehn Jahren kann vor allem zu Diskriminierungen von SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ sowie aus einkommensschwachen Haushalten führen. Aufgrund der mangelnden Chancengleichheit in Folge der divergierenden familiären Hintergründe der SchülerInnen muss die frühzeitige Selektion von SchülerInnen aufgehoben werden. Der Verzicht auf frühzeitige SchülerInnen-Auslese würde auch nicht zu Leistungsneivellierung führen wie

die genannten Studien belegen, denn sowohl die „leistungsschwachen“ als auch die „leistungsstarken“ SchülerInnen profitieren von dem Konzept der schulischen Koedukation.

Aktuell schreiben Sie Ihre Doktorarbeit zum Thema: „Diskriminierungserfahrungen von Lehrkräften mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen“. Wie äußert sich rassistische Diskriminierung gegenüber Lehrpersonen?

Diskriminierung von Lehrkräften erfolgt auf zwei Ebenen: 1) Institutionell 2) Individuell.

Die institutionelle Ebene umfasst beispielsweise den nordrheinwestfälischen Kopftucherlass, der es LehrerInnen mit Kopftuch zwar erlaubt das Referendariat zu absolvieren, aber es hingegen verunmöglicht, dass Sie als Lehrkraft arbeiten.

Auf der individuellen Ebene sind rassistische Sprüche von FachleiterInnen, SchulleiterInnen, KollegInnen, Eltern und SchülerInnen zu nennen.



„Die Selektion im Alter von zehn Jahren kann vor allem zu Diskriminierungen von SchülerInnen „mit Migrationshintergrund“ sowie aus einkommensschwachen Haushalten führen.“ © Bild von Günter Havlena / pixelio.de

Welche Folgen kann dies für die einzelne Lehrperson haben?

Es gibt unterschiedliche Bewältigungsstrategien der Lehrkräfte. Einige beenden das Referendariat vorzeitig – ohne 2. Staatsexamen. Andere wiederum tragen beispielsweise das Kopftuch nur in der Freizeit und nicht in der Schule. Es gibt aber auch Lehrkräfte, die sich gegen Diskriminierung wehren und beispielsweise eine Anzeige erstatten.

Wie kann rassistischer Diskriminierung von Lehrpersonen entgegengewirkt werden und wen würden Sie als verantwortliche Akteur innen betrachten?

In meiner Studie habe ich 159 Lehrkräfte „mit Migrationshintergrund“ zu ihren Diskriminierungserfahrungen befragt. Es zeichnet sich ab, dass die meisten Lehrkräfte im Laufe ihrer Lehrtätigkeit Diskriminierung erfahren haben. Dabei gehen die meisten Diskriminierungen von den KollegInnen und Vorgesetzten aus. Deswegen würde ich dringend LehrerInnen-Kollegien zu Anti-Rassismus-Trainings raten. Den von Rassismus betroffenen Lehrkräften empfehle ich Empowerment-Trainings.

Zusammenfassend: Welche Veränderungen sehen Sie als notwendig an, ein gerechteres Bildungssystem zu schaffen und wen betrachten Sie hierfür als verantwortlich?

Erfolgreiche IGLU- und PISA-Teilnehmerstaaten, deren schulische Parameter auf Unterstützungsleistungen ausgerichtet sind, verzichten auf Sanktionsmaßnahmen wie Klassenwiederholungen. In einigen Ländern - beispielsweise in Schweden und Dänemark - gibt es eine Regelversetzung und außerdem besteht keine Möglichkeit SchülerInnen in eine andere Schulform zu versetzen bzw. „abzuschulen“, weil alle Kinder in einer Schulform unterrichtet werden. Die Bildungssysteme solcher Staaten befördern die permanente Unterstützungs- und Inklusionsleistung von Lehrkräften, weil diese ihre SchülerInnen nicht auf andere Schulen verweisen können. Eine derartige Konzeption gilt es zu adaptieren. Der Grundsatz des deutschen Bildungssystems muss lauten: Je weniger ein Kind von zu Hause mitbringt, je schwächer die Leistungsvoraussetzungen sind, desto stärker sollte die öffentliche Förderung sein.

Vielen Dank für das Interview.

*Sich ausleben, mitteilen und verwirklichen – für uns ein Recht das Jede*r haben sollte.
Sozusagen ein Menschenrecht. Dieses Recht wollen wir nicht nur einfordern,
sondern mit unserem Kulturteil garantieren und durchsetzen. Wir wollen jungen wie
alten Autorinnen und Autoren die Möglichkeit geben sich in ihren Worten auszudrücken
und ihr Talent mit unseren Leserinnen und Lesern zu teilen. Nichts Anderes gilt
für unsere Künstler*innen, die jede Ausgabe mit ihren eigenen Interpretationen anderer
Leute Texte bereichern.*

KULTURTEIL

DIE FREIE ENTFALTUNG VON TEXT UND KUNST;
MÖGE SIE AUF UNSEREN GRÜNEN SEITEN GELINGEN!

Helen Reichelt engagiert sich für die Rechte von Refugees. Das tut sie nicht nur hier, sondern auch in Australien, was in der letzten Ausgabe der Grenzwertig nachzulesen ist. Diesmal zeigt sie ihre künstlerische Ader und gestaltet unseren Kulturteil mit ausdrucksstarken und schönen Bildern.

Fabian Jellonnek war Begründer und langjähriger Redakteur der Grenzwertig. Er hat viele kritische Artikel geschrieben. In dieser Ausgabe erzählt er eine fiktive Geschichte, die über die frühere Benutzung des Mehrgenerationshauses, ein ehemaliges Gestapogebäude, handelt.

Ayad Bagdadi ist ein Künstlername. Der Autor hat in Marburg und Bagdad Literaturwissenschaften studiert. Momentan lebt er in der Nähe von Trier. Als Gedicht- und Kurzgeschichtenerzähler verarbeitet er seine Erlebnisse als Flüchtling und Asylsuchender in Deutschland.

YOK ist Musiker und Schriftsteller in Berlin. Er setzt sich in seinen Texten mit der Gesellschaft auseinander und glaubt an radikale Veränderung. In seinen Songs ist Leben, Gefühl und Leidenschaft zu hören. Weiteres über ihn könnt ihr auf seiner Internetseite (www.pocketpunk.so36.net) erfahren.



Anstelle der Geschichte

von Fabian Jellonnek

Seite 32

Ein Wintermärchen

Geschichte von dem Schriftsteller Ayad Bagdadi

Seite 35

In Zeiten wie diesen

Gedicht von dem Liedermacher Yok

Seite 37

Foltern im Slim-Fit-Hemd („Fünf Jahre Leben“)

Filmrezension von Fabian Jellonnek

Seite 38

Chavs – The Demonization of the Working Class

Buchkritik von Pit Reinesch

Seite 40

Der Staat und seine historische Rolle

Buchrezension Björn Brisch

Seite 42

AN STELLE DER GESCHICHTE

von Fabian Jellonnek



Flur im Keller des Mehrgenerationenhauses in Trier. Bild von Calin Cruse

Eine fleckige Wand. Mal schimmelnd, rötlich – von der Feuchtigkeit. Mal gräulich Schwarz. Auch Schimmel. Oder: alte, verstaubte und eingefallene Spinnweben. Zwischendurch, auf Augenhöhe, weiße Aufkleber. Schwarze umkreiste Kreuze darauf. „Vermessungspunkt. Bitte nicht entfernen.“ Die Aufkleber sind hier überall. Im ganzen Keller.

Der Keller ist groß. Man weiß nie genau, befindet man sich jetzt unter der Balduin- oder unter der Christophstraße. Früher konnte man von hier bis zum Bahnhof durch Tunnel laufen. Die Leute interessieren sich für solche Gänge. Der Staatsanwalt wie der Stadtrat. Während die Tiefgarage gebaut wurde, gab es hier ein Stelldichein. Die Bürgermeisterin war da. Eine Ministerin aus Mainz. Wir. Alle. Und immer auf der Suche nach dem Zeugnis. Zeugnis der Geschichte. Wo ist gefoltert worden? Vielleicht hier. Vielleicht dort. Auf einer schweren Eisentür steht „Gestapo. Inhalt 71 Personen“. Im Raum hinter der Tür steht ein Schrank. Alte Gefäße sind darin. Bodenproben. „1967“ steht auf einem verblassten Schild. Weitersuchen. Nichts. Die Tür. Das war’s dann also. Vielleicht ein Tunnel? Vielleicht ein Durchgang zum Bahnhof? Spitzhacke auf Vorhängeschloss. Kuhfuß an Eisentür. Geht auch nicht. Kein Durchgang zu finden. Schade, das wär’ doch was gewesen.

Also Führungen zur Tür. Hier geht’s lang. An der fleckigen Wand vorbei, dann rechts, zweite Tür links „Gestapo. Inhalt 71 Personen“. Angekommen. Dialog üblicherweise:

„Also hier wurde dann..?“

„Man weiß es nicht. Wahrscheinlich ist das hier nur ein Luftschutzbunker.“

„Ah, so.“

Zurück nach oben. Einige Flecken an der Wand wirken schmierig. Ölig. Anders. Fragend. Es sieht aus als wäre jemand mit einem schwarz lackierten, sperrigen Möbelstück an der Wand entlang geratscht. Vielleicht die Bauarbeiter, als die Tiefgarage gebaut wurde. Schwarz lackierte Rohre. Schwere Rohre. Um die Ecke gehievt und dabei etwas Farbe an der Wand abgerieben. Das macht Sinn.

Oma kann schön malen. Sie braucht nicht viele Farben dafür. Ein Kugelschreiber oder ein Bleistift, ein paar Linien auf Papier. Manchmal - beim Spazieren gehen - malt sie mit einem abgebrochenen Stock in den Erdboden. Man erkennt die Gesichter, die sie in den Boden

ritzt oder auf Papier bringt. Mama, Papa, oder auch mal jemand Bekanntes. Sie schraffiert nichts, die Umrisse genügen, um zu erkennen, wen sie meint. Künstlerin wäre sie gern gewesen. Stattdessen was Handfestes. „Das Essen musste ja auf den Tisch.“ Als Sekretärin hat sie dann gearbeitet.

„Seit wann kannst du das schon?“

„Na ne ganze Weile“

„Hast du das in der Schule gelernt?“

Oma hinkt beim Gehen.

„Warum hinkst du eigentlich, Oma?“

„Das war schon immer so. Und das mit dem Malen hab ich als Kind gelernt. Ich hab immer gemalt, wenn die anderen draußen herum gerannt sind.“

Von rennen kann keine Rede sein, wenn ich mit Oma um den Kaiserheimerweiher spaziere. Im Herbst liegen Nebelschwaden auf der Wasserfläche im Nadelwald. Im Sommer liegen hier nackte Mittvierziger zwischen schwimmenden Studentinnen. Oma stört sich an sowas nicht.

„Früher haben wir hier alle nackt gebadet“.

Oma konnte nie wirklich schwimmen. Wegen dem Hinkebein. Wenn überhaupt, dann war sie damals nur im flachen Wasser am Ufer. So richtig dabei kann sie nicht gewesen sein.

Nach dem Spaziergang kocht sie immer noch einen dünnen Kaffee. Dann ist der obligatorische Besuch abgehakt. Sie braucht lange, bis der Kessel auf dem Herd steht und mit zittriger Hand zwei gehäufte Löffel Kaffeepulver im Filter sind. Helfen lassen, will sie sich nicht.

Ich warte solange in ihrem Wohnzimmer. Dort ist alles aus der Zeit gefallen. Die Möbel, die Bücher mit ihren Umschlägen aus Leinen oder speckigem Leder. Ich greife nach einem schmalen Buchrücken. Opas alte Briefmarkensammlung. Ich blättere ein bisschen darin herum. Opa hat sie nach Ländern und chronologisch sortiert. Bis in die 60er Jahre hat er gesammelt. Im Abschnitt mit Marken aus Deutschland gibt's Hitler-Bildchen im Ravioli-Rand.

„Milch, Zucker?“, fragt Oma aus der Küche.

„Danke, Schwarz.“

„Heldengedenktag 1935“ und „Deutsches Reich“ steht auf einer der Briefmarken. Abgebildet ist ein Soldat. Gezeichnet. Markante Gesichtszüge und Stahlhelm auf dem Kopf. Den hab' ich doch kürzlich erst gesehen, denke ich. Dummer Gedanke.

Oma trägt ihren dünnen Kaffee ins Wohnzimmer.

Zuhause gibt's Zigaretten, Freunde, Bier. Gute Gespräche, in die ich heute nicht rein finde. Um halb zwölf ist das Bier ausgetrunken. Wer geht Nachschub holen? „Bleibt mal sitzen. Ich mach das schon.“ In Trier sind um die Uhrzeit alle Kneipen und Läden dicht. Also auf zur Tanke Ostallee. Oettis zum dreifachen Becks-Preis.

Von dort wo früher das Lübke war, kann man das Mehrgenerationenhaus sehen. Und ich habe den Keller vor meinen Augen. Die Tür. Gestapo Inhalt 71 Personen. Die fleckige Wand. Die fleckige Wand. Opas Briefmarke. Heldengedenktag. Die fleckige Wand. Warum die Briefmarke?

Kurzer Abstecher sollte drin sein. Die Leute sind eh alle in ihre Diskussionen vertieft.

Ich schaue mir die Flecken genau an. Sie sind länglich, leicht gebogen. Wie groß gewachsene Gewürzgurken. Aber gekratzt. Ihr Schwarz wirkt ölig, schmierig, fettend. Ich will auf Abstand gehen. Nach zwei Schritten stolper ich rückwärts über eine ausgetretene Steinstufe und befinde mich in dem Gang von dem auch die Gestapo-Tür abgeht. Noch drei, vier Schritte zurück, dann gehe ich in die Hocke. Konzentriere mich auf die Flecken. Die obersten Flecken bilden einen weitläufigen Bogen. Die Enden des Bogens scheinen wie durch eine Diagonale miteinander verbunden. Ein Helm. Man kann auch eine Schnalle erkennen, die ihn hält. Und plötzlich: Nase, Augen, Ohren und ein aufgerissener Mund. Das ist auf Opas Briefmarke anders. Da ist der Mund geschlossen. Aber ansonsten: Der gleiche Stil. Die gleiche Ikonographie. Keine Frage, das hier ist auch so ein Nazi-Held. Etwas dynamischer als auf der Briefmarke. Der Ausdruck der Figur sieht angriffslustig, auf etwas anstürmend aus. Ein Nazi-Held. Gemalt aus öligen Flecken. Im Keller. Eine Skizze vielleicht? Sollte da noch was daraus werden? Eine Wandmalerei, ein Fresko womöglich.

Oder: Aus Langeweile gezeichnet. Während man stundenlang im Keller ausharrt. Vielleicht bei einem Bombenangriff oder während hinter der Tür jemand gefoltert wird. Gab es einen Auftrag für diese Zeichnung? Wer malt sowas überhaupt?

Sonst fahre ich nur einmal im Monat zu Oma. Aber diesen Sonntag besuche ich sie wieder. Der Verdacht lässt mir keine Ruhe.

„Oma, wo warst du nochmal Sekretärin?“

„Bei der Versicherung, weißt du doch.“

„Das meine ich nicht. Ich meine früher. Während der NS-Zeit.“

Oma löffelt den Kaffee neben den Filter. Einen Löffel nach dem anderen. „Oma?“. „Hallo, ich hab dich was gefragt.“

„Oh, was denn?“

„Wo hast du gearbeitet als Hitler an der Macht war?“

„Für den Staat.“

„Wie für den Staat?, Wo genau?“

„In der Nähe vom Bahnhof.“

„Oma, hast du für die Gestapo gearbeitet?“

„Na, für den Staat, hab ich doch gesagt.“

„Was hast du da gemacht?“

„Ich hab aufgeschrieben, was mir diktiert wurde. Weiter nichts.“

„Warst du in der Partei?“

„Es war eine andere Zeit. Jeder war in der Partei.“

„Warst du überzeugt?“

„Ohne Mitgliedschaft bist du doch kaum weitergekommen. Ich musste das Essen für deine Mutter auf den Tisch bringen.“

„Du weichst aus.“

„Du verstehst das nicht.“

„Hast du damals auch gezeichnet?“

„Ich habe mein ganzes Leben lang gezeichnet. Was hat das damit zu tun?“

Oma hat mir beigebracht, wie man Gesichter malt: Punkt, Punkt, Komma, Strich - fertig ist das Mondgesicht. Fleck an Fleck – fertig ist der Stahlhelmdreck?

„Nur so.“

„Hast du damals was auf eine Kellerwand gemalt?“

„Was willst du von mir? Was für ein Keller? Ich versteh dich wirklich nicht.“

„Ich meine, hast du an das geglaubt, was euch die NSDAP erzählt hat? Warst du überzeugt von dem ganzen Scheiß?“

„Ich war Sekretärin. Ich hab keinem was getan. Und jetzt Schluss mit der Fragerei. Wenn du was über damals wissen willst, dann leih dir ein Geschichtsbuch aus.“

Ich weise jetzt jeden auf die Flecken hin, dem ich die Gestapo-Tür zeige. Die Leute halten dann ihren Kopf schief. Betrachten die Zeichnung. „Ja, es könnte sein. Stimmt schon.“ Die Flecken liegen vor uns. Schemenhaft. Aber die Verbindungen fehlen. Die Zusammenhänge sind weg.

Anmerkung: Die Zeichnung existiert tatsächlich im Keller des heutigen Mehrgenerationenhauses. Alles Weitere ist frei erfunden.

EIN WINTERMÄRCHEN

Geschichte von dem Schriftsteller Ayad Bagdadi



Ich weiß nicht, ob es eine Kurzgeschichte oder etwas anderes ist! Aber ich werde sie euch jetzt erzählen.

Ich habe in meinem Land nie vom Führerschein geträumt und mich nie um eine Fahrerlaubnis beworben. Meine Brüder haben mich immer gebeten es doch zu tun und versuchten dann, mir das Fahren beizubringen. Dennoch habe ich abgelehnt, weil ich lieber mit dem Bus oder im Notfall mit einem Taxi fahre, wenn ich schnell irgendwohin muss.

Die Suche nach einem Beruf ist in meinem Land nicht mit dem Führerschein verbunden. Ich meine, wenn man eine Firma nach einer Stelle fragt, ist der Führerschein keine Voraussetzung zum Arbeiten. Vor allem, weil Busse und Taxen Tag und Nacht fahren. Dort braucht man kein Taxi anzurufen, es reicht, auf der Straße zu winken. Die FahrerInnen suchen selber nach Fahrgästen auf den Straßen und Parkplätzen. Dabei mache ich keinen Vergleich mit dem deutschen Verkehr. Ich möchte nur rechtfertigen, warum ich keinen Führerschein in meinem Land brauchte.

Im Jahr 2003 brach der Krieg im Irak aus. Deshalb verließ ich mein Land und bin in Deutschland als Student eingereist. Nach drei Monaten lehnte es die Ausländerbehörde ohne jede Begründung ab, mein Visum zu verlängern. Nach vier Jahren habe ich verstanden, dass die Ursache hierfür der Hass gegenüber Ausländern sein muss. Jedenfalls wurde mir eine schöne grüne Duldung erteilt. Wenn ich an der Stelle der Grünen Partei wäre, hätte ich gegen die Farbwahl bei der Duldungserlaubnis protestiert. - Bezüglich des Duldungsstatus brauche ich allerdings kaum zu erwähnen, welche Vorteile die geduldeten Flüchtlinge haben!

Nach einem fünfjährigem Kampf habe ich dann eine Arbeitserlaubnis erhalten und fing an, nach Arbeit zu suchen. Aber jede_r Arbeitgeber_In fragte mich nach einem Führerschein! Ich war immer noch hartnäckig und wollte keinen Führerschein machen. Viele geduldete Kollegen von mir sagten aber: „MACH DEN FÜHRERSCHEIN!“. Sie haben ihn selbst gemacht und auch bekommen.

Schließlich, nach sechs Jahren, war ich davon überzeugt, doch meine Fahrerlaubnis machen zu wollen. Dafür habe ich mich zuerst bei der Ausländerbehörde informiert, ob sie



mir denn erlaubt, einen Führerschein zu machen. Die Antwort war Ja. Sofern ich meine Identität mit mehr als zehn originalen Dokumenten beweisen könne. Danach habe ich mich bei einer Fahrschule angemeldet und den Vertrag mit ihr abgeschlossen. Alle Kosten für die Anmeldung und weitere Gebühren wurden vom Bürgeramt übernommen. Später, ungefähr nach einem Monat, habe ich die theoretische Prüfung in deutscher Sprache bestanden. Dann wartete ich darauf, die Zustimmung von der Zulassungsstelle und vom TÜV zu bekommen, um mit den Fahrstunden zu beginnen. Plötzlich rief mich die Fahrschule an und teilte mir mit, dass sie die Zustimmung erhalten habe. Daraufhin begann ich mit dem Fahren. Ich wählte Saarburg als Ort für die praktische Prüfung

aus. Die Erkundung der Stadt war für mich wie die Entdeckung Nordamerikas! Doch jede Woche entdeckte ich nur eine einzige neue Straße von Saarburg, obwohl ich in jeder Woche sechs Fahrstunden nahm. Daraus folgte, dass ich mehr als 2500 Euro an die Fahrschule bezahlte.

Nach langer Diskussion mit dem Fahrshullehrer bekam ich einen Termin für die praktische Prüfung um 8.00 Uhr morgens vor den TÜV in Saarburg. Dafür sollte ich um 6.00 Uhr morgens wach sein. Ich war froh und optimistisch. An diesen Tage habe ich ein solches Selbstvertrauen gehabt! Ich war mir sicher die Prüfung bestehen zu können und den märchenhaften Führerschein endlich zu erhalten.

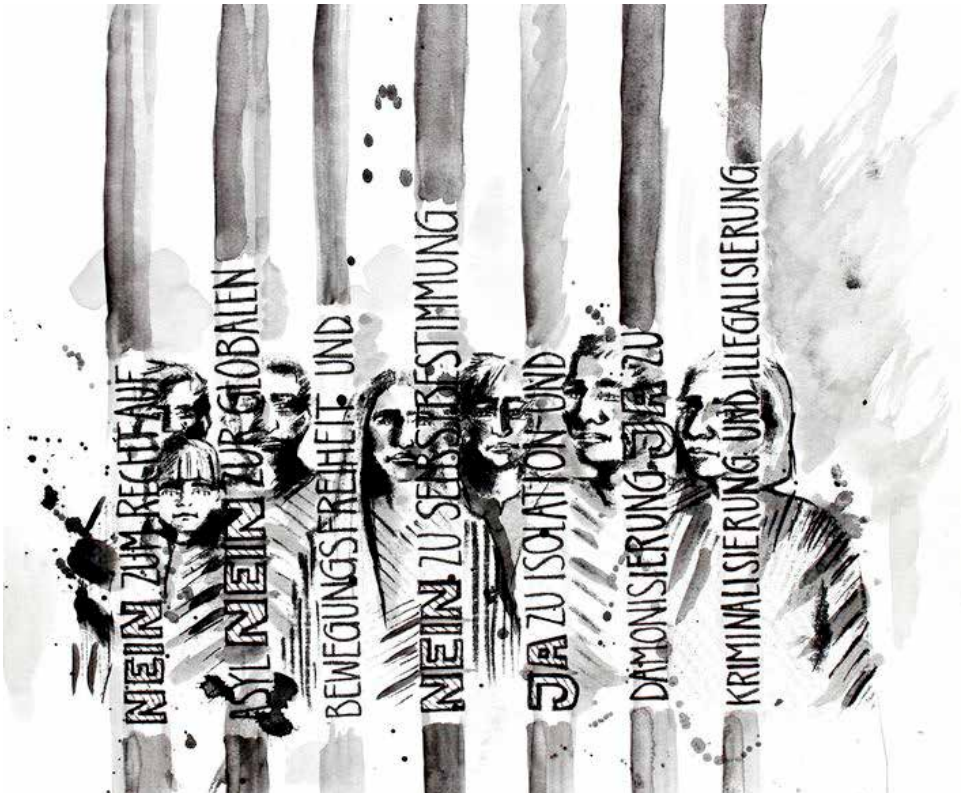
Um 7.00 Uhr morgens bin ich mit dem Fahrshullehrer nach Saarburg gefahren und habe genau um 8.00 Uhr vor dem TÜV in Saarburg das Auto geparkt. Dann kam der Prüfer und ist ins Auto eingestiegen. Er hat nach meinen Ausweis verlangt. Als ich ihm meine Duldung gab, hat er abgelehnt, die Prüfung zu machen. Er behauptete, dass ich keinen richtigen Aufenthaltstitel in Deutschland habe und für die Prüfung einen Reisepass vorlegen muss. Dann versuchte ich ihm zu erklären, dass meine Identität bewiesen ist und die Ausländerbehörde zuständig dafür sei. Abgesehen davon hatte ich auch eine Telefonnummer von der Ausländerbehörde dabei und bat den Prüfer mit dieser zu telefonieren. Das hat er abgelehnt. Dann sagte ich ihm, dass ich mit zur Ausländerbehörde fahren könne und wir dort dann nachfragen könnten. Auch das hat er abgelehnt. Ich erzählte ihm von meinen vier Kollegen mit Duldungsstatus, die auch den Führerschein von ihm bekommen hatten. Und das ohne eine einzige Kopie oder ein originales Dokument vorlegen zu müssen, um ihre Identität bei einer Behörde zu beweisen!

Er ist aus den Auto ausgestiegen und weggegangen. Am nächsten Tag bin zur Ausländerbehörde gegangen, aber sie hat mich zum TÜV geschickt. Der TÜV hat mich zum Verkehrsamt weitergeleitet. Ein Mensch im Verkehrsamt sagte mir: „Ja, ohne Reisepass erlaube ich dir nicht, die praktische Prüfung zu machen“. Daher fragte ich einen Rechtsanwalt, der mir versichert hat, dass ich das Recht habe die praktische Prüfung durchzuführen, solange meine Identität bei der Ausländerbehörde und im Bundesamt bewiesen ist. Ich habe ihn bevollmächtigt und ihm 800 Euro bezahlt. Jetzt warte ich seit sieben Monaten auf das Gericht. Aber was werde ich vom Gericht bekommen? Ich glaube, ich habe damals Recht gehabt, den Führerschein nicht machen zu wollen...



IN ZEITEN WIE DIESEN

Gedicht von dem Liedermacher Yok



In Zeiten wie diesen
sitzen Menschen in Knästen,
deren Verbrechen es ist,
keine Papiere zu haben
für ein Land wie dieses.

In Zeiten wie diesen,
für Deutschland dem freien,
sozialen und zivilisierten,
kein Traum- eher ein Traumataland
mit soviel Geschichte,
schon soviel vergessen
von Verfolgung und Morden,
daß es so leicht funktioniert,
Menschen abzuschieben,
sie auszufliegen
in Gebiete mit Krisen,
in Gebiete mit Kriegen
in Zeiten wie diesen.

In Zeiten wie diesen
sitzen Menschen in Knästen,
deren Verbrechen es sein soll,
die Ruhe zu stören,
den Bundeswehrfrieden zu sabotieren.

In Zeiten wie diesen,
in Zeiten von
völkerrechtswidrigen Kriegen
ist es ein Akt der Vernunft,
sich zu stellen gegen die Mördermaschine,
die von Menschen betrieben.

In Zeiten wie diesen,
sich dagegen zu stellen
mit Werkzeug, mit Worten und Taten.

FOLTERN IM SLIM-FIT-HEMD

Filmrezension von Fabian Jellonnek



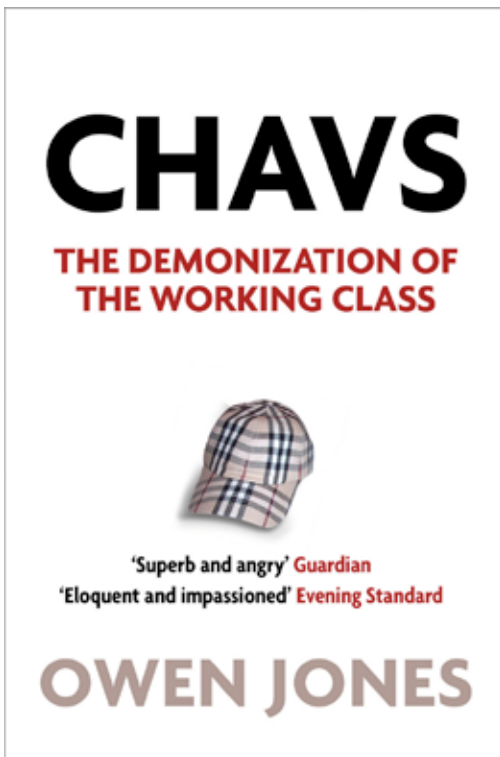
Stefan Schallers Film „Fünf Jahre Leben“ entwickelt den Archetypus des Folterknechts in demokratischen Systemen

Gail Holford trägt weder schwarze Kittel noch Tarnfarben. Der Ermittler, der in Schallers Film „Fünf Jahre Leben“ den gebürtigen Bremer Murat Kurnaz in Guantanamo verhört, trägt blütenweiße tailliert geschnittene Oberhemden. Adrett gekleidet und stets einen Coffee-to-go zur Hand, könnte Holford auch in einer Sitcom den akademisch ausgebildeten, erfolgreichen Mittelstand der USA verkörpern. Der erste Auftritt des Smart Guys wirkt so auch beinahe erlösend. Nach Kurnaz Verhaftung wegen angeblicher Ausbildung zum Terrorkämpfer, nach kaum erträglichen Szenen physischer Gewalt, führt sich Holford gegenüber dem Verdächtigen als Menschenrechtsbeobachter ein. Mitfühlend und intelligent redet er auf Kurnaz ein, verurteilt die ihm angetane Brutalität. Schnell wird dem Publikum jedoch die Wahrheit hinter dem Schein aufgetischt: Die Brutalität Holfords übersteigt die Faustschläge der GI's in die Gesichter der Inhaftierten bei Weitem. Psychoterror und die absolute Kontrolle über den Gegenüber sind die scharfen Waffen Holfords. Stefan Schaller hätte in seinem Drama über die Zeit von Kurnaz in Guantanamo problemlos die zu trauriger Berühmtheit gelangte Foltermethode des Waterboardings einbauen können. Er verzichtet darauf. Stattdessen entwickelt der Regisseur, zugleich Drehbuchautor des Films, die Figur Holfords. Tatsächlich wurde Kurnaz von mehreren Ermittlern in Guantanamo verhört. Im Spielfilm, der trotz der realen Vorlage keinen dokumentarischen Anspruch erhebt, werden diese verschiedenen Personen auf den Charakter Holford verdichtet. An Stelle des Waterboardings setzt diese Kunstfigur vor allem darauf, dass Kurnaz ihm schutzlos ausgeliefert ist. Holford, überragend gespielt vom Briten Ben Miles, inszeniert tagelang eine Freilassung des zu Unrecht Verdächtigten, einzig und allein um ihn grausam aller Hoffnungen zu berauben. Er fingiert Briefe, setzt Nachrichten von Bekannten und Verwandten des Häftlings gezielt ein um ihn in seinen Grundfesten zu erschüttern. Er spielt mit den Ängsten des Deutschen mit türkischen Wurzeln und missbraucht früher oder später jede noch so kleine ehrliche Gefühlsregung von Kurnaz, der ebenfalls überzeugend gespielt wird von Sascha Alexander Geršak. Geschickt arbeitet Holford mit dem Informationsmonopol, dass

er gegenüber Kurznaz besitzt. So gelingt es ihm selbst Gerüchte, die unter den Gefangenen kursieren, als Instrument des psychologischen Terrors einzusetzen. Die Wahl der Folterinstrumente in „Fünf Jahre Leben“ macht den Film zu mehr als einem Schicksalswerk über das Martyrium von Murat Kurnaz in Guantanamo. Wer „Fünf Jahre Leben“ gesehen hat, der versteht wie zusammengeht was scheinbar nicht zusammenpasst: Die demokratische, aufgeklärte, westliche Welt und die brutale Folter von Menschen. Der Film zeigt, dass auch demokratisch legitimierte Herrschaftssysteme Terror mit Terror beantworten. Das Ziel der Folter ist dabei wie eh und je: Es gilt Menschen zu brechen. Aber an den Kleidern der modernen Folterer klebt kein Blut, auf ihren Hemden sind allenfalls die Flecken vom Coffee-to-go.

CHAVS – THE DEMONIZATION OF THE WORKING CLASS

Buchkritik von Pit Reinesch



Chavs werden in Großbritannien abfällig Jugendliche aus der Unterschicht genannt. Als deren Markenzeichen gilt neben Jogginganzug und Goldkettchen vor allem die Burberry Cap, die auch das Cover des Buches von Owen Jones verziert. Abgeleitet ist die Bezeichnung Chav von dem Wort chavo, das auf Romanes Junge bedeutet. Die Chavs, aber auch die Unterschicht im Allgemeinen sind eine beliebte Zielscheibe für Spott und Verachtung in den britischen Medien und der Gesellschaft. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist die Figur Vicky Pollard aus der britischen TV-Serie Little Britain. Die Feststellung, dass in Großbritannien über die Unterschicht sehr freimütig jede Diskriminierung geäußert wird, die gegenüber anderen Gruppierungen zurecht für große Empörung sorgen würde, ist der Ausgangspunkt für Jones.

In dem Buch, dessen deutsche Übersetzung im Juli diesen Jahres unter dem Titel „Prolls - Die Dämonisierung der Arbeiterklasse“ erschien, geht der Autor der Frage nach wie es dazu kam, dass die Verachtung für die Unterschicht gesellschaftlich so weit verbreitet ist. Auf der Suche nach Antworten gelingt dem Historiker und Journalisten Jones eine sehr aufschlussreiche Beschreibung der heutigen Klassengesellschaft in Großbritannien. Er beschreibt eine Gesellschaft, in der die Unterschicht gezwungen ist, zwischen prekären Arbeitsverhältnissen und Arbeitslosigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, während die Oberschicht teils verächtlich, teils belustigend auf sie hinab schaut. Diese Oberschicht rekrutiert sich größtenteils aus Absolventen von Privatschulen und Eliteuniversitäten. So gäbe es, laut Jones, in Großbritannien kaum noch Abgeordnete oder Journalisten die aus der Arbeiterklasse stammen.

Den historischen Hintergrund hierfür sieht Jones vor allem in der konservativen Revolution der Thatcher-Regierung, die die Gewerkschaften besiegte und ein deindustrialisiertes Großbritannien hinterließ. Aber auch als Konsequenz von New Labour, die vom Begriff Arbeiterklasse nichts mehr wissen wollten und stattdessen die Parole ausgaben, dass nun alle Mittelschicht seien: Die respektable Arbeiterschicht habe den individuellen Aufstieg geschafft und zurückgeblieben sei nur eine arbeitsunwillige Minderheit. Die Stigmatisierung der Unterschicht als Chavs dient dabei der Rechtfertigung des Ist-Zustandes. Die so-

zial Schwächeren sind nicht länger Opfer des kapitalistischen Systems, sondern durch ihr Verhalten selbst für ihre Lage verantwortlich.

Jones kritisiert in seinem Buch auch die Linke jenseits der Labour Party. Sie würde post-materialistischen oder internationalen Problemen meistens den Vorrang vor klassenkämpferischen Perspektiven und den konkreten Problemen der Unterschicht geben. Durch die Abwendung sowohl der Labour-Party, als auch der radikalen Linken von der Unterschicht sei ein Vakuum entstanden. Es herrsche dadurch ein Mangel an Repräsentation der Unterschicht in der politischen Arena. Von diesem Vakuum würden vor allem auch Rechtspopulisten und Rechtsradikale in Großbritannien gezielt profitieren. So nutzen diese die realen Probleme der Unterschicht wie schlechte Löhne, prekäre Arbeits- und Wohnverhältnisse um ihren Diskurs etwa gegen Migration und eine multikulturelle Gesellschaft zu befördern.

Relevanz gewann das Buch, das auf Englisch im Februar 2011 erschien, auch nicht zuletzt durch die London Riots im August des gleichen Jahres. Dass hier aufgestaute Frustrationen in ziellosen Aufständen und Plünderungen zum Ausdruck kamen, kann auch als Symptom für die von Owen Jones vertretene These des Mangels an Repräsentation verstanden werden. Jones Untersuchung der britischen Gesellschaft kann dabei auch für das Verständnis der Verhältnisse in Deutschland gewinnbringend sein. So wird seit Jahren auch in Deutschland die Existenz einer prekarisierten Unterschicht immer deutlicher. Und dass das Phänomen der Verachtung für sozial Schwächere nicht auf Großbritannien begrenzt ist, hat nicht zuletzt Wilhelm Heitmeyers Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gezeigt.

DER STAAT UND SEINE HISTORISCHE ROLLE

Buchrezension Björn Brisch



„Indem ich als Gegenstand dieses Vortrages die historische Rolle des Staates wählte, glaubte ich einem Bedürfnis zu entsprechen, das sich in diesem Augenblick lebhaft fühlbar macht: Die Auffassung des Staates zu vertiefen, sein Wesen zu studieren, seine Rolle in der Vergangenheit und die Rolle, die er in der Zukunft zu spielen berufen sein mag.“ So beginnt Kropotkin, russischer Vertreter des kommunistischen Anarchismus, seinen Vortrag, „Die historische Rolle des Staates“ (1896). Dieser ist zusammen mit dem Text, „Der moderne Staat“ (1913), in dem Buch des Unrast-Verlages „Der Staat und seine historische Rolle“ erschienen.

Dieses Zitat drückt aus, was Kropotkin mit seinem Vortrag erreichen wollte, der aufgrund seiner Ausweisung aus Frankreich nie gehalten wurde. Es wird ein historischer Überblick über Gesellschaftsformen der Vergangenheit gegeben, die es vor dem nationalen Staat gab. Er zeichnet nach, wie diese Strukturen vom Staat verdrängt und vereinnahmt

wurden, um eine neue Machtpolarisierung zu etablieren. Der Autor stellt den Aufbau und die Organisation dieser Gesellschaften dar. Er kommt dann zu dem Schluss, dass der Staat die Selbstorganisation und die freie Entfaltung des Individuums gerade nicht befördert, sondern einschränkt.

Dabei schnürt Kropotkin den Rahmen der Gesellschaftsformen vom römischen Reich über die Horde/ gesellschaftliche Sitte, der Dorfgemeinde zu den Kommunen/ Städten, die letztlich vom Staat verdrängt und vereinnahmt wurden. Ein besonderes Augenmerk legt er dabei auf die Städte, die er als freie Vereinbarungen sieht. Diese Struktur der individuellen Freiheit wird dann im historischen Prozess vom Staat verdrängt, was an der zeitgenössischen Form und Struktur des Staates nachgewiesen wird. Das Wesen des Staates ist der Kampf gegen diese Freiheit und der Mehrung der Macht und des Reichtums von Minderheiten.

Hieran schließt sich mit „Der moderne Staat“ der zweite Text des Buches, der den Staat mithilfe seiner Mechanismen als Herrschaftsinstrument darstellt. Dabei beginnt Kropotkin

nachzuzeichnen, wie der Staat seine Bürger zu Staatshörigen macht, sie einer „freiwilligen Knechtschaft“ aussetzt, um dann mithilfe der Steuern ein Abhängigkeitsverhältnis schafft. Besonders geht er auf die Beziehung des Staates zur herrschenden Klasse ein, die vom Staat profitiert, wobei er dies mit historischen Beispielen - etwa anhand der Monopolbildung, nachweist. Das wird für den Autor auch unter der Sicht seiner aktuellen Lage, im Jahre 1913 klar. Die Welt stand vor den 1. Weltkrieg, der im organisatorischen Zusammenspiel von Staat, Großfinanz, Industrie und Wirtschaft angeheizt wurde. Aufgrund dieser Analyse stellt er abermals die Frage der Gesellschaftsorganisation und kommt zu dem Schluss, dass der Staat nicht zur Befreiung der Menschen dienlich ist, sondern sie in noch verwicklere Abhängigkeiten stößt und bindet. Deshalb gibt es für ihn nur eine Lösung: Föderative selbstorganisierte Strukturen anstatt eines zentralistisch regierenden Staates.

Das Buch zeigt in hingebungsvoller und mitreißender Weise, wie der Staat gegen Selbstorganisation vorgegangen ist. Es wird ein anderes Bild artikuliert, als die bürgerliche Schulbildung, deren Lehrplan vom Staat vorgegeben ist: Nicht der Staat als Allheilmittel für die Gesellschaftsorganisation, sondern seine historische Rolle als Internalisator und Kontrolleur des sozialen Lebens, der Staat der Privilegien für Einzelne schafft und Herrschaftsstrukturen dieser ausbaut. Das ist am Zusammenbruch des Staatskommunismus zu sehen, der als Staat wie von Kropotkin schon damals analysiert, nicht zur Befreiung der Arbeiter*Innenklasse führte.

Leider hört sich die Darstellung über vorstaatliche Gesellschaftsformen romantisierend an. Andere Herrschaftsstrukturen innerhalb dieser Gesellschaften werden verschluckt bzw. nur angeschnitten. Darunter zählt auch das Bild einer patriarchalen Gesellschaft und sexistische Unterdrückung wird außen vor gelassen.

Wer aber ein lesenswertes Buch über den historischen Verlauf des Staates und dessen Funktion sucht ist mit der Lektüre dieser Ausgabe Kropotkins gut beraten.

ANGST AM TRIERER HAUPTBAHNHOF

von
Patrick
Zimmer

Rassistisch motivierte Personenkontrollen durch die Polizei (sogenanntes „Racial Profiling“) haben Methode, weil sie einem politisch gewollten Zweck folgen.

„Für mich ist es immer Horror, wenn ich am Trierer Hauptbahnhof bin. Ich versuche dann immer schnell wegzukommen, damit ich nicht wieder in eine Kontrolle komme.“ Herr Gupta kam 1963 nach Deutschland. Heute lebt der mittlerweile pensionierte Diplomingenieur in einem Dorf in der Nähe von Trier. In den Zügen auf dem Weg zum Trierer Hauptbahnhof und rund um das Bahnhofsgelände wird er regelmäßig von der Bundespolizei kontrolliert. Er fühlt sich unter Generalverdacht. Es scheint, als ob ihn die Beamt*innen der Bundespolizei gezielt heraussuchen würden. Bei den Kontrollen fühlt sich Herr Gupta gedemütigt und bloßgestellt, vor allem wenn ihn die anderen Passanten oder Bekannte dabei sehen, wie er von der Polizei festgehalten wird.

Trier befindet sich in weniger als 30 Kilometer Entfernung zur luxemburgischen Grenze. Dieser Bereich stellt neben Flughäfen und allen Bahnhöfen und Zügen der Deutschen Bahn das Einsatzgebiet der Bundespolizei dar. Nach Paragraph

22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes ist es den Beamt*innen ausdrücklich erlaubt, Personen „zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise in das Bundesgebiet“ verdachtsunabhängig anzuhalten und zu befragen.



Herr Gupta in Trier im Sommer 2013. Aufgrund der regelmäßigen Polizeikontrollen am Trierer Hauptbahnhof und in den Zügen, fühlt er sich unter ständigem Generalverdacht und ist auf den Busverkehr umgestiegen.

Viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland fühlen sich unter Generalverdacht. Die besondere rechtliche Stellung der Polizeibeamt*innen und ihre gesellschaftliche Position schüchtern sie ein. So lassen die meisten Menschen eine Personenkontrolle wieder und wieder über sich ergehen, ohne sich zu beschweren. Die

Beamt*innen selber sind sich über ihre gehobene Machtstellung gegenüber anderen Menschen ebenfalls bewusst. Bei solchen verdachtsunabhängigen Personenkontrollen liegen die Auswahlkriterien in ihrem subjektiven Ermessen.

Auch Herr Gupta folgt der Aufforderung, seine Personalien zu zeigen, aus Angst. Bei einer Kontrolle in einem fast vollen Zug, bekommt er auf die Frage, warum nur er seine Papiere vorzeigen muss, die Antwort: „Weil sie müssen.“ Mittlerweile verzichtet Herr Gupta darauf, überhaupt noch die Bahn zu nehmen und ist auf den Busverkehr umgestiegen. Dies bedeutet zwar eine längere Fahrzeit und generelle Einschränkung der Mobilität, ist ihm aber lieber als die ständigen Kontrollen und die Angst davor.

Präzedenzfall in Deutschland

Im Februar 2012 klagte ein Student aus Kassel gegen zwei Beamte der Koblenzer Bundespolizei, denen er eine rassistische Motivation der Kontrolle an ihm vorwarf, als er im Zug von Frankfurt nach Kassel unterwegs war. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz wies die Klage ab. Erst im Berufungsverfahren im November 2012 bekam der Kassler Student recht. Einer der Beamten gab bei der Verhandlung sogar zu, dass die Hautfarbe ein Grund der Personenkontrolle gewesen sei.

Der Vorfall und vor allem die Abweisung der Klage in erster Instanz fand eine relativ große Beachtung in den Medien. Viele Organisationen aus der Zivilgesellschaft starteten Kampagnen und Petitionen mit der Forderung des Verbotes dieser rassistischen Polizeipraxis. Auch das Multikulturelle Zentrum Trier machte auf das Problem aufmerksam. Mit der Kampagne „Im rassistischen Raster - Racial Profiling stoppen“ wurde die Öffentlichkeit über die Missstände informiert. So ist auch Herr Gupta auf den Begriff „Racial Profiling“ aufmerksam geworden: „Als ich die Berichterstattung über Racial Profiling gelesen habe, habe ich gedacht, das gibt es ja gar nicht, ich bin nicht der Einzige! Scheinbar werden Menschen, die anders aussehen, kontrolliert.“

Rassistische Personenkontrollen politisch bedingt?

Einzelne Polizeibeamt*innen mögen Rassist*innen sein. Ob die Quote höher ist als in der Gesamtbevölkerung, lässt sich nicht überprüfen. Daher ist es nicht haltbar, dieser Berufsgruppe eine Tendenz zum Rassismus vorzuwerfen. Es muss also auch einen anderen Grund für ihr rassistisches Vorgehen bei der Auswahl der zu kontrollierenden Personen geben.

Menschen, die aus Not nach Deutschland flüchten, werden systematisch ausgegrenzt und drangsaliert. Das deutsche Lagersystem dient zur Isolation der Refugees. Sie sollen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Bewegen sie sich trotzdem im öffentlichen Raum, so müssen sie mit der ständigen Angst leben, von der Polizei „erwischt“ zu werden. Rassistische Personenkontrollen durch die Polizei dienen dazu, Menschen gezielt ausfindig zu machen, die „Verbrechen“ begehen, welche in Deutschland nur von Ausländern begangen werden können: Wer keine Aufenthaltsgenehmigung besitzt, hat nicht einmal die fundamentalsten Rechte, für die sich der demokratische Rechtsstaat Deutschland weltweit rühmt. Diesen Menschen wird das Recht, sich frei zu bewegen, abgesprochen, sie werden als „Illegale“ bezeichnet. Die illegalisierten Menschen werden durch die Polizei ausfindig gemacht. Daher lässt sich verstehen, warum es oft von der Bundespolizei im Grenzgebiet sowie an Flughäfen und Bahnhöfen zu solchen Kontrollen kommt.

Die nach rassistischen Merkmalen ausgerichteten Kontrollen wiederum dienen als Katalysator für Ressentiments gegenüber „nicht typisch deutsch“ aussehenden Personen. Das Bild des „kriminellen Ausländers“ wird produziert und ständig reproduziert, wenn im öffentlichen Raum überwiegend „nicht typisch deutsch“ aussehende Menschen von der Polizei festgehalten werden.

Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (umgangssprachlich: Antidiskriminierungsgesetz) im Grundgesetz verbietet jegliche Art von Benachteiligung „aus Gründen der Rasse oder wegen ethnischer Herkunft“. Bei Erläuterung des Anwendungsbereiches wird jedoch nicht auf die Arbeit der Landes- oder Bundespolizei verwiesen.

In einer Studie zu „Racial Profiling“ vom Juni 2013 fordert das Deutsche Institut für Menschenrechte den Gesetzgeber auf, die verdachtslosen Personenkontrollen zu verbieten. Paragraph 22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes, welches die Bundespolizei zur Migrationskontrolle in Form der verdachtslosen Personenkontrollen ermächtigt, aber auch einige Abschnitte der Landespolizeigesetzbücher, seien unvereinbar mit dem Grundgesetz und dem Vertragsrecht der EU. Hierbei nimmt die Studie Bezug auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2010. Bei dem sogenannten „Melki-Prozess“ klagten zwei algerische Staatsangehörige, die sich „illegal“ in Frankreich aufhielten und nach einer Polizeikontrolle in Abschiebehaft gesteckt wurden. Der EuGH gab den Klägern recht und verurteilte die nationalen Regelungen, welche die Polizei „ausdrücklich, faktisch

oder auch versteckt zum Zweck der Migrationskontrolle“ zu Personenkontrollen ermächtigen.

Von offiziellen Stellen wird die Anwendung dieser Polizeipraxis in Deutschland geleugnet. Rassismus ist in der deutschen Mehrheitsgesellschaft offiziell verpönt. Im Falle von Polizeikontrollen wird ein rassistisches Verhalten daher höchstens in wenigen Fällen als Verfehlung einzelner Beamt*innen eingestanden. Obwohl es durchaus vorkommt, dass Polizeibeamt*innen Rassist*innen sind, ist es von politischer Seite feige und unehrlich, den systemimmanenten Rassismus in Deutschland nicht als solchen zu benennen und mit ernsthaften Maßnahmen dagegen anzugehen. Daher besteht die einzige Chance zur Bekämpfung dieser Praxis im zivilgesellschaftlichen Engagement.

Forderungen aus der Zivilgesellschaft

Die übergeordnete Forderung vieler Menschenrechtsorganisationen ist das Ende der Illegalisierung von Menschen. Dies würde der Polizei die politische Grundlage für die gezielte Suche nach „illegalen“ Menschen entziehen. Leider ist es jedoch fundamentaler Bestandteil nationalstaatlicher Politik, Menschen, die nicht in die Verwertungslogik der Volkswirtschaft passen, auszuschließen. Solange sich an dieser Situation nichts ändert, besteht die politische Notwendigkeit der rassistischen Polizeikontrollen fort. Dieser Zusammenhang wird von den offiziellen Stellen geleugnet. Es könnte angenommen werden, dass der Gesetzgeber auch auf das Vertrauen derjenigen Bürger*innen Wert legt, die sich legal in Deutschland befinden, aber aufgrund ihres Migrationshintergrundes in das rassistische Raster der Polizeibeamt*innen fallen. Die Gleichbehandlung, wenn schon nicht aller Menschen, so doch zumindest aller deutschen Staatsbürger*innen dürfte in der Mehrheit der Bevölkerung Unterstützung finden. Daher lautet die durchaus realistische Forderung von Seiten zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse: Das gesetzliche Verbot des „Racial Profiling“. Dazu bedarf es als ersten Schritt einer

unabhängigen Beschwerdestelle für Menschen, die sich von der Polizei ungerecht behandelt fühlen. Bislang sind sie dazu gezwungen, sich bei der Bundes- oder Landespolizei selbst zu beschweren. Die große Hemmschwelle dabei ist verständlich. So bedarf es für die Betroffenen doch großen Mutes, sich gerade an die Institution zu wenden, deren Beamt*innen sie im Alltag ständig diskriminieren und belästigen.

In vielen europäischen Ländern gibt es die Forderung zur Einführung eines Kontrollbelegs. Dieser soll der kontrollierten Person ausgehändigt werden. In Spanien wurde diese Methode bereits in einigen Gemeinden und Städten realisiert. Neben der Dienstnummer der Beamt*innen steht auf diesem Kontrollzettel der Grund der Kontrolle. In Großbritannien sind Polizist*innen dazu verpflichtet, einen solchen Beleg auf Nachfrage auszuhandigen.

Aufgrund der gehobenen Machtstellung der Polizeibeamt*innen in Deutschland, die von der Mehrheit der Gesellschaft uneingeschränkt angenommen wird, ist es von großer Wichtigkeit, bestehende Missstände zu benennen. Dazu zählen neben den möglichen Verfehlungen einzelner Beamt*innen auch das Anprangern des übergeordneten institutionellen Rassismus, des politisch determinierten Zwangs, welcher den rassistischen Polizeikontrollen zugrunde liegt. Diese Problematik wird mehr und mehr von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen benannt. Der weitere Druck auf die Politik mit dem Ziel des Verbotes von „Racial Profiling“ ist dabei nur möglich, wenn mutige Menschen wie der Kassler Student oder der Trierer Diplomingenieur Herr Gupta die systematische Einschüchterung aufbrechen und die Öffentlichkeit suchen.

weitere Informationen finden sich unter:
www.stoppt-racial-profiling.de
www.imrassistischenraster.blogspot.de

RASSISTISCHER ÜBERGRIFF DURCH POLIZISTINNEN IN MAINZ-KASTEL UND HESSEN

von
Rosemarie
Löser

Rassismus in staatlichen Institutionen muss klar und permanent benannt werden. Rassistische Schikanen und Demütigungen müssen umfassend aufgeklärt und die Verantwortlichen wirksam zur Rechenschaft gezogen werden. Um staatlichen Rassismus in Zukunft wirksamer zu bekämpfen, muss eine unabhängige Beschwerdestelle, die auch über eigene Ermittlungskompetenzen bei Polizei und Inlandsgeheimdiensten (VS) verfügt, eingerichtet werden. Gerade die vielen „Einzelfälle“, die seit dem Aufliegen der NSU-Mordserie allein in Hessen bekannt geworden sind, zeigen uns: Da muss sich dringend etwas ändern! Damit sich aber wirklich entscheidend etwas bewegt, ist es wichtig, dass sich viele Menschen mit den Betroffenen von rassistischer Gewalt solidarisieren.

Der Fall Syrus Kar:

Am 29. 12. letzten Jahres wurde Syrus Kar, ein gebürtiger Iraner, von vier PolizistInnen ohne Anlass körperlich schwer misshandelt und gedemütigt. Eigentlich waren die BeamtInnen wegen einer Rangelei in einem Lebensmittelladen gerufen worden, welche Syrus Kar schlichten wollte. Doch dafür interessierten sich die BeamtInnen offensichtlich nicht, sondern nahmen aus einer augenscheinlich rassistischen Haltung sofort Syrus Kar ins Visier. Sie drückten ihn zu Boden, verdrehten ihm Arme und Hals und stopften ihm Dreck in den Mund. Anschließend hielten sie ihm Mund und Nase zu, so dass er keine Luft mehr bekam. Erst als er sich übergeben musste, ließen sie von ihm ab. Zahlreiche ZeugInnen, darunter sogar die Streitparteien aus dem Laden, die immer wieder darauf hinwiesen, dass der Mann lediglich vermitteln wollte, wurden einfach ungehört zur Seite geschubst. Da er auf dem kurzen Weg zum nächsten Supermarkt keine Ausweispapiere bei sich hatte, wurde er mit Handschellen gefesselt in die Kasterler Polizeistation gebracht, wo er verhöhnt und beleidigt wurde.

Der Fall Mounir Ackermann:

Am 25.11. forderten Polizeibeamte von Mounir Ackermann wegen eines Parkvergehens in Sachsenhausen eine Strafe von 35 €. Als Ackermann nach Zahlung des Betrags eine Quittung verlangte, wurde er zunächst rassistisch beleidigt: „Wenn ein Schwarzer im Auto sitzt, ist das für uns ein Schwarzfahrer“. Danach wurden er und seine Frau misshandelt und vorläufig festgenommen.

Der Fall Derege Wevelsiep:

Am 17.10. wurde der 41jährige Frankfurter mit äthiopischen Wurzeln und seine Verlobte in der U-Bahn-Station Bornheim-Mitte von Kontrolleuren aufgehalten und rassistisch beschimpft: „Ihr seid hier nicht in Afrika.“ Derege Wevelsiep rief daraufhin die Polizei. Als die BeamtInnen eintrafen, verprügelten sie Derege Wevelsiep vor Ort und misshandelten ihn anschließend sogar dann noch, als er wehrlos mit Handschellen gefesselt im Polizeiauto saß.

Die Dokumentation der antirassistischen Initiative Berlin listet für die Zeit zwischen 1993 und 2011 447 durch Polizei oder Bewachungspersonal Verletzte, davon 140 Flüchtlinge in Haft.

Diese brutale Polizeigewalt offenbart nur allzu deutlich den institutionellen Rassismus und dieser hat Kontinuität: Menschen werden schikaniert, gedemütigt, verfolgt, misshandelt und ihrer Würde und ihrer Rechte beraubt. Und die Polizei weiß sich in der Regel gedeckt durch Behörden und Justiz. Die Dunkelziffer rassistischer Übergriffe ist hoch, denn Menschen mit migrantischem Hintergrund wollen sich zumeist aus Angst vor Repression nicht mit Polizei und Justiz anlegen, so das Kalkül der TäterInnen in Uniform.

Setzen sich die Betroffenen aber zur Wehr, können sie eine gesellschaftliche Thematisierung erreichen. Und nur durch Empörung und engagiertes Handeln kann sich letztlich etwas ändern.



MIT KLAGEN UND KLEINSTAKTIONEN ZUM ERFOLG? DIE NPD TRIER VOR DER BUNDESTAGSWAHL 2013



Drang nach Öffentlichkeit: Safet Babic spricht auf einer Demonstration der sog. „Freien Kräfte“ in Koblenz im August 2012. Bild von Fabian Boist

von
Fabian Boist

Ende März 2013 erschien auf der Online-Plattform „16-Vor“ ein Artikel über die Trierer NPD. Es gebe Gerüchte, dass der Kreisverband um seinen Vorsitzenden Safet Babic auf der Suche nach Lokalitäten im Trierer Stadtteil Mariahof und zum Erwerb von Räumlichkeiten bereit sei. Babic hingegen wies dies auf der Facebookseite der NPD Trier mit dem Hinweis zurück, „dass solche Gespräche bereits in anderen Stadtteilen laufen.“ Ein Zeichen für Größenwahn?

Am 7. Juni 2009 gelang der NPD Trier der Einzug in den Trierer Stadtrat. 1,1 % der Stimmen hatten ein Mandat für Safet Babic zur Folge. Der Trierer Stadtrat schloss Babic allerdings im Jahr 2011 aus. Grund für den Ausschluss war eine Bewährungsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung, zu der er 2010 verurteilt worden war. Gegen den Ausschluss versucht Babic seither juristisch vorzugehen, bislang vergebens. Zuletzt scheiterten er und sein Anwalt Eike Erdel am 27. März 2013 vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz. Als nächst höhere Instanz ist das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig mit dem Fall befasst.

Seit dem Ausschluss hat die NPD Trier die Möglichkeit, für Babic einen Nachfolger in den Rat

zu entsenden. Dass der Kreisverband diese nicht nutzt und somit den selbst propagierten „Kampf um die Parlamente“ aufgibt, verwundert nicht.

Babics Drang, seine Person ins Zentrum der Öffentlichkeit zu stellen, konnte man in den letzten Jahren mehrfach beobachten. Während seiner Zeit als Stadratsmitglied fiel Babic des Öfteren durch Provokationen auf. Derzeit unterstützt er überregional sowohl Veranstaltungen der NPD als auch Demonstrationen der sog. „Freien Kräfte“ als Redner. Sein Ansehen bei parteilosen Neonazis dürfte auch durch seinen Einsatz für die neonazistische Konzertgruppe „Chaos-Crew“ gestiegen sein: Die NPD Trier ließ ein durch staatliche Behörden aufgelöstes Konzert der Gruppe 2010 in Form einer Wahlkampfveranstaltung nachholen. Überdies ist Babic stellvertretender Landesvorsitzender und Pressesprecher der NPD Rheinland-Pfalz.

Doch über Babics Drang nach Öffentlichkeit hinaus dürfte es einen weiteren, nicht unbedeutenden Grund dafür geben, dass die NPD auf ihr Mandat verzichtet. Der Trierer NPD scheint es an vorzeigbarem Personal zu mangeln. Ein Großteil der Personen, die 2009 neben Babic auf der Wahlliste



Unterstützung aus der Westpfalz: Ricarda Riefling (rechts) und Markus Walter (mitte) von der NPD Westpfalz neben Safet Babic (links) auf einer Demonstration der NPD Trier im September 2012. Bild von Fabian Boist

standen, sind heute nicht mehr für die NPD aktiv. Um Babic im Rat zu vertreten, kommen sie also nicht in Frage. Ähnlich sieht es mit den Neonazis aus, die die Trierer NPD derzeit unterstützen. Da sie 2009 nicht kandidiert haben, ist es ihnen nicht möglich, das Mandat zu besetzen. Selbst wenn – obwohl monatliche Aktionen den Anschein erwecken – ist die NPD Trier personell nicht sonderlich stark aufgestellt. An den regelmäßigen Veranstaltungen versammeln sich selten mehr als 15 Neonazis, von denen in der Regel gerade einmal die Hälfte dem Kreisverband um Babic zuzuordnen ist. Einige Neonazis, die an vergangenen Aktionen teilgenommen hatten, blieben den letzten Aktionen fern.

Seit der Stadtrat Babic ausgeschlossen hat, finden in Trier monatlich Veranstaltungen statt. Zunächst versuchte man sich an Demonstrationen, zu denen großräumig mobilisiert wurde. An diesen nahmen zwischen 30 und 100 Nazis aus dem ganzen Bundesgebiet teil. Seit einiger Zeit setzt die NPD Trier auf monatliche Kleinstaktionen, zu denen nicht öffentlich aufgerufen wird. Auch an historischen Daten, wie dem Geburtstag Adolf Hitlers und an Gedenktagen wie dem Jahrestag der „Reichspogromnacht“, tritt die NPD Trier offen auf. Eine besondere Art der Kleinstaktionen sind sogenannte „NPD-Rallyes“. An diesen führt die NPD in mehreren Stadtteilen Triers kurze Kundgebungen durch. Ein Katz- und Mausspiel mit Behörden und Gegendemonstrant_innen ist die Folge.

Die Kundgebungen der NPD Trier sind geprägt von Routine. Neben mehr oder weniger langen Redebeiträgen von Safet Babic tritt der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Rheinland-Pfalz Markus Walter regelmäßig ans Mikrofon. Nur

selten spricht der Trierer Detlef Walter, der 2011 für die Ortsvorsteherwahl in Trier-West-Pallien kandidierte. Größtenteils wird jedoch Musik abgepielt. Die restlichen Teilnehmenden der Kundgebungen stehen – oftmals schweigend – hinter Transparenten. Ob sie sich ohne Babic zu einer Veranstaltung durchbringen könnten, wirkt oftmals fraglich.

Dies zeigte sich erst kürzlich: Auf einer Kundgebung am 13. April kündigte Babic indirekt eine Veranstaltung am 20. April, dem Geburtsdatum Adolf Hitlers, an. Dies verwundert nicht, führte die NPD im Jahr 2012 bereits eine Kundgebung an „Hitlers Ehrentag“ durch. Jedoch blieb es am 20. April in Trier ruhig. Grund dürfte der Bundesparteitag der NPD gewesen sein, der am gleichen Wochenende in Weinheim (Baden-Württemberg) stattfand. An diesem dürfte auch Babic als Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender teilgenommen haben.

Unterstützung erfährt die NPD Trier immer wieder von Neonazis der „Kameradschaft Zweibrücken“ und der „Sturmdivision Saar“ aus Dillingen. Unumgänglich für Babics Aktionen scheint jedoch der NPD Kreisverband Westpfalz um Markus Walter und Ricarda Riefling. Walter stellt auf fast allen Aktionen notwendige Infrastruktur wie Lautsprecherwagen und Musikanlage. Zu Veranstaltungen wie den „NPD-Rallyes“ wäre die NPD Trier ohne seine Unterstützung nicht in der Lage. Über die Infrastruktur hinaus stellen Neonazis aus anderen Städten auf Veranstaltungen der Trierer NPD eine nicht unbedeutende Anzahl an Teilnehmenden. Wie Kundgebungen ohne auswärti-

ge Unterstützung ablaufen können, zeigte sich im Januar 2012, als lediglich vier Neonazis aus Trier eine Kundgebung abhalten wollten. Sie wurden von zahlreichen Gegendemonstrant_innen mit Eiern beworfen und lautstark gestört.

Aufgrund der anstehenden Bundestagswahl wird die NPD Trier ihre Aktivitäten sicherlich nicht einschränken, im Gegenteil: Eine Vielzahl an Kundgebungen und Infoständen, aber auch Saalveranstaltungen sind zu erwarten. Den Auftakt zum Wahlkampf könnte das „Karl-Marx-Seminar“ am 4. Mai in Trier darstellen. Unter dem Motto „Kritik der globalen Ökonomie – zwischen nationaler Realität und kosmopolitischer Utopie“ hat Babic unter anderem Neonazis aus dem Bundesvorstand der NPD geladen.

Ein eigenes Zentrum ist für den Kreisverband jedoch mehr als unrealistisch. Immer wieder ist von der desaströsen Lage des NPD-Haushaltes zu lesen. Dass die Partei fähig sein soll, in Trier ein Haus anzumieten oder gar zu kaufen, ist somit mehr als fraglich, ebenso, ob Mitglieder aus dem Trierer Kreisverband die finanziellen Mittel für ein solches Projekt aufbringen können. Ohnehin - ein Parteizentrum für einen Kreisverband, der seit 2011 nicht der Lage ist, ein offenes Stadtratsmandat zu besetzen, für einen Großteil seiner Veranstaltungen auf die Unterstützung auswärtiger Kräfte angewiesen ist und deren öffentliche Kundgebungen größtenteils durch das Abspielen von Musik geprägt sind? Ein Zeichen für Größenwahn!

DIE WAHREN FINNEN - PERUSSUOMALAISET (PS)



Infostand der Perussuomalaiset mit reger Beteiligung der Bevölkerung. Bild von Kaihsu Tai, Wikimedia Commons

von
*Lisa-Maria
Schneekloth*

Ein Versuch den plötzlichen Erfolg der rechtspopulistischen Partei Wahre Finnen bei der letzten Parlamentswahl in Finnland zu erklären.

Immer mehr und größere Finanzhilfen für immer mehr Euroländer in der Krise gleich neue Protestpartei? Diese Gleichung erscheint zunächst als eine Erklärung, weshalb in Finnland die rechtspopulistische Partei Wahre Finnen (finn.: Perussuomalaiset –PS-, auch Basisfinnen genannt) bei den Parlamentswahlen vor zwei Jahren einen großen Erfolg erzielten. Ihre Wahlparolen bestanden zu einem großen Teil aus einer anti-europäischen Haltung. Vor allem die Ablehnung von Finanzhilfen für Länder wie z.B. Portugal war besonders präsent.

Bei den Parlamentswahlen am 17. April 2011 erzielten die Perussuomalaiset 19 Prozent der Stimmen, ein enormer Anstieg im Vergleich zu ihrem Stimmenanteil von 4,1 Prozent im Jahr 2007. Damit wurden die Wahre Finnen drittstärkste Partei und sorgten so für eine große Überraschung. In den Jahren zuvor dominierten hauptsächlich die Nationale Sammlungspartei (Kansallinen Kokoomus), die Zentrumspartei (Suomen Keskusta) und die Sozialdemokraten (Suomen Sosialidemokratit)

die Regierung. Doch wie lässt sich der Erfolg der Wahre Finnen erklären? Und wie ist der Erfolg der Partei einzuschätzen?

Um diesen Fragen nachzugehen, muss man sich die Partei und ihre Grundsätze genauer anschauen. Die Wahre Finnen gründeten sich 1995 – im gleichen Jahr trat Finnland der Europäischen Union bei – aus der ehemaligen Suomen maaseudun puolue (SMP), der finnischen Bauernpartei. Die SMP verfolgte bereits ein rassistisches und vor allem einwanderer*Innenfeindliches Programm, das sie durch die Nutzung vieler Ressentiments stützten. Mit ihrem Programm erfuhr die Partei jedoch am Ende eine Niederlage und löste sich auf. Aus einem Teil der ehemaligen Mitglieder gründeten sich die Wahre Finnen. Die Partei ist also kein neues Phänomen, sondern konnte bisher nur keinen durchschlagenden Erfolg verzeichnen – trotz langsam wachsender Zustimmung bei den vergangenen Wahlen.

Gegenüber Europa vertreten sie eine sehr kritische und eher ablehnende Haltung. So ließ Parteivorsitzender Timo Soini verlauten: „Wir waren bisher zu weich gegenüber Europa. Das muss sich ändern.“ Außerdem forderten sie im Wahlkampf den Austritt aus der Eurozone.

In der EU sieht Timo Soini eine mögliche Bedrohung der staatlichen Eigenständigkeit. Doch hinter der, oft als Protestpartei eingestuften Partei steckt noch mehr als nur die ablehnende Haltung gegenüber dem Euro. Sie sprechen sich auch gegen die gleichgeschlechtliche Ehe sowie gegen Abtreibung aus und fordern zudem eine striktere Einwanderungspolitik. Die Partei legt viel Wert auf finnische Werte und Tradition. So soll in Finnland auch „finnisch gelebt werden“, äußerte sich Sampo Terho, ein Mitglied der PS und Mitglied des Europäischen Parlaments. Was genau darunter zu verstehen ist, bleibt jedoch unklar. Weiterhin setzen sie sich für einen Wohlfahrtsstaat und Gerechtigkeit ein. So wollen die Wahren Finnen nach eigener Aussage u.a. diejenigen verteidigen, die nicht in der Lage sind dies selbst zu tun. Im Endeffekt gelten diese Ansprüche jedoch nur den Einheimischen.



*Timo Soini. Parteivorsitzender der Wahren Finnen.
Bild von Soppakanuuna, Wikimedia Commons*

Die nationale Identität sowie die 1917 erreichte Unabhängigkeit Finnlands sind der Partei sehr wichtig. Dies lässt sich vermutlich aus der Geschichte des Landes am besten erklären. Diese ist so wechselhaft und lang, dass sie hier nicht in voller Länge thematisiert werden kann. Ein sehr kleiner Überblick muss reichen: Finnland kämpfte lange um seine Unabhängigkeit, gehörte immer wieder verschiedenen Großmächten an und wurde von seinen Nachbarn oftmals enttäuscht, da viele Verbindungen und Bündnisse immer wieder scheiterten. Bis zu ihrer Unabhängigkeit war es ein langer Weg, so dass sie diese nun besonders stark verteidigen wollen. Sie wollen sich nicht noch einmal das Zepter aus der Hand nehmen lassen – vor

allem nicht auf europäischer Ebene -, und wenn es um die eigenen Gelder geht, die an andere gezahlt werden sollen.

Doch der Erfolg der Partei wäre nicht so groß gewesen, würden sie in der Bevölkerung nicht die entsprechende Akzeptanz und Zustimmung finden. Nur, was bewegte die Bevölkerung in Finnland plötzlich dazu, den Wahren Finnen so viele ihrer Stimmen zu geben?

Mit den bisher dominierenden drei großen Parteien (Sammlungspartei, Zentrum und Sozialdemokraten) sind die Finnen unzufrieden, da diese sich in ihrer Ausrichtung und ihren Positionen kaum noch unterscheiden. Die Wahren Finnen sind in gewisser Weise eine Art ‚Abwechslung‘ und vor allem eine Alternative. Ein weiterer, vermutlich entscheidender Punkt ist der Wahlspendenskandal, über den seit 2008 in den Medien viel berichtet wurde. Dabei ging es vor allem um die Zentrumspartei, die am meisten Verluste bei der Wahl machte, und den Vorwurf, dass gemeinnützige Vereine Wahlkämpfe von Abgeordneten der Partei mitfinanziert hätten, nachdem sie von staatlichen Transferzahlungen profitierten. Dadurch entstand ein gewisses Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien, was die Menschen nun eher zu den Wahren Finnen tendieren ließ. Hinzu kommen wirtschaftliche Schwierigkeiten, so lag die Arbeitslosenquote im Wahljahr bei ca. 8 Prozent. Da kam Timo Soini, der sich als Vertreter der ‚kleinen Leute‘ gibt, gerade richtig. Wahlforscher Karvonen erklärte dazu: „Er steht für die, denen die Gesellschaft zu kompliziert geworden ist.“ So wird der Wahlerfolg der PS oft auch auf Timo Soini als charismatischen Parteivorsitzenden zurückgeführt.

Für den Erfolg der Wahren Finnen sind also mehrere Faktoren verantwortlich. Die Partei lässt sich auch nicht, einfach nur als eine Protestpartei einstufen, sondern wird in Zukunft vermutlich noch öfter von sich hören lassen. In die Regierung zogen die Wahren Finnen am Ende allerdings doch nicht ein. Die Koalitionsgespräche scheiterten an dem EU Rettungspaket, bei dem die Partei – wie erwartet – auf ihrem „Nein“ beharrte und damit freiwillig in die Opposition ging.

Wie sich der Einfluss der Wahren Finnen weiter entwickeln wird bleibt abzuwarten – die nächsten Parlamentswahlen stehen schon im kommenden Jahr an.

PROJEKTVORSTELLUNG: KONKRETE SOLIDARITÄT



von Uli
Tomaschowski

Der Zustand einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie sich gerade in Zeiten der Krise gegenüber Arbeitslosen, Behinderten oder eben auch Flüchtlingen verhält. Das muss der Maßstab für die Bewertung einer Gesellschaft sein.

Der große Handlungsbedarf mit dem wir uns konfrontiert sehen, liegt darin begründet, dass sich der Staat immer weiterer Aufgaben entledigt hat, ohne dass dies von der Gesellschaft in irgendeiner Form aufgefangen werden könnte oder würde.

Viele Kommunen sind pleite. Die Privatisierung großer Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat dazu geführt, dass es für Menschen ohne finanzielle Möglichkeiten immer weniger Angebote und damit Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe gibt. So auch für Flüchtlinge.

Speziell in Rheinland-Pfalz ist die Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier (AfA) der erste Anlaufpunkt für Asylsuchende. Flüchtlinge sind meist nur eine kurze Zeit in Trier, bevor sie transferiert werden. Viele denken, nach dem Transfer wird alles besser. Es werden drei Wahlmöglichkeiten für weitere Wohnmöglichkeiten genannt. Dem wird aber selten entsprochen. Diejenigen, die in die größeren Städte transferiert werden, leben dort oft in großen Flüchtlingslagern mit oft hunderten von Flüchtlingen. Die anderen werden

Break Isolation! Bereits in fünf Regionen haben wir seit Beginn des Projektes Deutschkurse vor Ort organisiert und isolierten Refugees bei der Suche nach verkehrsmäßig besser angebotenen Unterkünften geholfen. Bild von Fabian Boist

häufig auf kleine Dörfer im Hinterland, manchmal ohne ausreichende öffentliche Verkehrsanbindung, gebracht. Manchmal gibt es dort nicht einmal Geschäfte. Auch in den Großstädten gibt es häufig nur selten die Möglichkeit, Deutsch zu lernen. Es dauert oft sehr lange, bis Flüchtlinge die Möglichkeit erhalten, zu arbeiten und Geld zu verdienen. Geld, das sie dringend bräuchten, um einen Anwalt zu bezahlen, der ihnen im Asylverfahren zur Seite stehen könnte. Die medizinische Versorgung, insbesondere im Hinterland, ist für Flüchtlinge ungenügend.

An dieser Stelle wollen wir gegensteuern. Selbstverständlich fordern auch wir den Staat und das Land dazu auf, bessere Voraussetzungen für alle Menschen zu schaffen:

Das Netzwerk Konkrete Solidarität hat einige sehr konkrete Forderungen an die Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz. Es sind alles Forderungen, von denen sich einige auch ohne größeren finanziellen Aufwand in die Realität umsetzen ließen. Das Argument „Wer soll das denn alles bezahlen?“ zählt hier also nicht.

- Wir fordern dazu auf, Flüchtlinge nicht mehr in entlegenen Dörfern ohne öffentliche Verkehrsanbindung unterzubringen.
- Familien, die häufig auf unterschiedliche Bundesländer verteilt sind, sollten zusammengelegt werden. Es muss doch möglich sein, sich mit den anderen Bundesländern zusammenzusetzen, um das zu ermöglichen.



Flüchtlinge werden in Rheinland-Pfalz oft isoliert untergebracht. Viele Dörfer bestehen nur aus einer Straße ohne Bildungsmöglichkeiten und ohne Anbindung ans soziale Leben.

- Unterkünfte müssen auf ihre Tauglichkeit für die Unterbringung von Menschen untersucht werden.
- Der freie Zugang zu Bildungseinrichtungen ist auch nach dem Transfer zu gewährleisten. So sollte es flächendeckend Deutschkurse für Flüchtlinge geben.
- Eine medizinische Basisversorgung, die diese Bezeichnung auch verdient, ist zu etablieren.
- Traumatisierte Menschen, die etwa erlebt haben, wie auf ihrer Flucht Verwandte oder Freunde nach dem Kentern ihres Boots im Meer ertrunken sind, benötigen fachlich-kompetente Unterstützung.
- Flüchtlinge möchten an der Gesellschaft teilhaben und sich einbringen. Also muss ihnen auch schnellstmöglich eine Arbeitsgenehmigung erteilt werden, damit sie sich um ihre Angelegenheiten selbst kümmern können.
- Die Residenzpflicht, die den Aufenthalt auf bestimmte Regionen beschränkt, ist auch für Menschen, die gerade hier angekommen sind und also erst über eine Aufenthaltsgestattung verfügen, abzuschaffen.

- Das Abschiebegefängnis in Ingelheim ist zu schließen.
- Und natürlich fordern wir, dass Flüchtlinge hier bleiben können und nicht abgeschoben werden.

Soweit einige unserer Forderungen.

Gleichzeitig sind wir uns darüber bewusst, dass unsere Forderungen insbesondere jetzt in Zeiten der Krise kaum Gehör finden werden. Daher müssen wir selbst die Initiative ergreifen. Angesichts leerer Kassen und Geldbeutel gar kein so leichtes Unterfangen. Doch es ist eben nicht nur Utopie einer anderen Gesellschaft, die uns antreibt, sondern die Konfrontation mit einem ganz konkreten Handlungsbedarf, der unsere Solidarität erfordert. Natürlich möchten wir Bund und Land nicht aus der Pflicht nehmen. Doch dies darf nicht heißen, dass wir warten bis irgendjemand kommt, der die Dinge schon regeln wird. Ich bitte euch daher diesen Gedanken weiterzutragen. Forderungen an die politisch Verantwortlichen zu stellen ist richtig. Ich will nicht pessimistisch sein. Doch viel wichtiger ist es, sich selbst einzubringen und die Isolation von Flüchtlingen zu durchbrechen. Niemand wird kommen, um diese Dinge für uns zu regeln. Wir müssen selbst aktiv werden. Denn wir sind diejenigen, auf die wir immer gewartet haben.

Wir müssen etwas verändern. Und daher möchte ich im folgenden das Projekt „Teachers on the road“ vorstellen.

„Teachers on the road“ ist ein Projekt des Netzwerks Konkrete Solidarität. Dieses Projekt wurde mit dem Ziel geschaffen, auch Flüchtlingen, die im Hinterland leben, die Möglichkeit zu geben, Deutsch zu lernen. Ziel ist es, die Flüchtlinge zu befähigen, sich selbstständig am sozialen, kulturellen und politischen Leben zu beteiligen, Kontakte zu Einheimischen vor Ort zu knüpfen und so ihre Isolation zu durchbrechen. Wir besuchen die Leute auch in Regionen mit einer schlechten öffentlichen Verkehrsanbindung, geben dort Deutschkurse für Flüchtlinge und suchen nach lokalen Unterstützer*innen: Nach Menschen, die dort leben und die bereit sind, ein- oder zweimal wöchentlich Deutsch zu unterrichten oder solchen, die kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung stellen könnten. Wir freuen uns über alle Menschen, die sich an dem Projekt „Teachers on the road“ beteiligen wollen. Wenn ihr also Leute kennt, die auf dem Land leben, und sich vorstellen könnten zu unterrichten, dann informiert sie bitte über das Projekt. Jede und jeder ist eingeladen mitzumachen. Vielleicht kennt ihr ja eine ehemalige Lehrerin oder einen ehemaligen Lehrer, der gerne ein- oder zweimal wöchentlich unterrichten wür-

de oder habt Verwandte in der Region, die sich das vorstellen könnten. Wenn ihr selbst Flüchtlinge in Deutsch unterrichten möchtet oder eine eigene Projektidee für das Netzwerk Konkrete Solidarität habt, könnt ihr euch gerne einbringen.

Das Netzwerk Konkrete Solidarität besteht auch durch Flüchtlinge, die sich einbringen. Es gibt keine Liste mit allen Orten in Rheinland-Pfalz, in denen sie untergebracht werden. Das heißt, wir, aber auch das Integrationsministerium wissen gar nicht, wo die lokalen Verwaltungen Flüchtlinge unterbringen. An dieser Stelle wollen wir Abhilfe schaffen, indem wir alle Flüchtlinge bitten, mir eine Email zu schreiben, wohin sie transferiert wurden. Fragt auch eure Freundinnen und Freunde, wo sie untergebracht wurden und bittet sie, uns die genaue Adresse und die Kontaktdaten zuzusenden. Auf diese Weise haben wir bereits mehrere Flüchtlingslager im Hinterland entdeckt, von denen hier niemand etwas wusste und die es teilweise schon seit mehr als 20 Jahren gibt.

Wir erwarten aber auch von allen Flüchtlingen, die diese Angebote nutzen, sich selbst solidarisch zu zeigen und sich nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten im Netzwerk Konkrete Solidarität einzubringen. Flüchtlinge sollten mit anderen Flüchtlingen sprechen und ihr Wissen mit ihnen teilen. Informiert euch gegenseitig über die Möglichkeiten, die es gibt und unterstützt sie nach euren Möglichkeiten.

Das Projekt „Konkrete Solidarität“ erreichen Sie online unter:

<https://nksnet.wordpress.com/>

Das Projekt „Teachers on the Road“ zu erreichen unter:

<https://www.facebook.com/teachersontheroad>

Email: lehreruli@googlemail.com

BEWEGUNGSFREIHEIT UND PROTEST



„for a borderless World“, Bild von Fabian Boist

Im Grundgesetz Artikel 5 steht: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten...“. Doch lässt ein Blick auf den Refugeeprotest diesen Inhalt der sogenannten Meinungsfreiheit bezweifeln. Der folgende Artikel will einige Geschehnisse und Motive aufgreifen, die AktivistInnen in den letzten Monaten durchführten. Sie konnten nicht immer frei ihre Meinung äußern, weil sie in ein Staatssystem geflohen sind, indem Refugees am schlechtesten behandelt werden.

von
Björn Brisch

Gegen das deutsche Asylrecht, die Grenzen der Nationalstaaten und zusammen mit Geflüchteten gibt es widerständige Proteste seit Jahrzehnten. In Deutschland wird auf die Residenzpflicht, die menschenunwürdigen Bedingungen in den Lagern, den alltäglichen (institutionellen) Rassismus, aber auch den Druck der Behörden sowie weiteres Vorgehen des Staates gegenüber Asylsuchenden Bezug genommen. Organisationen wie „Karawane – Für die Rechte der Geflüchteten und Migranten“, „TheVoice-Refugee Forum Germany“ und „ProAsyl“ kämpfen schon seit vielen Jahren gegen deutsche Zustände der Refugees. Dieser Protest scheint aber letztes Jahr mehr Schwung angenommen zu haben, es gibt eine andere Dyna-

mik als in den vorherigen Jahren.

Der „Anlass“ ist ein trauriger: Es geschah am 29.01.2012 in einer Asylbewerberunterkunft in Würzburg. Mohammad R. (29) verließ den Iran, weil er dort gefoltert wurde, lebte einige Monate in Gemeinschaftsunterkünften in Bayern, bevor er sich am besagten Tag das Leben nahm. Doch sein Tod kam nicht aus heiterem Himmel, denn schon Monate vorher umgaben ihn Suizidgedanken, weshalb er sogar über mehrere Tage ärztlich in einer Psychiatrie untersucht wurde. Eine Empfehlung dieser, „an der Unterkunft etwas zu ändern“, kamen die Verantwortlichen nicht nach. Die zermürbenden Lebensumstände in der ehemaligen Kaserne, die ihm, so erzählen Freunde „wie ein Gefängnis vorkam, an Folter erinnerten“, dazu noch seine Situation als Asylsuchender brachten einen ehemals lebensfrohen Menschen um.

Viele MitbewohnerInnen verfielen in Trauer, die sich in den nächsten Wochen in öffentlichem Protest entlud. Anfangs gab es Demonstrationen, später traten einige Refugees in den Hungerstreik, sogar mit zugenähtem Mund. Dies geschah um dem Protest und dessen Forderungen mehr Aufmerksamkeit in Medien und Politik zu geben. Der erste Hungerstreik begann am 19.03.2012 in Würzburg,

bei dem einige Refugees ihr Recht auf Asyl von der Politik forderten und für ein menschwürdigeres Asylrecht eintraten. Damit nahm der Protest eine neue Form an, es wurde ein Protestcamp in Würzburg aufgebaut, welches sich über Monate hielt. Juristisch versuchte die Stadt den Protest zwar immer wieder zu unterbinden, wie etwa die Änderung der Orte des Protests und der Zusicherung der Gerichte, Menschen die der Residenzpflicht unterstehen, sich nicht in Würzburg aufzuhalten,



Refugees in Würzburg und anderswo zeigen mit der Protestform des Hungerstreiks wie ernst es mit ihren Forderungen ist. Bild von Gustrick-Würzburg.

nicht zu erlauben am dortigen Protest teilnehmen zu dürfen. Ein Versuch, den Hungerstreik gerichtlich zu verbieten, scheiterte. Dieser wurde zwar immer wieder ausgesetzt, als zum Beispiel einigen der Asylsuchenden ihr politisches Asyl genehmigt wurde und es Gespräche mit PolitikerInnen gab. Eine Aufnahme fand trotzdem wieder statt, da Versprechungen teilweise nicht eingehalten wurden. Das läßt die Ernsthaftigkeit der Politik bezweifeln, die vielmals Gesprächsbereitschaft gegenüber den Refugees äußerten, doch nur marginal mit Handlungen auf dessen Forderungen antworteten. Dazu gab es noch andere Schikanen, wie etwa ein vorübergehendes „Schlafverbot“ im Camp. Es wurde nur ein Bett im Camp erlaubt und die Pavillons durften nicht bei winterlicher Temperatur geschlossen werden. Nach gerichtlicher Überprüfung wurde das aber wieder aufgehoben. Doch solange diese Beschlüsse bestanden, wurden sie auch von der Polizei durchgesetzt. Dies waren politische Manöver, um den Protest und das Engagement der Protestierenden für ihre berechtigten Forderungen zu zermürben.

Deshalb ist wohl zu sagen: Es gibt in Deutschland zwar ein Recht auf Meinungsäußerung, doch es gibt auch juristische und reale Schikanen, die nicht gern gesehene Proteste auf mehr Selbstbestimmung gegenüber Machtpositionen untergraben, wie es zum Beispiel in Würzburg geschehen ist.

Der Protest inspirierte andere Städte und Menschen. Es entstanden Zeltcamps in Städten wie Aub, Bamberg, Regensburg, Leipzig und anderswo. Daraus entwickelte sich eine Organisation aus Asylsuchenden, die ab den 08.09.2012 einen Protestmarsch nach Berlin durchführten. So kamen über 100 Menschen in Berlin an und organisierten ein neues Protestcamp in der Hauptstadt. Es kam wieder zu Hungerstreiks, Demonstrationen, Gesprächen mit den Politikern, aber auch zu Schikanen dieser und der Polizei, wie etwa gewaltsame Polizeieinsätze oder die Inbeschlagnahme der Wärmebusse. Noch steht das Camp in Berlin/ Kreuzberg, die beteiligten Menschen sind immer noch motiviert für ihre berechtigten Forderungen einzutreten. Im Februar/ März 2013 gab es eine Bustour durch Deutschland, in der die Betroffenen auf ihre Lage aufmerksam machen wollten und andere Flüchtlingslager besuchten um Informationen weiterzutragen. Weitere Aktionen folgten. Solche vielseitigen Proteste zeigen, dass Menschen nicht hinnehmen, wie sie in diesem Land behandelt werden. Dies gilt nicht nur deutschlandweit, sondern weltweit, wie der „Weisse Marsch“ in Afrika oder Protestcamps in Australien, Wien, Amsterdam oder Helsinki beweisen. Auch der tägliche Protest vielerorts gegen die Abschiebepolitik und die damit zusammenhängenden menschenunwürdigen Zustände, sowie UnterstützerInnenorganisationen dürfen nicht in Vergessenheit geraten.



Ein breites Bündnis startete am 08.09.2012 den „Marsch der Würde“ um Öffentlichkeit zu erreichen und Lager zu besuchen. Bild von Refugee Protest March/ Indymedia

Doch was sind die Forderungen der Protestierenden? Warum treten diese Menschen in den Hungerstreik und was ist ihr Ansporn, der ihnen Kraft gibt, ihren Protest weiter fortzusetzen? Viele sind Refugees, die aufgrund von politischer Verfolgung nicht mehr in ihrem Land leben können. Andere wurden gefoltert, überwacht, sind von einer schweren wirtschaftlichen Situationen geknechtet oder militärischen Konflikten ausgesetzt. Kurz, ihre Lage ist vielschichtig und als letzte Lösung

sehen sie die Flucht aus ihrer gewohnten Heimat. Dann kommen sie nach Europa, dass in aller Welt mit Menschenrechten wirbt und von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde spricht. Sie kommen an und speziell in Deutschland erwartet sie ein kapitalistisches Isolationssystem aus Lagern, Residenzpflicht, Gutscheinen und die ständige Angst, jederzeit wieder abgeschoben zu werden. Asylsuchende werden Schikanen der Behörden ausgesetzt, müssen menschenunwürdig in Sammelunterkünften leben. Es findet ein gesellschaftlicher Ausschluss durch Gesetze der Einschränkung der Bewegungsfreiheit statt. Flüchtlingslager sind oftmals abseits des sozialen Lebens wie in Althüttendorf, einem Übergangslager in Brandenburg, mitten im Wald. Keine Umstände unter denen Menschen ohne Bewegungsmöglichkeiten leben wollen! Sie wehren sich gegen ihre spezielle Behandlung als Geflüchtete!

Die zentralen Forderungen sind deshalb: Die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Geflüchtete. Den Stopp aller Abschiebungen. Die Abschaffung der Residenzpflicht, welche den Asylsuchenden verbietet, ihren von den Behörden ausgesuchten Aufenthaltsort zu verlassen. Die Abschaffung der Lagerpflicht, welche den Asylsuchenden verbietet, ihren Aufenthaltsort selbst zu wählen.

Diese Forderungen sollen dazu beitragen, das Asylrecht menschlicher zu gestalten. In den Protesten geht es aber auch darum, die Gleichwertigkeit aller Menschen in den Mittelpunkt einer gesellschaftlichen Debatte zu rücken ohne den Blick auf Nationalität und Grenzen zu richten. Nicht Gesetze von Regierungen, die Profit- und Machtinteressen nachgehen, oder Ausweise eines Nationalstaates sollen das Leben der Menschen bestimmen, sondern das Mensch-Sein an sich soll ein gesellschaftliches Miteinander begründen.

Zum nachlesen wollen wir einige Links aufzählen, auf denen sich beteiligte Organisationen im Internet vorstellen:

<http://asylstrikeberlin.wordpress.com/>

<http://thevoiceforum.org/>

refugeetentaction.net/

<http://gustreik.blogspot.eu/>

<http://www.refugeetribunal.org/>

FLÜCHTLINGSPROTEST IST IMMER PROTEST GEGEN DEN STAAT



Interview von Björn Brisch

Der Refugeeprotest dieses und im letzten Jahr hat scheinbar eine neue Dynamik angenommen. Letztlich stellt sich die Frage, wie der Protest weitergeht. Welche Formen kann er annehmen und welche Möglichkeiten bestehen, damit der Protest nachhaltige Entwicklungen in die Gesellschaft einbringen kann? Kann er Macht- und Herrschaftsstrukturen ablösen, um mehr Rechte für Asylsuchende einzufordern? Dazu hat sich die Grenzwertig mit Rex Osa getroffen, einen Geflüchteten aus Nigeria, der sich in „THE VOICE-Refugee Forum Germany“ engagiert.

Grenzwertig: Du bist selbst als Geflüchteter aus Nigeria nach Deutschland gekommen und hast jetzt einen anerkannten Status. Wie wurdest du hier in Deutschland aufgenommen? Wie sind deine Erfahrungen mit dem deutschen Asylsystem?

Rex Osa: Am Anfang wusste ich nicht, dass ich nach Deutschland komme. Ich bin Geflüchteter, weil ich von Verfolgung bedroht bin. Durch die Unterstützung eines Bekannten kam ich zufällig hierher. Ich hatte viele Erwartungen und Hoffnungen. Ich dachte, Deutschland sei ein sicheres Land. Drei Tage später merkte ich dann, dass es hier

keine Sicherheit gibt. Der deutsche Staat missbraucht das Recht auf Asyl. Meine persönlichen Erfahrungen waren sehr schwierig: Die Anhörung vom Bundesamt war nicht nur eine Anhörung. Ich fühlte mich vielmehr wie ein Krimineller, der sich verteidigen muss. Flüchtlinge werden in Deutschland isoliert und eingeschlossen. Es werden ihnen keine Hinweise über das Verfahren der Anhörung gegeben. Es gibt viele Drohungen und es bestanden bei der Anhörung viele Vorurteile. Sechs Wochen danach wurde mein Asylantrag abgelehnt. Ich legte Widerspruch ein. Dieser wurde auf gleiche Weise abgelehnt. Deshalb kämpfte ich für meine Rechte und wurde erst mal für mehr als zwei Jahre geduldet. Ich war zu dieser Zeit stark von der Abschiebung bedroht. Weil ich damals gekämpft habe, wurde ich nicht abgeschoben.

Die Anhörung ist der erste Schritt des Asylverfahrens, die bei dir erst mal mit einer Duldung endete. Doch das Verfahren ist vielschichtiger und der Staat greift in viele Lebensbereiche eines Geflüchteten ein. Kannst du ein weiteres Beispiel nennen, das zeigt, wie Behörden Druck ausüben?

Nach der Ankunft in einer Zentralen Erstaufnahmestelle werden die Flüchtlinge in verschiedene Städte und Dörfer transferiert, in denen sie un-



tergebracht und kontrolliert werden. Die ganze Struktur ist so aufgebaut, dass die durchführenden Institutionen des Asylverfahrens keine Beobachter*innen haben. Zu meiner Zeit war der Wochenablauf folgendermaßen: Sozialarbeiter*innen kontrollieren die Flüchtlinge 2 Mal pro Woche, dienstags und donnerstags. Montags, mittwochs und freitags gab es Essenspakete. Als „Taschengeld“ bekamen wir 40,90€. Wenn man bei der Sozialarbeiter*in mindestens einmal die Woche nicht anwesend war, war es möglich, dass das „Taschengeld“ gekürzt wurde. Jeden Wochentag bleibst du im Lager, um entweder das Essen zu bekommen oder dich zu melden. Da sieht man, wie die ganze Kontrolle funktioniert. Die ganze Struktur zielt darauf ab, dass die Flüchtlinge immer im Lager bleiben müssen. Ein Kontrollapparat, von Sozialarbeiter*innen durchgeführt.

Wie kamst du dazu, dich politisch zu engagieren?
Hast du dich mit anderen zusammengeschlossen
und wie bist du zu THE VOICE gekommen?

In Nigeria war ich politisch engagiert und das war auch der Grund, warum ich geflüchtet bin. Anfangs war ich neu in Deutschland und kannte keine Strukturen. Ich kam mit der Hoffnung auf Sicherheit als Geflüchteter. Mit der Zeit verlor ich die Hoffnung an das deutsche Asylrecht. Ich war ganz isoliert. Abgeschieden von der nächsten Stadt, die etwa 30km entfernt lag. Es war ein kleiner Ort, in dem der Bus nicht oft fährt und wenig Menschen wohnen. Für das Ticket musste ich für die Hinfahrt etwa 1/3 meines wöchentlichen Taschengeldes ausgeben. Die finanzielle und isolierte Lage im Lager war schrecklich. Langsam kam dann auch immer mehr die Frustration. Von der Sozialarbeiterin bekam ich Zeitschriften über die Thematik der Migration, etwa von Pro-Asyl oder Amnesty International. Das waren meine einzigen Möglichkeiten, am politischen Leben teilzunehmen. Anfangs las ich sie, um mich über meine

„Wir sind immer noch in der Zeit der Sklaverei, aber nur dass es jetzt verschönt wird.“

Rechte zu informieren und nicht um politisch zu kämpfen. Meine Möglichkeiten waren dafür nicht gegeben. Einmal entdeckte ich glücklicherweise ein Seminar in einer Zeitschrift. Es interessierte mich, dort teilzunehmen. Doch ich hatte kein Geld für das Seminar und die Fahrtkosten. Es kostete mehr, als ich bekam. Ich bat den Pfarrer, ob er mir weiterhelfen kann. Er sagte mir, ich brauche erst mal eine Erlaubnis, um dort hinzufahren. Daraufhin bin ich zum Ausländeramt gegangen, um die Erlaubnis zu beantragen. Das Ausländeramt hat aber Nein gesagt. Damals gab es folgende Regelung: Du bekommst erst einen Urlaubsschein für zwei Wochen, wenn du zwei Jahre nicht gegen die Residenzpflicht verstoßen hast. Die Urlaubszeit musste an einem Stück genommen werden. Das war ganz komisch. Ich bin abermals zum Pfarrer gegangen, sagte ihm, sie würden mir keine Erlaubnis geben. Ich wollte trotzdem zum Seminar und bräuchte immer noch Unterstützung. Er bezahlte mir die Seminarkosten und ich besuchte das Seminar. Dort waren Beamt*innen von Polizei und Bundesamt, ProAsyl, viele Sozialarbeiter*innen und andere Menschen aus verschiedenen Bereichen anwesend, die sich zum Thema Asyl informieren wollten. Am Ende kam eine Frau, die mit Flüchtlingen arbeitet, zu mir. Sie gab mir das Gefühl, frei über meine Situation sprechen zu können und erzählte von vielen anderen Leuten, die schon 10-15 Jahre in Deutschland wohnen, politisch aktiv sind und Erfahrung in der Asylproblematik haben. Sie vermittelte mir Kontakte, auch die Nummer von THE VOICE - Aktivist*innen. Mein Kontakt zu THE VOICE war das größte Glück meines ganzen Lebens. Dort sind viele motivierte Leute, die mir eine Menge Mut gegeben haben. Das hat mir viel Angst genommen.

Nun engagierst du dich in „THE VOICE-Refugee Forum Germany“. Könntest du einen kurzen Umriss abgeben, was ihr macht und wie ihr euch im gesellschaftlichen Prozess des Refugeeprotestes einordnen würdet?

THE VOICE ist ein Flüchtlings selbstorganisationsnetzwerk, das es schon seit 1994 gibt. THE VOICE kam zusammen, um das erfahrene Unrecht zu benennen und sich dagegen zu stellen. Mit zivilem Ungehorsam stellen wir uns gegen die Residenzpflicht und sind trotz der für uns gemachten Grenzen, die wir als Apartheidgesetz bezeichnen, zusammengekommen und haben uns nicht einschüchtern lassen. In erster Linie kämpfen wir seit unserer Gründung gegen die Abschiebungen von unseren Brüdern und Schwestern. Denn Deportationen wurden immer benutzt, um Menschen verschiedener ethnischer Gruppen, Religionen, Hautfarben, Sprachen und Geschlechter

Flüchtlinge sollen ermutigt werden, um für ihre Rechte einzustehen. Lange schon kämpfen deutsche Aktivist*innen für externe Rechte von Flüchtlingen. THE VOICE machte dann die Erfahrung, wenn Flüchtlinge selbst über ihre Situation sprechen, können sie andere Leute mehr erwecken und auf die Situation authentischer aufmerksam machen. Die Flüchtlinge wissen besser, wo es ihnen wehtut.

Jedoch verstehen viele Leute, die nicht mit Flüchtlingen arbeiten, nicht ganz genau, was wir mit Selbstorganisation meinen. Seit dem Asylkompromiss gibt es viele Demos und Protestaktionen, auf denen über Stimmung und Isolation gesprochen wird. Viele Menschen aus der deutschen Gesellschaft können gar nicht glauben, wie Leute in den Lagern leben. Unsere Strategie, „Break the Isolation“, beinhaltet die Organisation von Aktionen, welche die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf die Situation in den Lagern lenken



zu spalten, um die Herrschaft der Reichen und der ausbeutenden Klasse durchzusetzen. Die weltweiten Kämpfe gegen Krieg und Ausbeutung sollen dadurch geschwächt werden. In Erwägung dessen haben wir beschlossen, uns selbst zu organisieren und die Barrieren zu überwinden.

Solidarität und Einheit zwischen uns als Betroffene sind der einzige Weg, den Angriffen des Staates und der Deportationsmaschinerie zu widerstehen. Wir, die Unterdrückten und Ausgebeuteten, beschlossen, uns zu solidarisieren und zu vereinen, um gegen jede Herrschaft zu kämpfen, die der Menschheit aufgezwungen wird.

Überall in Isolationslagern protestieren Geflüchtete für Menschenrechte – Break Isolation Strike Tour in Niedersachsen

und den Irrglauben brechen soll. Damit wird der Kontakt leichter aufgebaut und mehr Verständnis für die Situation von Flüchtlingen geschaffen. Praktische Solidarität wird ausgeübt.

Du bist nun schon einige Zeit in der Bewegung. Was hat sich die letzten Jahre in der Asylpolitik und der Refugeeproteste geändert? Würdest du dem Jahr 2012 mit den Anfängen in Würzburg eine besondere Bedeutung geben oder reiht es sich in die Proteste

der letzten Jahre ein? Was siehst du als Stärke des momentanen Protests?

Teilweise könnte man sagen, es gibt nicht viel Veränderung. Abgesehen von der Repression ist aber gleichzeitig eine Entwicklung zu sehen. Zum Beispiel: 18 Jahre zuvor brachte der Staat die Flücht-



Rex Osa: „Mein Kontakt zu THE VOICE war das größte Glück meines ganzen Lebens.“

linge fast immer in eine isolierte Gegend. Keiner durfte so richtig wissen, wer die Leute dort sind. Niemand wusste, wo die Lager sind. Aber heute dürfen wir fast alle Lager in Deutschland besuchen. Im Moment wissen wir, wo viele abgelegene Lager sind und können die Isolation brechen.

Die Flüchtlingspolitik ist eine langwierige Politik des Imperialismus, einer Idee von gestern. Wenn wir zu viele Erwartungen auf einmal haben, sind wir in Gefahr. Veränderung geht immer Schritt für Schritt, einhergehend mit der Ermächtigung der Opfer. Als Erfolg der Bewegung kann eines gesehen werden: Die Residenzpflicht ist bald abgeschafft. Sie gilt zwar immer noch, meistens im ländlichen Raum, aber wir sind sicher, dass sie in der nächsten Zeit in Deutschland ganz abgeschafft wird. Es ändert sich einiges, auch Essenspakete werden mehr und mehr abgeschafft.

Die Aktionen des letzten Jahres waren nicht neu, obwohl momentan eine gute Dynamik in der Bewegung ist. Der Marsch der Würde nach Berlin war keine neue Art des Protestes. Einige Flüchtlinge haben auch vorher schon Individualprotest gezeigt. Zum Beispiel wurden Strafen für Verstöße gegen die Residenzpflicht nicht bezahlt, mit der Begründung: „Ich kann für meine Rechte nicht bezahlen. Ich würde auch ins Gefängnis gehen, um zu zeigen, dass ich wegen meines Rechts auf Bewegung verhaftet wurde.“ Das ist gegen den deutschen Staat. Aber die Proteste des letzten Jahres haben gezeigt, wenn wir als Flüchtlinge ermutigend sind, können wir mehr Öffentlichkeit erreichen. Wir können damit klarer stellen, was genau der Vorwurf von Flüchtlingen ist.

Großartig momentan ist, dass mehr Flüchtlinge über ihre Rechte informiert sind. Viele Menschen aus Lagern kämpfen jetzt als Flüchtlingskomitee/-initiative. Jeden Tag wird ein Lagerprotest stattfinden, z.B. protestierten vor kurzem Flüchtlinge in Stuttgart. Das wurde kurzfristig vorbereitet.

Spontanität ist ein Motor der Bewegung, auch weil sie am Ort des Protestes, den Lagern, immer anwesend sind. Morgen kommt immer etwas anders, aber im Moment gibt es eine Revolution von Flüchtlingen. Die Flüchtlinge präsentieren ihre Situation selbst.

Die Politik reagiert bisher, abgesehen von wenigen Ausnahmen, sehr verhalten auf die Proteste. Wie siehst du die Zukunft dieser Bewegung im Zusammenhang mit parteilichen Interessen? Was erwartest du von ihnen und auf was würdest du besonderen Augenmerk richten?

Die oppositionelle Politik bemüht sich, unseren Protest zu unterstützen. Zum Beispiel haben die Grünen in Baden-Württemberg die Rechte von Flüchtlingen vor der Wahl in ihr Parteiprogramm mit aufgenommen. Aber seitdem 2011 eine grün-rote Regierung gewählt wurde, müssen wir immer noch darum kämpfen, dass die im politischen Koalitionsvertrag versprochenen Rechte auch umgesetzt werden. Es ist immer so: Was kommt vor der Wahl und was kommt danach. Einige Politiker*innen unterstützen uns aus persönlicher Überzeugung, aber von der konkreten parteipolitischen Struktur kann man nicht viel erwarten. Das gilt auch für einige linke Strukturen, weil sie dem Flüchtlingskampf eine untergeordnete Rolle im kapitalistischen System zuschreiben. Wir glauben, dass die Politiker*innen gezwungen sind, auf unsere Forderung zu reagieren, wenn wir uns richtig positionieren. Wir schreiben nicht einfach, wir sind gegen die Regierung, sondern wir führen auch Aktionen und praktischen Widerstand durch. Unsere Erfahrung zeigt auch, dass die Politik unsere Forderungen ernster nimmt, wenn Unterstützer*innengruppen mit einer klaren Positionierung uns ihre Solidarität aussprechen.

Ich las von vielen Geflüchteten, dass sie das europäische System kritisieren, das sich auf der Welt „ausbreitet“. Es wirbt mit Menschenrechten, dient aber im Kern der kapitalistischen Verwertungslogik nach Profit- und Machtinteressen. Wie siehst du die weiter zunehmenden „Flüchtlingsströme“ unter diesem Aspekt? Da geht ein Mensch mit seinen Problemen und der Suche nach Schutz vor der Fluchtsituation unter, weil er „nicht verwertbar“ ist.

Es ist bekannt, dass europäische Regierungen mit Menschenrechten Propaganda machen. In unserer Heimat hören wir etwas anderes über Europa, als das, was wir hier erleben. Zum Beispiel gibt es in Nigeria einen komischen Irrglauben über Deutschland, nämlich dass alle Menschen Autos

auf der Straße fahren können. Auf jeder Straße gibt es immer ein Auto mit Schlüssel, welches alle benutzen können. Du kannst dann einfach mit dem Auto irgendwo hinfahren, es abstellen und ein anderer Mensch kann es dann benutzen. Eine unvorstellbare Idee, aber so wird es propagiert. Europa ist perfekt. Europa ist der Himmel, aber am Ende sieht Europa total anders aus!

Außerdem ist Deutschland einer der größten Waf-
fenexporteure der Welt und dann sprechen sie von Menschenrechten. Gleichzeitig werden Waffen an andere Länder geliefert. Was macht man mit Waffen? Das ist Propaganda. Sie zeigen nach außen immer etwas anderes, als die Realität wirklich ist. Es gibt viele sogenannte Illegale. Wir sagen, kein Mensch ist illegal. Aber der Staat sieht die Menschen ohne Papiere als Illegale an. Flüchtlinge werden in Deutschland verfolgt. Zuerst werden wir in schreckliche traumatische Zustände gesteckt und dann einfach abgeschoben. Dann schicken sie die Flüchtlinge, die schon 10 Jahre oder länger hier leben aus dieser sogenannten „multikulturellen Gesellschaft“ wieder zurück in ihre Heimat. Frustriert kehren sie zurück und das ist auch wieder eine Negativentdeckung unserer Heimat.

Kapitalismus besteht auch in Verbindung mit der Asylpolitik. Die Flüchtlinge sind die praktische Entdeckung des Kapitalismus, wir Flüchtlinge sind Objekte des Kapitalismus. Dominante kapitalistische Kräfte unterstützen die sozialen, politischen und ökonomischen Bestrebungen in den Herkunftsländern, die Grundlage dafür ist, dass Menschen dazu gezwungen werden zu fliehen. Flüchtlinge werden durch den Kapitalismus geschaffen und werden durch „Nicht-Staatsbürger*innen-Gesetze“ an den Rand der Gesellschaft gedrängt und ausgenutzt.

Die Flucht aus Gründen von Armut gilt in Deutschland nicht als berechtigter Grund, als Asylsuchende/r anerkannt zu werden. Jedoch sind es Akteure der Länder wie Deutschland oder Länder der Europäischen Union, die von der wirtschaftlichen Ausbeutung der Länder, aus denen die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge kommen, ihren Nutzen ziehen. Westliche Unternehmen nutzen lokale Rohstoffe und Ressourcen und verdrängen damit gleichzeitig lokale Strukturen. Kann man daher eine Kontinuität zur Kolonialzeit ziehen oder hat die Ausbeutung eine vielschichtiger Form angenommen?

Wir sind immer noch in der Kolonialzeit. Heute gibt es eine Sicht vom „feinen“ Kolonialismus. Wir sind immer noch in der Zeit der Sklaverei, aber nur dass es jetzt verschönt wird. Sie rauben das Land und die Rohstoffe. Es wird immer mehr

als die Jahre zuvor. Es wird nicht weniger, ist aber besser organisiert. Es besteht ein verschönter Kolonialismus. Ein Kolonialismus, der mit humanem Gesicht besteht.

In der Vergangenheit wurden unsere Länder besetzt, ausgebeutet und versklavt durch die an der Macht Stehenden. Mit Waffen und ausartender Gewalt. Die wenigen, die Widerstand leisteten, wurden zu Sündenböcken gemacht, sie wurden verbannt oder eingesperrt. Manche sogar ermordet und niemand konnte dies verhindern und Einspruch erheben.



Die BRD wird angeklagt, Flucht und Elend zu verursachen und die Überlebenden mit Abschiebung zu bestrafen.

Heute herrscht eine intelligenter Art der Sklaverei. Wir werden auf die eine oder andere Art manipuliert, um die kontinuierliche Ausbeutung und Versklavung am Laufen zu halten. Im Interesse des Westens werden Diktatoren und ihre Scheindemokratien gestützt. Im Interesse des Westens werden Aufstände in Ländern angezettelt, die ein hohes Vorkommen an Rohstoffen besitzen.

Täglich kommen immer wieder neue Asylsuchende nach Deutschland. Was würdest du einem Geflüchteten mit auf den Weg geben, der gerade neu in Deutschland angekommen ist und was seinen Unterstützer*innen? Was wären deine Ratschläge aus der Sicht eines Geflüchteten?

Es ist einfach, so sehe ich die Möglichkeiten, die neuen Flüchtlinge über ihre Rechte zu informie-

ren und sie mit politisch aktiven Flüchtlingen zu vernetzen. Die Anhörung ist auch ein großes Problem. Deshalb muss neuen Flüchtlingen erklärt werden, was ihr Recht und was ihre Pflicht im Asylverfahren ist. Das Bundesamt versucht bei der Anhörung nämlich Fluchtgründe nach bestehenden Vorurteilen in Schubladen aufzuteilen. Doch jede Flucht ist ein Einzelfall! Diese Vorurteile verfolgen die Flüchtlinge bis ans Ende ihres Verfahrens in Deutschland.

Außerdem muss klargestellt werden, dass Deutschland kein Paradies ist. Viele glauben, dass Beamt*innen nicht lügen, dass die Polizei nicht lügt. Im Verfahren verschweigen Beamt*innen die Rechte der Flüchtlinge, was einer Lüge gleichkommt. Die Polizei kann man auch niemals vertrauen, weil sie eine organisatorische Struktur ist, die Brutalität und Verfolgung von staatlicher Ungerechtigkeit schürt.

Aus unseren Erfahrungen wollen wir für Flüchtlinge klarstellen: Wenn man nicht für sein Recht kämpft, kann man nichts erreichen. In Deutschland muss man für seine Rechte kämpfen. Das Netzwerk der Flüchtlingsselbstorganisation muss verbreitet werden, damit Flüchtlinge bereit sein können zu kämpfen. Erfahrung muss ausgetauscht werden und gegenseitige Unterstützung ist wichtig.



We will rise – Ein Motto der Flüchtlingsselbstorganisation.

Die Desinformation der Flüchtlinge ist eine Strategie des Staates. Dazu gehört auch die Isolation der Flüchtlinge. Zum Beispiel bei der Anhörung im Bundesamt sollte die Möglichkeit gegeben sein, in seiner Sprache die Anhörung durchzuführen. Im Einzelfall wird die Anhörung aber auch in einer Sprache gemacht, in der die Leute nicht fähig sind, sich eindeutig auszudrücken. Die Flüchtlinge sollten wissen, dass sie eine/n Übersetzer*in in ihrer Sprache beantragen sollten, wenn jemand z.B.

in seiner afrikanischen Sprache besser sprechen kann. Ansonsten könne er die Anhörung verweigern. Das ist ihr Recht, aber manche wissen das nicht. Die Anhörung ist so etwas wie ein Angsttribunal. Jeder hat Angst, gegen die Sachbearbeiter*in zu sprechen, sowie Widerstand zu leisten. Das war auch mein Problem: Ich habe den Druck nicht akzeptiert. Danach bin ich durch meinen Widerstand kriminalisiert worden. Das hat mich im ganzen Prozess begleitet. Es gab sogar eine zweistündige Gerichtsverhandlung ohne Protokoll. So sieht es auch bei anderen Flüchtlingen aus.

*Du siehst also die Informationsarbeit über die Rechte der Geflüchteten als einen wichtigen Ansatzpunkt zur Unterstützung des Refugeeprotestes. Vielfach wird aber kritisiert, dass „weiße“ Supporter*innen mit ihren Protest einen paternalistischen Ansatz fahren und den Protest für ihre Forderungen missbrauchen. Wie siehst du diese Debatte und wie kann das aufgelöst werden?*

Das ist eine langwierige Kritik. Mittlerweile, so glaube ich, gibt es ein größeres Verständnis über die Solidarität gegenüber Flüchtlingen. Das ist klarer als vorher. Wir sollten in Diskussionen zusammenkommen, um uns über diese Thematik auszutauschen. Es gibt viele Aktivist*innen, die immer noch den paternalistischen Akt zeigen, obwohl einige es unbewusst machen, da dieses Verhalten mir vorkommt, als ob es in der Kultur steckt. Sie sind sich dessen nicht bewusst. Es ist eine Vertreterhaltung. Die Situation von Flüchtlingen ist eine tägliche Situation, eine Sekundensituation. Alle Unterstützer*innen, die spontan den Flüchtlingsstreik nicht unterstützen, sind nicht bereit, die Flüchtlingskämpfe zu führen. Die Situation von Flüchtlingen und auch der Rassismus sind tägliche Situationen, gegen die wir jeden Tag kämpfen müssen. Dazu gehört nicht nur eine Demonstration, sondern auch alltägliche Solidarität gegenüber Geflüchteten, zum Beispiel auf rassistische Polizeikontrollen zu reagieren. Aber ich denke, wir brauchen im Moment nur Toleranz, damit wir überall über die wichtige Solidarität diskutieren und sie ausüben.

Kannst du abschließend noch was über kommende Proteste erzählen. Was wird in den nächsten Wochen und Monaten passieren?

Die Situation von Flüchtlingen ist immer spontan, so wie die Politik auch spontan ist. Wie Flüchtlinge morgen verfolgt oder diskriminiert werden, wissen wir nicht. Deswegen versuchen wir gleichlaufend mit der Verfolgung von Flüchtlingen

unsere Aktivität zu organisieren. Wir sind jeden Tag spontan. Was wir morgen machen, können wir nicht genau sagen. Trotzdem sind wir immer in der „Break the Isolation“- Kampagne und im Flüchtlingsstreik!

Wir versuchen, Flüchtlinge zu ermutigen, Widerstand zu leisten, irgendwo, irgendwann. Auf dem Flüchtlingstribunal gegen Deutschland Mitte Juni in Berlin konnten wir uns mit vielen neuen Flüchtlingen vernetzen, die noch nicht in Deutschland politisch organisiert waren. Sie waren nicht über ihre Rechte informiert und wir bleiben weiter in Kontakt. Mehrere Flüchtlinge wissen nun, was in Deutschland in den vergangenen Jahren passiert ist. Mehrere Flüchtlinge wollen sich nun engagieren. Wir arbeiten zusammen mit verschiedenen Unterstützer*innengruppen.

Wenn wir über Selbstorganisation reden, bedeutet dies nicht, den „non-refugee-Aktivist*innen“ ihr Potenzial abzusprechen. Es heißt nicht, dass wir die Arbeit von Unterstützer*innen nicht respektieren. Man kann im Moment sehen, dass die Flüchtlingsselforganisation viel Unterstützung ermöglicht hat. Das zeigen die Proteste der letzten Monate. Wir sind Opfer des gleichen Systems, bloß dass wir als Flüchtlinge am schlechtesten behandelt werden. Aber trotzdem sind wir gegen dasselbe System. Wir müssen versuchen eine Linie zu finden. Echte Solidarität in die Richtung von Empowerment. Hin zu einer Stärkung der Opfer. Nur so kann eine große Veränderung erreicht werden!

Vielen Dank für das offene Gespräch.

GERMANY – SAFE HAVEN OF HUMAN RIGHTS?



Interview von Björn Brisch

Human rights are recognized in every European country. These states, and Germany in particular praise themselves for following them and for being an example to others. They condemn other states for not following human rights and officially threaten them with political and economic sanctions. But what do Human Rights actually mean? They are subjective rights, valid for everyone. Every person has the same rights due to the fact of being a “Human Being”. Germany always claims to respect these rights and that problems, i.e. the violation of Human Rights, occur far away. One main argument of the German foreign policy is to promote those rights in other countries, in a sense of “civilizing” them. Foreign policy with morality? But where is the morality, where is the good example, the German state claims to stand for? A closer look at how the situation in Germany really is, reveals that the country does not come up to its own moral standards. People who do not fit in the logic of economic usefulness, as is the case for most refugees, have to learn the hard way that Germany is not a safe haven for human rights. We have a case in Steineberg, a small village near Daun, where human rights are obviously violated. We talked to Aden (name changed) who had been transferred to this place. We visited him there and talked

about his experiences and the conditions of living in the place he is forced to stay.

Grenzwertig: You come from Somalia. Can you tell us something about the situation there and the main reason why you went away?

Aden: The situation is, that there is no government. The situation is not good, because many people have weapons and are fighting with tribes and tribal clans. Most of the Somali people are fleeing from their homes, because there are groups, like Al Shabaab, forcing you to join them as a military fighter. If you refuse to join, they will kill you. You have two options: Join or die. When you join them, you have to kill civilians also. They claim to fight for religion, but that is not true, because religion doesn't allow fighting. Also tribal revenge is another reason for killing people. Everybody has a weapon and is shooting people on the streets. You are lucky if you come back home alive. All the time you are walking on the streets, you feel fear. So we escaped from there. Many families were killed, also some of my family members. We ran away to look for a future.

What happened to you after you left Somalia? Can you tell us something about the experiences on your way until today?

I moved from town to town, country to country and border to border. It could take you month or even years. It depends on you and your luck. People are dying in the desert, no water. If your family can give you money, you just flee out of the country and look for your future. Otherwise you will be killed or be a part of a religious group. Most of the families give us some small amount of money for the way, starting from the border of Ethiopia, Sudan, Libya up to Europe. We don't have any papers and maybe you are caught by the police for example in Libya, who send you to prison. You look for a boat, small boats with around 70 people. You go and die or survive. Some are entering Europe, some die in the ocean. It depends on your luck.

If you are entering for example in Italy you are not staying there. Some are going to Denmark, Sweden or come to Germany. German security is very tight. They catch you immediately, not like in other European countries. They are looking for black people, maybe they think you have drugs or something like that. They ask for your passport, that you don't have. So they take you to the police station. After that, they take your fingerprints, photos and remove all your clothes. They are searching all your clothes and bags, but find nothing. And then you are sent to some place in Germany. I had to go to Trier.



So, you came to the "Aufnahmeeinrichtung für Asyl-begehrende" (AfA) in Trier. Asylum seekers who just arrived are being sent there and have to wait to be transferred all over Rheinland-Pfalz to different camps (Lager). From the outside you see some big buildings with a fence, like a prison. Tell me something about your impression and the circumstances in the AfA.

The 'lager' in Trier is for many people, too many people. When we came there first, they gave us bed sheets, blankets, pants and even some little money: Every week, 41€. There is a kitchen with utensils. We share six to ten people in one room. You can share some money with others and cook together.



After that they take your fingerprints, you go to court, you fill out a form for the interview: Where you were born, if you have children, this kind of questions. After one month, they give you an "Ausweis" (ID-card). When you get that paper you have to wait for the transfer. You have to choose three places. We chose, but they never took us to any of these places. They brought us here to Steineberg. In Trier you can work, community work like cleaning, to earn a little bit more money. You can go out for example for the internet cafe or shopping, because you are next to the center. You have to wait for everything. Everybody hopes to have better living conditions after the transfer: A life in a house and a better financial situation. There you can cook for yourself, go to a lawyer, a school, have a job and just be busy. We thought they would bring us to a good place, but they brought us... I don't know how I should call it. It's not a prison. Even in a prison you have television or something else to do. People can't live like this. Steineberg is more than a prison.

Steineberg is a village between Trier and Koblenz, 10km away from the next small city, called Daun. This place is just one street without a possibility to buy food. Just nothing. You have shown us around in the old youth house: I saw a broken heater and some windows are not working, dirty toilets, showers in the sleeping room, with six people staying inside. There is no possibility to cook, no freezer, nothing just the room, no internet to get information what happens in the world. 15 refugees are living in this isolation at the moment. It's unbelievable.

Conditions are very bad. If you are staying here for two months, you are going to be crazy. Many people are sick here. On this side of my shoulder I feel pain. Another man faints all the time. We need a doctor to get to know what's wrong. Nobody is going to call the ambulance. We don't know the language of the town. We cannot communicate with the people and there is no possibility to learn the language. And the problem is that we can't communicate with our families. I have kids and a wife. I cannot talk to my kids and they can't say „Hey dad“. I don't know how their situation is now, we haven't talked since I arrived here. In the time before, every time I communicated for knowing how they are doing, if they are still alive and healthy, important things you have to know. I cannot buy a card for my phone, because they don't give me enough money, but it's 50€ for a taxi. They just give you 130€ separated in amounts of 30-40€, which you get four times a month. So, we can't contact our families. It's very terrible.



You are just thinking, thinking, thinking....you think about this situation, about an interview, when it's going to be. When you have an interview it's not a problem. You have two options: Positive or negative. And in case of a negative answer you can fight for it. But for us here, we don't have this option. We don't know when it will be, maybe in one year. And you cannot get a lawyer.

And just one toilet for more than ten people. Everybody is frustrated and many have run away. And there is no social worker who comes and takes care of you and asks you what you need. We ask for cleaning utensils, but they don't give us anything. Nobody is here at the moment to run this place, only us. If one person is sick, he or she could die right here. No one is going to take care of you. So, everybody is looking for a better future. Staying

here, like I said before, makes you crazy. Because of frustration, people start talking to themselves. Staying in a place like this is not better than the life in the countries we come from. We can't be in a position like this.

Sounds horrible, especially the incalculable waiting time for the interview. Do you think you get your status and what will you do when you get your answer?

Our future is not bad. There is no 100% chance of being granted legal status. It's a 50/ 50 chance. They will tell us: Yes or No. If the answer is No, we will get a lawyer to fight for it. At least we will get an answer, but till then, staying in this place is very terrible. Even if the government gives you full citizenship, you cannot stay here, because you will be crazy by that time. You will get sick. You cannot go to a hospital or school, just nothing. Maybe we will decide to run away. And when they return us we will see what happens next. Instead of being here it would be better to return to the fighting country, to Somalia. To go back there and try to survive. I don't know what we can do now?

Finally I want to ask you, if you have some wishes for the future? What keeps you going in this bad situation?

First of all is education. I fled from Somalia and I want to keep going on with my life, so I need education and learning. But what can we do now to leave this place? The first thing that we want is to be removed from this place.

Thanks for the interview and I hope this place will be closed down, also all 'lagers' and deportation camps. Structural mechanisms of oppression, exploitation, racism and institutional violence have to be abolished. All of us have to fight together.

Annotation: The interview was conducted in mid-May 2013. At the beginning of June, circumstances still had not changed, but the district administrator said that everything was fine. After political pressure, they repaired the toilets, installed internet and said they would try to help. But it seems more likely they simply didn't want to lose face instead of really helping the refugees. The situation of isolation didn't change. Some of the refugees already moved to other places in the area. But there are new refugees transferred to this place.

AUSSCHNITTE AUS DER GRAPHIC NOVEL: IM LAND DER FRÜHAUFSTEHER

der Berliner Autorin und Aktivistin Paula Bulling

Comics erzählen klassischerweise fiktive Geschichten. Es gibt jedoch immer mehr Graphic Novels, die reale Situationen nach journalistischem Anspruch in Comiceportagen aufgreifen.

Paula Bulling beschäftigt sich in ihrem Buch „Im Land der Frühaufsteher“ mit der Situation, denen Geflüchtete in Deutschland ausgesetzt sind. Wie auch wir, prangert sie das deutsche Lager- und Abschiebesystem an, welches die Menschen dazu zwingt unter gefängnisähnlichen Zuständen leben zu müssen. Bulling besucht diese abgelegenen Lager und bricht dadurch die hergestellte Isolation. Sie stellt alltägliche Situationen auf ihrer Reise graphisch dar.

Während ihrer Recherchen lernt sie einige Menschen besser kennen. Bei Besuchen wird sie selber oft nach ihrem Ausweis gefragt. Damit wird die Kontrolle des Staates deutlich. Lebensmittelkarten, Abgeschiedenheit an Stadträndern oder Isolationsunterkünfte mitten im Wald, stellen neben der Einschränkung der Bewegungsfreiheit die Lebensbedingungen Asylsuchender in Deutschland da. Diese wiederum fragen sich, warum sie wie Gefangene in einem Arresthaus behandelt werden. Leere Gesichter drücken diese Lebensumstände aus.

Deshalb ist es notwendig zu demonstrieren und die Situation von Asylsuchenden in die Öffentlichkeit zu tragen. Das ist ein politisches Anliegen, ein Kampf für Menschenrechte, der nur zusammen mit den Geflüchteten getragen werden kann. Die Durchbrechung der Isolation ist am wichtigsten. Wie auch uns aufgefallen ist, freuen sich die Menschen dort über einen Besuch. Das ewige Warten auf das Ergebnis des Asylantrags ist sehr zermürbend. Zwischenmenschliche Hilfe und Solidarität ist der Ausgangspunkt, der die Isolation brechen, und den Geflüchteten auf praktischer Ebene und gleicher Augenhöhe helfen kann.

Paula Bullings Graphic Novel „Im Land der Frühaufsteher“ ist im Juni 2012 im Avant-Verlag erschienen:

http://www.avant-verlag.de/comic/im_land_der_fruehaufsteher

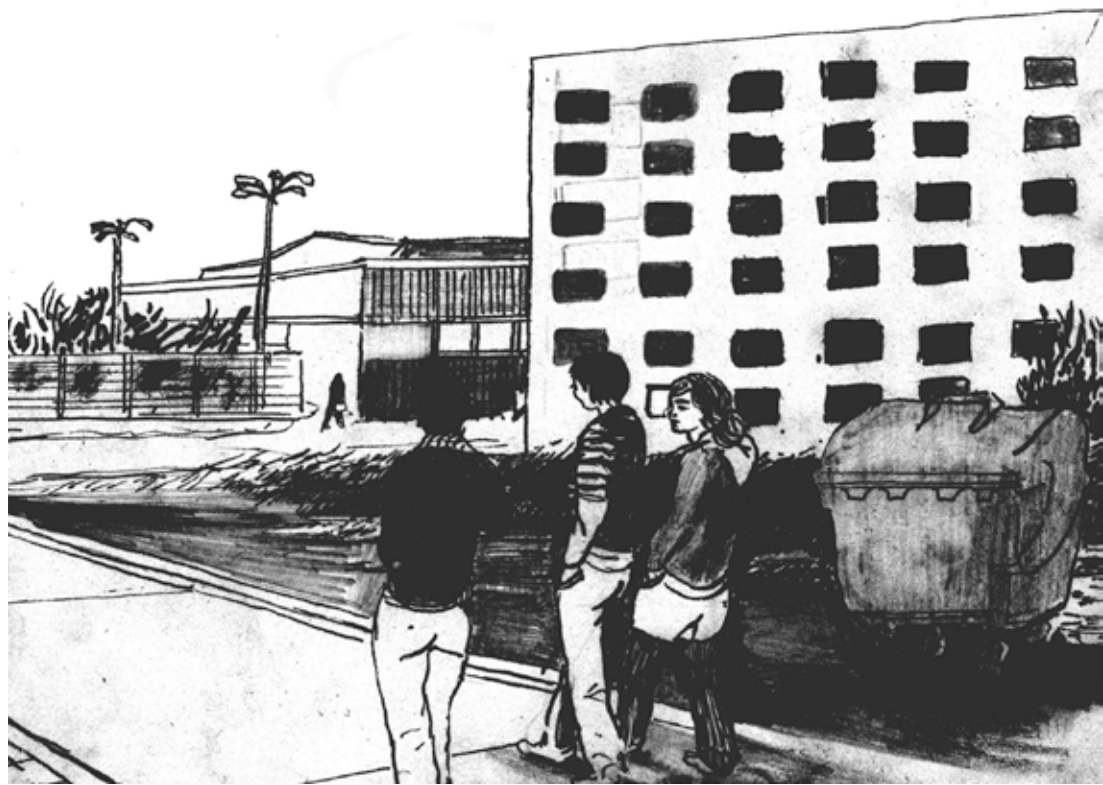
<http://paulabulling.net/>





IN DIESE ORT ICH
FRAGE MICH!
WER BIN ICH ...

... UND WIE KANN ICH
EIN NORMAL MENSCH SEIN?

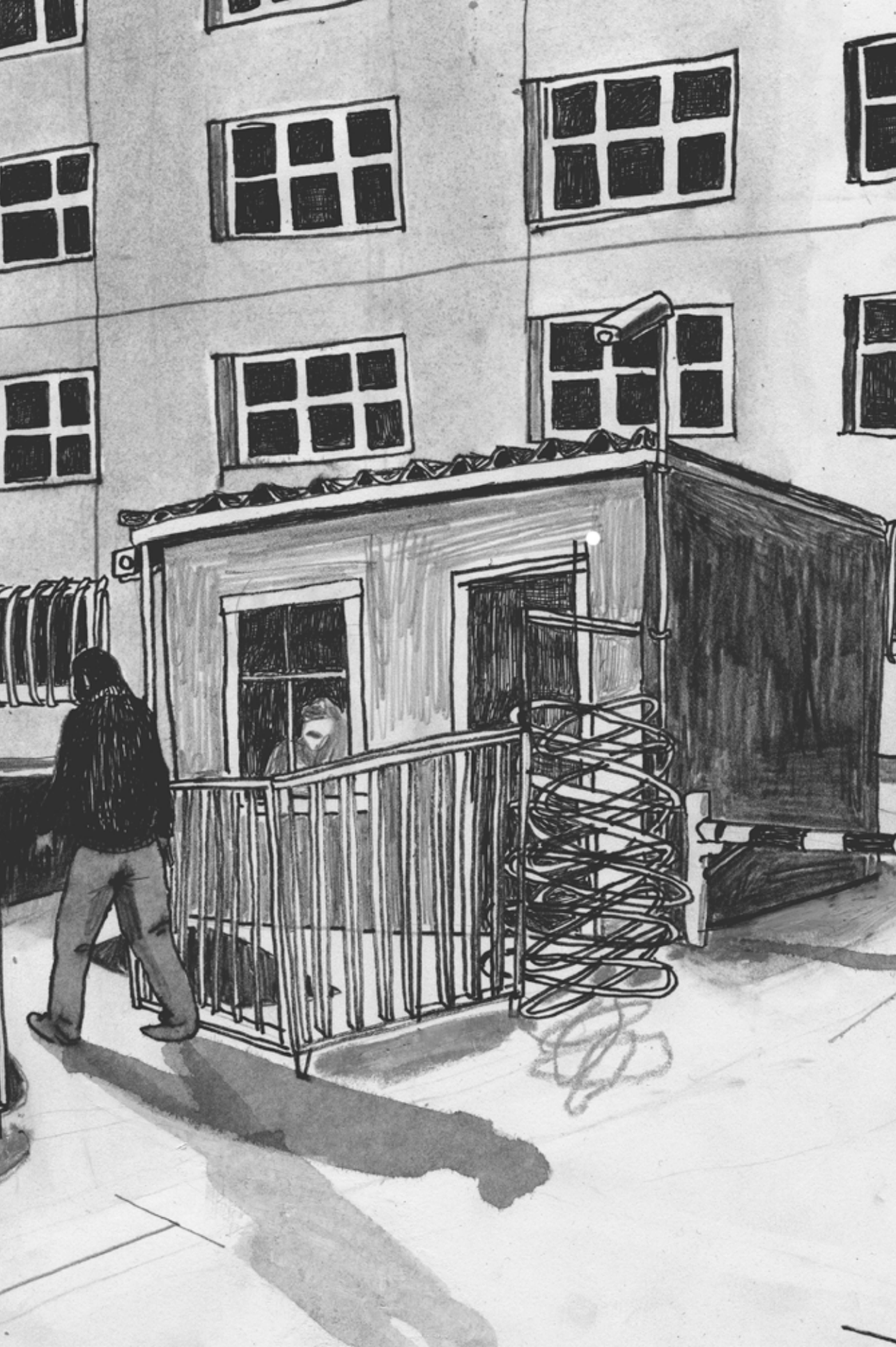












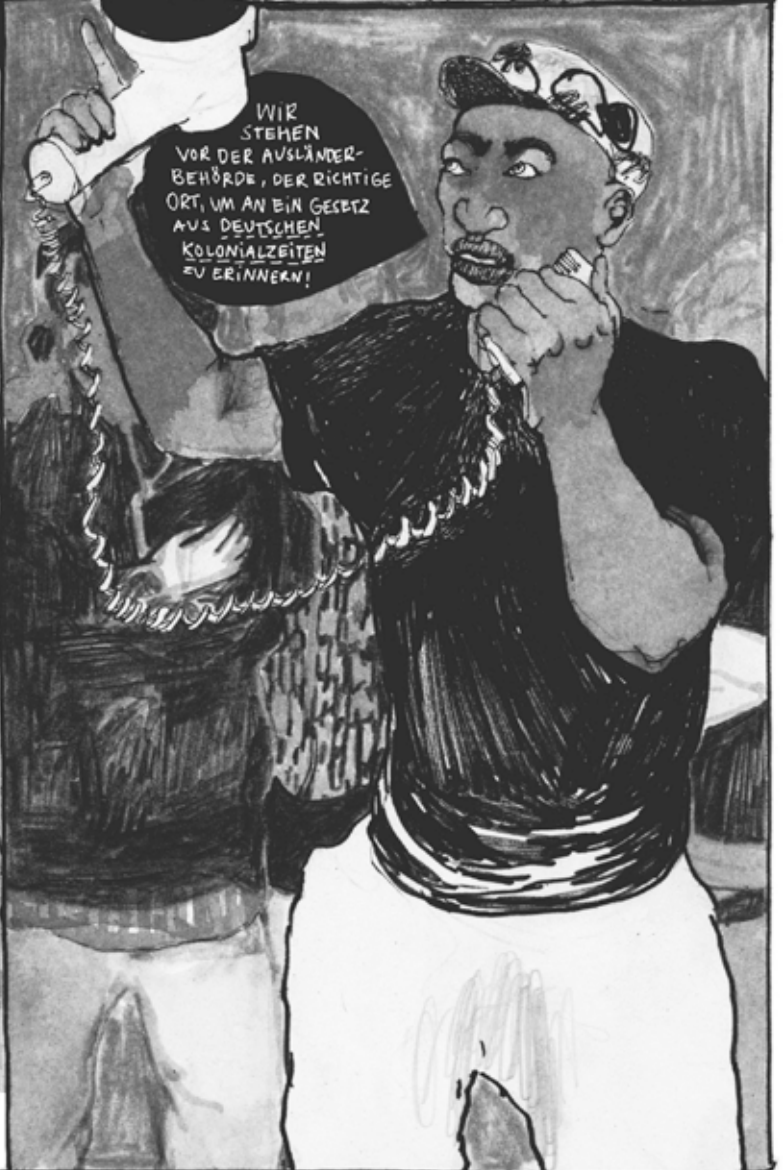


WARUM SIND WIR HEUTE HIER ?
WENN FLÜCHTLINGE IHREN LANDKREIS
VERLASSEN WOLLEN, UM ZUM ARZT
ZU GEHEN, VERWANDTE ZU BESUCHEN,
DIE NORMALSTEN DINGE DES
LEBENS, ...





ABER, CLEMENS,
DAMIT SAGST
DU IM GRÜNDE
DASS ICH
KOMPLETT
HÄNDLINGS-
UNFÄHIG
BIN!

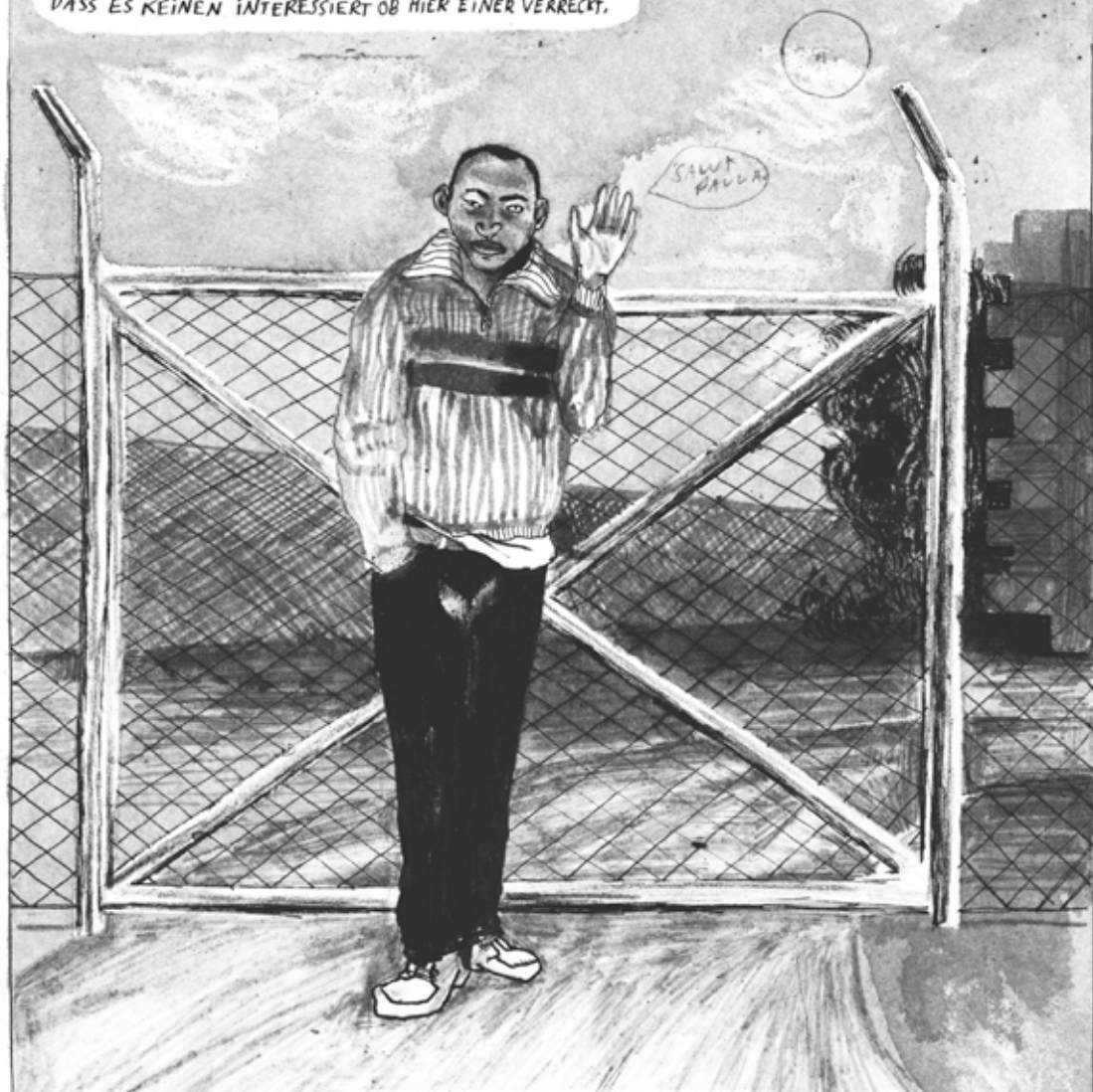


WIR
STEHEN
VOR DER AUSLÄNDER-
BEHÖRDE, DER RICHTIGE
ORT, UM AN EIN GEBETZ
AUS DEUTSCHEN
KOLONIALZEITEN
ZU ERINNERN!

ICH WAR SO AUF DAS GESPRÄCH
KONZENTRIERT, DASS ICH
NICHTS SONST MITBEKAM.



UND WEIßT DU, DAS BITTERSTE FÜR MICH IST,
DASS ES KEINEN INTERESSIERT OB HIER EINER VERRECHT.



SALUT
RAULA

HEUTE WAR
NICHTS MEHR IN
DER ZEITUNG,
AUCH NICHT
IM NETZ.



DAS ÜBERRASCHT
MICH NICHT,
HAST DU DIE
FOTOS?

„UNHCR, FINISH YOUR JOB!“ - FLÜCHTLINGSPROTESTE IN TUNESIEN



Warten auf eine Lösung.

*von
Mareike
Kessler*

Das Flüchtlingslager Choucha ist seit dem 30.06.2013 von jeglichen Unterstützungsstrukturen verlassen. Die verbleibenden circa 500 Flüchtlinge und Asylsuchende harren auch nach zwei protestreichen Jahren weiterhin in dem Wüstenlager aus und setzen sich für ihre Forderungen nach Bewegungsfreiheit ein.

Das Flüchtlingslager Choucha

Die Krise in Libyen 2011 hat neben den NATO-Bomben und dem Machtwechsel dazu geführt, dass Tausende von Menschen das Land verlassen mussten. Vor dem Krieg migrierten Menschen aus verschiedenen afrikanischen Ländern nach Libyen, wo es möglich war, Geld zu verdienen und in einigen Fällen die Überfahrt über das Mittelmeer vorzubereiten. Während den kriegerischen Auseinandersetzungen, haben dann Tausende diesen gefährlichen Weg über das Mittelmeer gewählt, viele sind aber auch über Landgrenzen geflohen. Auf der tunesischen Seite der Grenze wurde als Reaktion auf die ankommenden Kriegsflüchtlingen neben anderen, das Flüchtlingslager Choucha, errichtet. Es ist ein Notfallcamp des UNHCR, nur einige Kilometer vom Grenzposten Ras Jdir entfernt auf einer Militärbasis gelegen. Die Gegend ist

savannenartig, das Leben in Zelten dementsprechend von Hitze, Kälte und Sandstürmen geprägt.

Wer ist Flüchtling?

In Choucha haben beim UNHCR etwa 4700 Personen einen Asylantrag gestellt, der im so genannten Refugee Status Determination -Verfahren (RSD) bearbeitet wurde. Dieses Verfahren ist mit dem Asylverfahren beispielsweise in Deutschland vergleichbar. Auf der Grundlage eines Interviews, bei dem die Fluchtgründe der Asylsuchenden detailliert nachvollzogen werden, werden die Asylanträge anerkannt oder abgelehnt. Anerkannte Flüchtlinge stehen unter dem Schutz des UNHCR, bis eine von drei möglichen dauerhaften Lösungen für sie ermöglicht wird.

Dabei handelt es sich zum einen um die „freiwillige“ Rückkehr in das Herkunftsland, welche in den meisten Fällen durch Zusammenarbeit mit IOM ermöglicht wird. Ein Großteil der Menschen, die nach Choucha kamen, haben dieses Angebot ohne vorherige Asylantragsstellung angenommen. Eine weitere dauerhafte Lösung ist die lokale Integration in dem Land, in das die Flüchtlinge geflohen sind. Resettlement, als dritte dauerhafte Lösung, ist die Neuansiedlung der Flüchtlinge in einem unbeteiligten Drittstaat, in dem sie die Möglichkeit bekommen ein neues Leben aufzubauen.



Schließung des Camps

Während sich durch „freiwillige“ Rückkehr und Resettlement, die Zahl der Flüchtlinge in Choucha bereits beträchtlich verringert hat, verbleiben heute noch etwa 300 bis 400 anerkannte Flüchtlinge, die keinen Zugang zum Resettlement-Programm erhielten, sowie etwa 200 bis 300 abgelehnte Asylsuchende im Camp. Mit dem 30. Juni diesen Jahres wurde das Camp geschlossen. Während sich jegliche Unterstützungsstrukturen sowie der UNHCR als Campmanagement nun vollkommen aus dem Lager zurückgezogen haben, wurde zudem die Infrastruktur abgebaut. Bis heute gibt es keine akzeptablen Lösungen für die verbleibenden 500 Personen, die nun ohne Zugang zu Wasser und Verpflegung in dem geschlossenen Lager festsitzen.

Es regt sich Widerstand...

Durch die unterschiedlichen Situationen, in denen sich die verschiedenen Gruppen von Asylsuchenden und Flüchtlingen befinden, kam es zu einer Zersplitterung der Proteste. Dennoch sind verschiedene Gruppen aktiv geworden und haben ihre Forderungen in die tunesische und internationale Öffentlichkeit getragen.

Proteste der anerkannten Flüchtlinge

Die Gruppe der anerkannten Flüchtlinge teilt sich auf in diejenigen, die in andere Staaten umgesiedelt und diejenigen, die in Tunesien lokal integriert werden sollen. Bis Mitte März 2013 waren schon 2907 Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms in sichere Drittstaaten gereist, während 632 weitere im Camp auf ihre Abreise warteten. Aber westliche Staaten, also diejenigen Staaten, die über ein Asylsystem und die Kapazitäten zur Flüchtlingsaufnahme verfügen, zeigen sich nur in sehr begrenztem Umfang dazu bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Deutschland hat für die

Sandstürme im Flüchtlingslager.

Jahre 2012 bis 2014 festgelegt, eine geringe Zahl von jährlich 300 Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programmes aufzunehmen. Im Jahr 2012 waren dies 200 Flüchtlinge aus Choucha, sowie 100 irakische Christen, die in die Türkei geflohen waren. Andere Staaten, die an der Krise in Libyen maßgeblich beteiligt waren, haben keine Verantwortung für die Flüchtlinge übernommen, die durch diese Krise ihr Zuhause verloren haben. So hat beispielsweise Frankreich gerade einmal einen Flüchtling aus Choucha aufgenommen.

Aufgrund der begrenzten Resettlement-Kapazitäten leben weitere 300 bis 400 Flüchtlinge in Choucha, die trotz ihres Flüchtlingsstatus von keinem anderen Staat aufgenommen werden. Teilweise sind dies Personen, die bereits im Resettlement-Programm waren, aber deren Akten von keinem Staat ausgewählt wurden. Teilweise sind dies aber auch Personen, die nach dem 01. Dezember 2011 - dem Datum, dass der UNHCR als Endpunkt für das Resettlement-Programm festsetzte - registriert wurden. Diese Gruppen von Flüchtlingen sollten seit Mai 2013 im Süden Tunesiens lokal integriert werden.

Teil dieser Gruppe sind 34 Eritreer, die im September 2012 in Tunesien angekommen sind. Sie befanden sich auf einem Boot von Libyen Richtung Italien, als sie aufgrund technischer Probleme in Tunesien an Land gehen mussten. Dort angekommen wurden sie nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt in Medenine, im Süden Tunesiens untergebracht. Diese Gruppe sollte nach ihrer Flüchtlingsanerkennung bereits das Programm der lokalen Integration starten. Allerdings haben sie dieses Experiment am 17.04.2013 abgebrochen, nachdem sie bereits im Februar mit einem Sit-In vor dem UNHCR-Büro in Zarzis dagegen protestiert hatten. Sie waren in Medenine einer



Protest zur Schließung des Camps, 30.06.2013.

derart großen rassistischen und religiösen Diskriminierung ausgesetzt, dass sie es als unmöglich ansehen sich in Tunesien zu integrieren.

Auch die restlichen anerkannten Flüchtlinge lehnen die lokale Integration in Tunesien ab und fordern stattdessen Zugang zum Resettlement-Programm. In Tunesien gibt es derzeit keine Verfassung, geschweige denn eine Asylgesetzgebung. Der legale Status, den die Flüchtlinge in Tunesien haben würden, ist bisher unklar. Zudem befindet sich das Land nach der Revolution in einer Phase der Transition, weswegen der Schutz von Flüchtlingen nicht zu jeder Zeit garantiert werden kann. Gegen eine wirkliche Integration in die Gesellschaft spricht vor allem aber auch der omnipräsente Rassismus der tunesischen Gesellschaft. So berichten Flüchtlinge davon, dass sie an öffentlichen Orten wie Krankenhäusern und Marktplätzen beschimpft und diskriminiert werden.

Aus diesen Gründen führten die Gruppen der Flüchtlinge, die lokal integriert werden sollen, mehrere Sit-Ins und Proteste im Flüchtlingslager durch. Ihr aktuellster Protest ist ein Sit-in und Hungerstreik vor dem UNHCR-Büro in Tunis, der seit dem 26. März andauert. Während des Weltsozialforums, das vom 26. bis zum 30. März in Tunis stattfand, konnten die Proteste einiges an Aufmerksamkeit erregen. Doch auch als die WeltverbessererInnen in ihre Länder zurückgekehrt waren, blieben die Flüchtlinge auf der Straße vor dem UNHCR-Büro, schliefen auf Pappe und verweigerten Nahrung. Während UNHCR den Sit-In vor seiner Tür weitestgehend ignorierte, war es der Gruppe möglich durch Proteste vor dem Sitz des tunesischen Ministerpräsidenten, vor dem Kongress und der EU-Delegation weitere mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Besonders der Aktionstag am 11. April vor der tunesischen Kasbah, dem Ministerpräsidium, wurde von der

Presse stark begleitet. Parallel zu dem Protest in Tunis, fanden Solidaritätskundgebungen in Rabat, Paris, Den Haag und Berlin statt. Einen kleinen Erfolg konnte die Gruppe erreichen, als UNHCR entgegen seinen Ankündigungen am 29. April Essen und Geld verteilte, ohne dass vorher eine Unterschrift zur Einwilligung zum Integrationsprogramm abgegeben werden musste. Am 20. Juli, dem Internationalen Tag des Flüchtlings, eröffnete der UNHCR in Tunis eine Fotoausstellung über Choucha, während gleichzeitig die Flüchtlinge beim Sit-In und im Flüchtlingslager um ihre Zukunft bangen. Die feierliche Eröffnung, bei der sowohl die Vorsitzende des tunesischen UNHCR als auch der tunesische Kultusminister anwesend waren, wurde von den Flüchtlingen und Unterstützenden unterbrochen. Durch Banner und eine Rede eines Sprechers der Flüchtlinge, wurden den Forderungen der Flüchtlinge Nachdruck verliehen. Der Minister verließ nach einer Auseinandersetzung mit den Unterstützenden die Veranstaltung, da er der Meinung war, er wäre eingeladen worden, um den Tag des Flüchtlings zu feiern und nicht, um die Probleme von Flüchtlingen zu lösen. Aktuelle Informationen halten die Flüchtlinge auf ihrer Facebook-Seite fest.

Proteste der Abgelehnten

Auch die abgelehnten Asylsuchenden protestieren gegen ihre Ablehnung und die Perspektivlosigkeit, der sie ausgesetzt sind.

Die abgelehnten Asylsuchenden, die sich momentan noch im Camp befinden, zählen zwischen 200 und 300 Personen. Viele weitere sind bereits mit Unterstützung von IOM in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt oder zurück nach Libyen gegangen, um von dort die Fahrt über das Mittelmeer zu versuchen. Die Abgelehnten, die im Camp geblie-

ben sind, stehen seit Beendigung ihrer Asylanträge nicht mehr unter dem Schutz des UNHCR und sind somit offiziell „illegal“ in Tunesien und im Flüchtlingslager. In den letzten Wochen haben einige der Abgelehnten ihre Fingerabdrücke an die tunesische Regierung gegeben, welche in Aussicht stellte, dass sie dadurch einen halbwegs sicheren Status in Tunesien bekommen könnten. Bis heute werden die Asylsuchenden jedoch noch hingehalten, Ausweispapiere haben sie noch nicht erhalten. In der Funktion Tunesiens als „Wachhund Europas“, können diese Fingerabdrücke von Wert sein, wenn es darum geht „illegal“ eingereiste MigrantInnen möglichst schnell aus der EU abschieben zu können.

Die Abgelehnten wurden in den vergangenen Monaten systematisch von den camp services ausgeschlossen. Diese Marginalisierung hat sich schrittweise vollzogen: Im Frühjahr 2012 wurde ein Ausweis für anerkannte Flüchtlinge eingeführt, durch den diejenigen, die nicht über einen solchen Ausweis verfügten von medizinischer Versorgung und anderen services ausgeschlossen werden konnten. Ab Herbst 2012 wurde die Essensausgabe im Camp umgestellt. Statt gekochtem Essen wurden Essenspakete und Geld ausgegeben, von dem die abgelehnten Asylsuchenden ausgeschlossen wurden. Durch eine Umstrukturierung des Camps, wurden im Winter 2013 die anerkannten Flüchtlinge im Zentrum angesiedelt, während die Zelte der abgelehnten im Sektor E am Rand des Camps aufgestellt wurden. Seit März 2013 bis zur Schließung des Camps wurde der Strom und damit die Trinkwasserpumpen im Sektor E wiederholt abgestellt. Durch Proteste der Asylsuchenden und der tunesischen NGO „Forum Tunesien pour les Droits économiques et sociaux“ wurde das Wasser nach einer ersten kompletten Stilllegung wenige Wochen später wieder bereitgestellt. Jedoch floss es nur für wenige Tagen und wurde dann wieder abgestellt.

„UNHCR, finish your job!“

Die 200 bis 300 abgelehnten Asylsuchenden, die sich momentan noch im Camp befinden, geben an, dass sie Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind und aufgrund der verheerenden Fehler des UNHCR in den RSD-Verfahren nicht anerkannt wurden. Im RSD-Verfahren wurden unter anderem keine professionellen DolmetscherInnen eingesetzt, stattdessen übersetzten andere Asylsuchende die Interviews. Dies führte beispielsweise im Falle einer Gruppe dazu, dass ein Angehöriger einer verfeindeten Konfliktpartei als Übersetzer herangezogen wurde. Diese Übersetzung war parteiisch und entspricht somit keinen fairen Standards. Bei den Asylprozeduren wurden wie dieses Beispiel zeigt, nicht

einmal die UNHCR-eigenen Standards eingehalten. Aus diesen Gründen fordern die abgelehnten Asylsuchenden, dass der UNHCR alle in Choucha Verbleibenden als Flüchtlinge anerkennt.

Außerdem rufen sie die Staaten, die an der NATO-Intervention in Libyen beteiligt waren, dazu auf, sie aus humanitären Gründen zu unterstützen. Diese Staaten tragen eine Verantwortung für die Situation, in der sich diese Menschen jetzt befinden. Diese Verantwortung sollten sie wahrnehmen und die Konsequenzen übernehmen, indem weitere Aufnahmeprogramme für all diejenigen, die nicht zurück können, bereitgestellt werden.

Die Gruppe der Abgelehnten ist seit dem Frühjahr 2012 organisiert. Sie ist auf Menschenrechtsorganisationen und staatliche Institutionen zugegangen und hat verschiedene Proteste vor dem UNHCR-Büro, der EU-Delegation und dem Ministerpräsidium von Tunesien durchgeführt. Auf ihrem Blog veröffentlichen sie ihre Forderungen und Statements. Im Januar 2013 führten sie bereits einen fünftägigen Sit-In vor dem UNHCR-Büro in Tunis durch. Auch während des Weltsozialforums protestierten sie täglich mit Bannern und Flyern. Im Moment protestieren sie durch ihren Verbleib im Camp trotz der prekären Umstände für eine Zukunftsperspektive.

Choucha im Kontext der EU Migrationspolitik

Die Proteste der Flüchtlinge im Choucha Camp stehen im Kontext einer Migrationspolitik, die Migrierende als Zahlen aufgreift und in Kategorien einsortiert. Die als „illegale“ MigrantInnen titulierten werden an den Toren Europas aufgehalten und abgewiesen. Anerkannte Flüchtlinge werden trotz ihrer zuerkannten Schutzbedürftigkeit nur in geringen Zahlen aufgenommen. Schutzprogramme für Flüchtlinge stehen immer auch im Kontext von Finanzkalkulationen und medienwirksamer Politik.

Die Flüchtlinge von Choucha zeigen durch ihre Proteste, dass es nicht möglich ist, Menschen auf eine Zahl und einen Status zu reduzieren. Auch wenn ihre Stimme weltweit nicht besonders weitreichend ist, setzen sie ein Zeichen gegen diesen Umgang. Die Situation in Choucha muss allerdings als ein Brennpunkt von vielen betrachtet werden. Eine ähnliche Situation gibt es auch auf der libysch-ägyptischen Seite, im Flüchtlingslager Saloum. Fehlerhafte Asylanerkennungsverfahren, fehlende Resettlementplätze, Schwierigkeiten in den Aufnahmeländern und in den Flüchtlingslagern. Dies alles sind Problemen, die weltweit einem Großteil der Flüchtlinge begegnen.

weitere Informationen u.a. auf
www.chouchaprotest.noblogs.org

IMPRESSUM

Grenzwertig #6 (Herbst 2013, Trier)

Diese Ausgabe ist in Kooperation mit dem AStA Universität Trier und der Rosa Luxemburg Stiftung Rheinland-Pfalz entstanden. Außerdem bedanken wir uns für die Unterstützung durch Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz und die Klaus Jensen Stiftung.

Herausgeber:
Multikulturelles Zentrum Trier e.V.

Printauflage:
500 Exemplare

Redaktion:
Patrick Zimmer, Björn Brisch

Gestaltung:
Benjamin Barth

Logogestaltung:
Calin Kruse / FLUUT Grafik-Design

Umschlagbilder:
Paula Bulling

Kontakt:
Zeitschrift Grenzwertig
c/o Multikulturelles Zentrum
Balduinstr. 6
54290 Trier

T: 0049 (0) 651-48497
zeitschrift@multicultural-center.de
www.kulturlotsen.org/grenzwertig

Diese Zeitschrift ist kostenlos und in ehrenamtlicher Arbeit entstanden. Die Texte und Bilder sind Eigentum der Autor*innen. Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und Einwilligung der/des Autor*in.

Grenzwertig steht zum kostenlosen Download auf:
www.kulturlotsen.org/grenzwertig

